Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

Nr. 44 – 31. Oktober 2009 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Geistlicher Beistand: Die Spitze von Parlament, Staat und Regierung beim ökumenischen Gottesdienst vor der ersten Sitzung des neuen Bundestages. Links Bundestags-Alterspräsident Heinz Riesenhuber, rechts Bundestagspräsident Norbert Lammert Bild: epd

Kleinmütiger Beginn

Die neue Bundesregierung verdrängt Reformnotwendigkeiten – vorerst

Überraschend holprig und auch kleinmütig begann die neue, schwarz-gelbe Bundesregierung. Über durchgreifende Reformen besteht keine Einigung, die dringend notwendige Sanierung der Staatsfinanzen wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Verblüffend wenig scheint sich zu ändern mit dem Regierungswechsel: Die Kernkraftwerke laufen weiter, statt nach und nach abgeschaltet zu werden, der Wehrdienst wird um drei Monate verkürzt, ein Teil der heimlichen Steuererhöhungen der letzten Jahre infolge der „kalten Progression“ wird mit einer kleinen, allerdings komplett auf Pump finanzierten Steuersenkung an die Bürger zurückgegeben.

Kleinere Änderungen wurden bei der Pflegeversicherung und der inneren Sicherheit beschlossen, und womöglich kommt doch noch die so oft angekündigte Teilprivatisierung der Bahn.

Viele Bürger fragen sich zu Recht: Soll es das gewesen sein? Vor allem aber: Ist diese Art des Weiter-so überhaupt dauerhaft durchzuhalten? Sind durchgreifende Reformen der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes, vor allem aber die Senkung der Staatsausgaben nicht unausweichlich angesichts der desolaten Finanzlage des Staates?

> Die Haushaltskrise wird sich nicht »weglächeln« lassen

Rund 80 Milliarden Euro neue Schulden macht der Bund voraussichtlich in diesem Jahr – noch ohne die berühmt-berüchtigten „Nebenhaushalte“. Und im kommenden Jahr sollen es sogar rund 100 Milliarden werden. Zwar zieht die Konjunktur wieder an, doch die Staatsfinanzen reagieren darauf mit Verzögerung, beispielsweise weil der Anstieg der Arbeitslosigkeit erst begonnen hat.

Doch statt des zu erwartenden Kassensturzes nach der Wahl beschloss die Bundesregierung offenbar, die Krise „wegzulächeln“. Man wolle keine Wahlversprechen brechen, heißt es subtil bei Union und FDP – gerade so, als hätten diese Parteien nicht auch die Sanierung der Haushalte versprochen.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass die derzeitige Politik vor allem der Rücksichtnahme auf die Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 geschuldet ist. Um keinen Preis will die CDU ihre neue Bastion im Westen wieder an die SPD verlieren. Es hatte eine irritierende Symbolkraft, dass ein großer Teil der Koalitionsverhandlungen in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung in Berlin geführt wurde. Das war – bei allem Respekt für den Föderalismus – ein Stilfehler.

Wer sich um die Zukunft des Landes Sorgen macht, dem bleibt nur die Hoffnung, dass in fünf Monaten, wenn auch an Rhein und Ruhr gewählt wurde, den (Haushalts-)Politikern die Augen aufgehen, sie „plötzlich“ den Ernst der Lage erkennen und zur Tat schreiten. Immerhin: Bundesfinanzminister Schäuble hat nun daran erinnert, dass alle Wohltaten im Koalitionsvertrag unter Finanzierungsvorbehalt stehen und man „auf Sicht“ fahre. Das lässt darauf hoffen, dass Sicht und Sehkraft bald wieder besser werden könnten. *Konrad Badenheuer*

WILHEM V. GOTTBERG:

Desaster

Am vergangenen Sonntag erfolgte in Bagdad ein Sprengstoffanschlag, der deutlich über die bisherigen Anschläge hinausging. Etwa 150 Tote und mindestens ein halbes Tausend Verletzte, von den zurückbleibenden Trümmerwüsten wollen wir gar nicht sprechen.

Die USA haben mit ihrem Angriffskrieg 2003 gegen den Irak eine menschliche Tragödie von ungeheurem Ausmaß angerichtet – vorsichtige Schätzungen sprechen von 40000 zivilen Toten. Ihre Politik hat ihnen im Nahen Osten eine desaströse Imageschädigung eingebracht. Die von den USA zu verantwortende ruinöse Embargopolitik schon vor Kriegsbeginn im März 2003 sowie der Krieg, die Verwüstungen des Krieges, aber auch die andauernden gewalttätigen Kriegsfolgeauseinandersetzungen haben den Menschen im Zweistromland unermessliches Leid zugefügt. Sicherlich, Iraks Verbrecher-Präsident Saddam Hussein wurde beseitigt, aber um welchen Preis? Die verlogene Begründung für den Krieg, „der Irak besitzt Massenvernichtungswaffen“, ist unvergessen. Heute dürfte es im Irak nicht wenige Menschen geben, die sich die Saddamzeit zurückwünschen.

In Afghanistan zeichnet sich das nächste Desaster für die imperiale US-Geostrategie ab. Hier allerdings sitzen die europäischen Nato-Partner mit im Boot. Die Nato ist ein Verteidigungsbündnis. Afghanistan hat kein Nato-Mitgliedsland angegriffen. Das Argument „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“, ist Unfug. Nicht erst im 19. und 20. Jahrhundert sind mehrere Versuche gescheitert, Afghanistan zu unterwerfen. Die Nato soll das nun schaffen? Es ist an der Zeit für die Nato, eine Rückzugsstrategie zu erarbeiten.

Drei Fliegen mit einer Klappe

Oettingers Wechsel nach Brüssel freut Merkel, Mappus und Oettinger selbst

Zu den überraschendsten Personalentscheidungen der vergangenen Tage gehört der Wechsel von Baden-Württembergs Ministerpräsident Günther Oettinger in die EU-Kommission. Wie es heißt, war sogar Oettinger selbst von diesem Angebot Merkels überrascht. Doch der Coup der Kanzlerin löst aus Sicht der CDU eine Reihe von Problemen gleichzeitig: Oettinger hat Baden-Württemberg zwar solide regiert, er hat aber nie die hohen Popularitätswerte und die unangefochtene Autorität eines Hans Filbinger, eines Lothar Späth oder eines Erwin Teufel erreicht. Für Merkel galt er als schwieriger Partner, weil er als einer der ganz wenigen in der Union auch ein offenes, kritisches Wort in Sachfragen – etwa in der Haushaltspolitik – nicht scheute.

Während Merkel mit Oettinger einen der letzten Kritiker in den eigenen Reihen loswird, nützt die Rochade auch Oettinger selbst. Für das Amt eines EU-Kommissars ist er als Wirtschaftsexperte zweifellos qualifiziert, außerdem umschifft er mit dieser Beförderung die Klippe der Landtagswahl im Frühjahr 2011. Zwar ist Oettinger auch ein erfolgreicher Wahlkämpfer, der 2006 fast die absolute Mehrheit geschafft hat. Doch die Wahl 2011 wird absehbar schwierig: Schon oft haben die Deutschen nach einem Regierungswechsel im Bund anschließend auf Landesebene wieder die Opposition gestärkt. Außerdem verschiebt der neue Koalitionsvertrag die Lasten der Sanierung um ein Jahr. Mit Rücksicht auf Nord-rhein-Westfalen, wo im Mai 2010 gewählt wird, soll die Sanierung offenbar erst ab 2011 beginnen. Der Unmut über die dann unabweisbar notwendigen „Grausamkeiten“ könnte zuerst in Baden-Württemberg zu einem Denkzettel der Wähler führen.

> Stefan Mappus gilt als konservativer als sein Vorgänger

Trotz dieses Risikos ist der dritte große Gewinner der Oettinger-Beförderung natürlich dessen Nachfolger, Stefan Mappus. Mit 43 Jahren ist er vergleichsweise jung für dieses Spitzenamt, zumal er auch den Vorsitz der Südwest-CDU übernehmen soll.

In gesellschaftspolitischen Fragen gilt er als um einiges konservativer als Oettinger. Während dieser schon mal ein Grußwort an den Christopher Street Day schrieb, meinte Mappus, er und 90 Prozent seiner Fraktion hätten ein Problem „mit dem frivolen Zurschaustellen von sexuellen Neigungen, wie es bei dieser Veranstaltung geschieht“. In der Debatte um ein Adoptionsrecht für Homo-Paare erklärte er, Kinder seien „denkbar ungeeignet für Experimente im Bereich der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und bedürfen des besonderen Schutzes der Gesellschaft“. *K.B.*

Kritik an der EU

de Zayas: Bärendienst für Menschenrechte

Vor dem Brüsseler EU-Gipfel am Mittwoch und Donnerstag zeichnete sich ab, dass die Tschechische Republik die von ihr spät geforderte Klausel zur Abwehr sudetendeutscher Wiedergutmachungsforderungen bekommen würde. Unklar blieb, ob entsprechende Nachforderungen der Slowakei befriedigt werden würden. Der US-amerikanische Völkerrechtler Alfred de Zayas hat das Vorgehen der EU scharf kritisiert: „Die Europäer haben den Menschenrechten einen Bärendienst erwiesen, wenn sie bezüglich des Lissabon-Vertrages Ausnahmeregelungen für die Vertreiberstaaten akzeptieren.“ Die Menschenrechte dürften nicht „à la carte“ genommen werden. „Das Prinzip der Gleichheit ist für das gesamte menschenrechtliche System unerlässlich, denn die Menschenrechte gelten für uns alle oder für keinen.“ Unmoralische Ausnahmeregelungen wie die jetzt beschlossenen zeigten nur, „dass die Europäer in entscheidenden Dingen versagen, dass sie kein Rückgrat besitzen und bloß Lippenbekenntnisse für die Menschenrechte und das Völkerrecht kennen“. Das sei „Hohn und Unbarmherzigkeit den Millionen deutscher Opfer gegenüber“, bedauert der angesehene Völkerrechtler und Historiker, der in Genf lebt und lehrt. *PAZ*

> Ausnahmeregelung ist unmoralisch

MELDUNGEN

Von Mannheim Massaker geleitet

Mannheim – Von einem Mehrfamilienhaus in Baden-Württemberg aus wurde offenbar im Mai ein Massaker an 96 Zivilisten im Ost-Kongo gesteuert. Der seit 1989 in Deutschland lebende Ignace Murwanashyaka soll Chef der Miliz „Demokratischen Kräfte für die Befreiung Ruandas“ (FDLR) sein. Der von Ruanda als Kriegsverbrecher gesuchte Hutu soll laut UN zur Zeit des Massakers intensive Telefonkontakte zu dem in Ost-Kongo operierenden Armeechef der FDLR gehabt haben. Während in Ruanda der Konflikt zwischen Hutu und Tutsi nicht mehr offen ausgetragen wird, kommt es im Kongo immer wieder zu brutalen Auseinandersetzungen zwischen diesen Volksgruppen. Murwanashyaka, der seit 2000 als politisch Verfolgter in Deutschland geduldet wird, darf sich politisch nicht betätigen. Den mit 432 Euro monatlich vom deutschen Staat Allimentierten hat das nicht daran gehindert, Pressemeldungen der FDLR im Internet zu verbreiten. *Bel*

Karadzic vor Gericht

Den Haag – Am Dienstag hat der Prozess gegen den Serbenführer Radovan Karadzic vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien begonnen. Dem ehemaligen Psychiater wird unter anderem das Massaker an über 8000 Muslimen in Srebrenica im Juli 1995 zur Last gelegt. Karadzic war jahrelang untergetaucht und wurde schließlich im Juli 2008 gefasst. Er versucht seitdem, seinen Prozess zu verschleppen. Der Gerichtshof ließ zunächst zu, dass Karadzic sich ohne Anwalt selbst verteidigt. Damit lieferte er ihm den Vorwand, er benötige mehr Zeit zum Aktenstudium. Karadzic boykottiert den Prozess auch dadurch, dass er in seiner Zelle bleibt. *K.B.*

Die Schulden-Uhr: Nicht Aufgabe der Agentur

Die steigenden Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit bereiten der neuen Bundesregierung massive Sorgen. Allerdings hat die Nürnberger Behörde 2009 zirka 21 Prozent ihres rund 45 Milliarden Euro umfassenden Haushaltes für versicherungsfremde Leistungen ausgegeben. Insgesamt können 9,65 Milliarden Euro auf so genannte gesamtgesellschaftliche Aufgaben zurückgeführt werden, für die eigentlich direkt der Staat zuständig wäre. So müssten die Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung eigentlich nicht die Kosten für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen übernehmen. Ähnliches gilt für berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche mit keinem oder schlechtem Schulabschluss. *Bel*

1.629.863.506.295 €

Vorwoche: 1.627.168.513.926 €
Verschuldung pro Kopf: 19 862 €
Vorwoche: 19 829 €

(Dienstag, 27. Oktober 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Die neue Regierung hofft inständig auf einen Wirtschaftsaufschwung – Andernfalls größte Probleme

Der Koalitionsvertrag ist unterschrieben, das Kabinett vereidigt: Deutschland weiß nun in etwa, wer es in den nächsten vier Jahren in welche Richtung zieht. Allerdings zeichnet der schwarzgelbe Koalitionsvertrag keine große Vision. Das Motto scheint zu sein: Im Grunde mehr oder weniger weiter so, Bürger und Wirtschaft um 24 Milliarden entlasten und auf den Aufschwung hoffen.

Auch die großen Überraschungen sind ausgeblieben. Sie sind schnell aufgezählt: Wolfgang Schäuble wird Finanzminister, er soll trotz weiterer Rekord-Verschuldung Solidität ausstrahlen; außerdem hat er das Vertrauen der Kanzlerin. Dagegen muss Schäuble nach den Verwirrungen wegen der vorübergehend geplanten Haushaltstricks („Schattenhaushalt“) Vertrauen in der Bevölkerung in die Haushaltspolitik des Bundes erst wieder „ansparen“.

Der weltläufige und polyglotte Karl-Theodor zu Guttenberg erhält ein „klassisches“ Ministerium, das Verteidigungsressort. Als strategischer Kopf, im Rang Unteroffizier der Reserve, kann Guttenberg damit Außenminister Guido Westerwelle gelegentlich schon unter Druck setzen. Aber das Verteidigungsministerium ist auch ein Schleudersitz, viele sind schon gescheitert auf diesem Sessel – besonders prominent in dieser Rolle Franz Josef Strauß 1962.

Der 38 Jahre alte zu Guttenberg bleibt auch nicht der Benjamin im Bundeskabinett: Der erst 36 Jahre alte FDP-Mann Philipp Rösler aus Niedersachsen, einst von einem Bundeswehroffizier aus einem Waisenhaus in Vietnam adoptiert, wird Gesundheitsminister. Dieses Amt hat – wie auch das Finanzministerium – das Potenzial, den Inhaber binnen Kurzem unbeliebt zu machen: im Volk, bei den Interessengruppen und auch in der eigenen Partei.

Da trifft es sich gut, dass im Koalitionsvertrag wenig Konkretes zur Gesundheitsreform festgelegt wurde. Zunächst sollen die erwarteten Milliarden-Defizite vom Bund querfinanziert werden, damit die Beiträge nicht steigen. Dann sollen die Arbeitgeberbeiträge stabil bleiben, spätere Beitragserhöhungen bleiben an den Arbeitnehmern hängen. Der Gesundheitsfonds soll einerseits bestehen bleiben – Beobachter fragen sich, warum die CDU ausgerechnet dieses bürokratische Monster mit Zähnen und Klauen verteidigt hat –, andererseits aber partiell entmachtet und regionalisiert werden, nicht zuletzt kam hier die CSU zum Zuge.

Neue Justizministerin hat die Union bereits unter Kohl gereizt

Überhaupt: die Bayern. Sie saßen in jeder Koalitionsrunde voll gleichberechtigt mit am Tisch, haben statt der ihnen arithmetisch zustehenden zwei gleich drei Ministerämter (Guttenberg Verteidigung, Aigner Agrar und Ramsauer Verkehr) nebst vier Staatssekretären geholt, haben alle konkreten Wahlversprechen eingelöst (Steuersenkungen, Hilfen für die Milchbauern, härtere Jugendstrafen, ja sogar das Betreuungsgeld für selbst erziehende Eltern) und können zufrieden sein. Allerdings hätten viele Christsoziale zu Guttenberg lieber im mächtigeren Finanz- oder eventuell auch im Innenministerium gesehen.

Als weitere Überraschungen oder gar ironische Volten kann man die Besetzungen des Umweltministeriums mit dem BDI- und RWE-nahen Norbert Röttgen und des Entwicklungshilferessorts mit dem bisherigen FDP-Generalsekretär Dirk Niebel sehen – war es doch die FDP, die dieses Ministerium am liebsten abgeschafft hätte. Der pfälzische Weinkenner Rainer Brüderle als neuer Bundeswirtschaftsminister wird schwerlich mehr Dynamik ausstrahlen können als Guttenberg. Die linksliberale Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (schon der Name ein Schreckgespenst aller Zeitungsmacher) hatte in selber Funktion bereits unter Helmut Kohl die Konservativen zur Weißglut getrieben. Im Streit über die akustische Wohnraumüberwachung trat sie 1996 zurück. Man darf gespannt sein, wann es zwischen ihr und den Innenpolitkern der Union den ersten zünftigen Krach gibt, trotz der sehr reibungslosen Koalitionsverhandlungen in diesem Bereich. Die „stille Effizienz“, Ex-Kanzleramtsminister Thomas de Maiziere, wechselt ins Innenministerium und wird dort seine Arbeit voraussichtlich ebenso still erledigen wie zuvor bei der Kanzlerin. Franz Josef Jung, im Verteidigungsministerium zuletzt überfordert, darf sein Glück im wesentlich sensibleren Arbeits- und Sozialressort versuchen. Ob das gut geht?

Immerhin stehen spätestens 2011, wenn die Wahl im 18-Millionen-Land Nordrhein-Westfalen überstanden ist, massive Einsparungen an. Aller Logik nach muss der größte Haushaltsposten, das Soziale, dann am meisten bluten. Dort ist einfach am meisten zu holen, auch die Programmatik der Regierungsparteien und der Sachverständigenrat weisen in diese Richtung.

Die Koalitionäre hoffen inständig, dass die Konjunktur sich an ihre „Anordnung“ hält und bis dahin die Wirtschaft wieder brummt. *Anton Heinrich*



Vertauschte Rollen: Ausgerechnet die Liberalen, denen bislang solide Staatsfinanzen über alles zu gehen schienen, haben eine riskante Haushaltspolitik nach dem „Prinzip Hoffnung“ durchgesetzt. Bild: ddp

Verhungernlassen als gängige Praxis

Mörderische Christenverfolgung in Nordkorea: Der »Geliebte Führer« fürchtet das Beispiel Osteuropas

Nach einem Bericht der Organisation Open Doors hat die nordkoreanische Regierung die Verfolgung der Christen in jüngster Zeit weiter verschärft. Sie will mit erhöhtem Einsatz von Fahndern die Mitglieder aller „Untergrundkirchen“ ausfindig machen und möglichst eliminieren.

Im Gegensatz zum Nachbarland China, wo Christen ihren Glauben in staatlich anerkannten Gotteshäusern derzeit halbwegs ungeschoren praktizieren können, Einzelgruppen wie die Falun Gong aber ebenfalls verfolgt werden, verbietet Pjöngjang alle Aktivitäten dieser Art. Christen werden entweder in Konzentrationslager gesteckt oder öffentlich hingerichtet, wenn sie nicht dem Personenkult des kommunistischen Diktators Kim Jong Il um den „Geliebten Führer“ Folge leisten und ihrem Glauben abschwören.

Der Umschwung in Osteuropa vor 20 Jahren wirkt immer noch wie ein Fanal und es wird jedenfalls von den Machthabern als Gefahr angesehen, dass durch die Christen im Lande ein ähnlicher Umsturz geschehen könnte. Einen Einblick in die Verhältnisse gibt das Buch „Lasst mich eure Stimme sein“, in dem Sun Ook Lee, einst eine ranghohe Funktionärin der Kommunistischen Partei, dann aufgrund von Denunziationen in einem Konzentrationslager eingesperrt, ihre Erinnerungen an Folter, andere Grausamkeiten und Morde niederschrieb, nachdem ihr nach einer überraschenden Entlassung im sechsten Jahr die Flucht aus dem Reich des „geliebten Führers“ gelungen war. Am schlimmsten, so berichtet sie, habe es die Christen getroffen, die teilweise vor ihren Augen zu Tode gefoltert wurden. Sie selbst wurde unter dem Eindruck der Geschehnisse Christin.

Rund 200 000 christliche Nordkoreaner schuften gegenwärtig in staatlichen Arbeitslagern. Die Organisation „Political Incorrect“ vermutet sogar bis zu einer halben Million, Radio Vatikan spricht allerdings nur von 50 000 bis 70 000 in etwa 30 Straflagern. Rund 400 000 Christen üben ihren Glauben bei geheimen Zusammenkünften aus, so meldet Open Doors, dessen US-Anhänger im April und Mai 2009 vor der nordkoreanischen Botschaft in Washington D.C. protestierten und beteten. Carl Moeller, Präsident von Open Doors in den USA: „Verletzungen der Menschenrechte, Zwangsarbeit, in Arbeitslagern gequälte, gefolterte politische Gefangene, Menschenhandel und Verhungernlassen sind gängige Praxis und nehmen immer mehr zu.“

Es liegen zudem Berichte vor über Menschenversuche mit Gasen und Viren, was fatal an gewisse Praktiken in den KZs des Dritten Reiches erinnert. Folterungen scheinen gang und gäbe. Etwa zehn bis 20 Prozent der Häftlinge – so berichten Hilfsorganisationen – sterben jährlich an den Folgen der miserablen Behandlung oder durch Exekutionen. Flüchtlingen, denen es gelungen war, sich nach China abzusetzen, wurden von dort zurück geschickt und den nordkoreanischen Henkern ausgeliefert. Allein Anfang 2005 sollen dabei in nur einem Monat 70 Menschen ums Leben gekommen sein. Nunmehr im sechsten Jahr führt Nordkorea die Liste der Länder an, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

Flüchtlinge, die es nach China geschafft haben, werden von dort an Nordkorea ausgeliefert

Die traditionellen und geschichtlich gewachsenen Religionen des Landes sind der Buddhismus und der Konfuzianismus. Unter dem Einfluss der Kommunisten dürfte heute die Mehrheit allerdings atheistisch sein. Der US-amerikanische Pastor und Philosoph George Trumbull Ladd (1824–1921) schätzte bei einem Besuch in Pjöngjang im Jahre 1907 die Zahl der Christen auf knapp 14 000 – immerhin ein Drittel der Bevölkerung der Stadt. Die Zahl ihrer Kirchen betrug 100. Vor dem Koreakrieg (1950–1953) wurden dann allein in der Hauptstadt 500 000 praktizierende Christen gezählt, weshalb die Agglomeration damals auch als „Jerusalem des Ostens“ galt.

Um die Wende zum 20. Jahrhundert lebten etwa 40 000 Menschen in Pjöngjang, heute sind es drei Millionen, im gesamten Land 24 Millionen. Es gibt drei Schaukirchen zu Propagandazwecken, denn Artikel 68 der Verfassung garantiert freie Ausübung der Religion, sofern dies nicht zur „Infiltration durch äußere Kräfte oder zur Verletzung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“ missbraucht wird – ein dehnbarer Begriff. Dieses Recht wird Christen ohnehin verweigert, da es sich nach Auslegung der Regierung nicht um eine staatlich kontrollierte Organisation handelt. Seit 2006 gibt es in der Hauptstadt eine russisch-orthodoxe Kirche, die vierte christliche Kirche der Stadt. Wieder ein Vorzeigeobjekt? Nordkorea grenzt neben China auch an Russland.

Wegen seines Atomwaffen- und Raketenprogramms sowie der Belieferung anderer Nationen mit entsprechendem Know-how wird der „Schurkenstaat“, wie ihn einst George W. Bush apostrophierte, von der übrigen Welt geächtet. Die Volksrepublik zählt zu jenen Ländern, in denen die Menschenrechte so gut wie gar nicht geachtet werden – was die Lage der verfolgten Christen zusätzlich erschwert. Die Medien stehen unter totaler Kontrolle, Mobiltelefone sind normalen Bürgern verboten, nicht genehmigte Versammlungen untersagt. Das trifft natürlich auch auf Gottesdienste zu. Den Bürgern ist das Verlassen des Landes nicht erlaubt, ebenso ist ihr Aufenthaltsort im Land selbst vorgeschrieben. Hinrichtungen finden in der Regel öffentlich statt.

Insgesamt stehen in dem flächenmäßig kleinen Land eine Million Soldaten ständig unter Waffen, die Armee des unberechenbaren „geliebten Führers“ ist nach jener Chinas die zweitgrößte Militärmacht in Asien. Ein Einsatz der vorhandenen Atombombe, nach der ein Land wie der Iran erst strebt, ist nach Meinung von Militärexperten nicht ausgeschlossen. *Joachim Feyerabend*

Wowereit will milde Kontrolleure

Von HARALD FOURIER

Mit der Unabhängigkeit staatlicher Aufsichtsorgane ist das immer so eine Sache. Schließlich dienen sie demselben Staat, erhalten vom selben Staat ihr Gehalt und ihre Anerkennung wie die Politiker, die sie überwachen sollen. In dieser Zwickmühle stecken auch die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder, welche die Ausgabenpolitik ihrer Regierungen kontrollieren. Ihre Berichte können bisweilen peinlich werden für die Regierenden, weshalb in der Politik die fatale Neigung besteht, die dortigen Leitungspositionen mit geneigten Parteifreunden zu besetzen.

Sicher: Berlin ist nicht Buenos Aires. Deutschland hat unabhängige Behörden. Aber auch bei uns besteht immer die Gefahr, dass sich die Parteien den Staat zur Beute machen. Im Land Berlin steht die Neubesetzung des Präsidentenamtes des Landesrechnungshofs nun an. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) will unbedingt seine Wunschkandidatin durchsetzen. Das ist nicht gut für das Ansehen der Stadt, denn die Dame wäre eine Fehlbesetzung.

Wowereit will seine Parteifreundin und Noch-Staatssekretärin Hella Dunger-Löper auf den Stuhl hieven. Würde sie gewählt, wäre das ein Skandal. Deswegen sind Grüne, CDU und FDP sich einig. „Das machen wir nicht mit", heißt es aus dem Lager der Jamaika-Opposition. Was die Sache für Wowereit prekär macht: Die rot-rote Mehrheit im Parlament ist dünn. Die Wahl könnte schiefgehen.

In Bremen zum Beispiel fehlten der rot-grünen Landesregierung kürzlich zehn Stimmen in einer geheimen Abstimmung, als der gleiche Posten beim dortigen Rechnungshof mit einer Sypathisantin derGrünen neu besetzt wurde. Und das kam so: Unter den 15 Bewerbern befanden sich unter anderem ein parteiloser Wirtschaftsprofessor, der im Fach Rechnungswesen (!) promoviert hatte, und eine Juristin aus Nordrhein-Westfalen, die von der Materie nur wenig Ahnung hatte. Jetzt raten Sie mal, wer den Posten bekommen hat! Die Juristin – sie steht nämlich den Grünen nahe, die in Bremen an der Regierung beteiligt sind. Der Mann ging leer aus und wurde mit einer fadenscheinigen Begründung abserviert. Viele Bremer Abgeordnete selbst aus dem Regierungslager wollten da nicht mitmachen.

Wegen der satten Mehrheit von Rot-Grün wurde die Kandidatin dennoch gewählt, in Berlin hingegen könnte es anders kommen. Die Opposition will auf jeden Fall gegen Dunger-Löper und damit gegen den Parteienfilz stimmen. Gesellen sich ein paar SPD- oder Linke-Parlamentarier dazu, wäre der Vorschlag gescheitert. Eine peinliche Niederlage für den Bürgermeister wäre das, aber ein guter Tag für Berlin.

Scheu vor der »Ekelliste«

Trotz Skandalen will Berlin schwarze Schafe in der Gastronomie nicht an den Pranger stellen



Mängel bei fast jedem zweiten Hersteller von Geflügeldöner: Nur der Bezirk Pankow veröffentlicht die Namen unhygienischer Imbissbuden und Restaurants.

Bild: Schleusener

Berlin ist auch die Hauptstadt des Döner Kebab. Nirgendwo sonst in Deutschland werden so viele mit Fleisch und Salat gefüllte Fladenbrote an den Mann gebracht wie hier. Indes hat jetzt wieder ein Bericht zur Lebensmittelhygiene Zweifel an der Qualität genährt. Wie genießbar sind Berlins Döner?

Viele Leute haben ein schlechtes Gewissen, nachdem sie „Fastfood" verzehrt haben. Ein Bulettenbrötchen in einem Schnellrestaurant oder eine Portion Pommes in der Bude an der Ecke – das ist nicht gerade gesunde Ernährung und sollte nicht täglich auf dem Speiseplan stehen.

Wenn Marco S. sich auf dem Nachhauseweg einen Kebab bestellt, hat er schon bislang ein mulmiges Gefühl. Der neueste Ekelreport über Geflügelfleisch-Döner hat Käufer des türkischen Gerichts wie ihn nun noch weiter verunsichert. Student S. kauft jetzt nur noch bei einem Händler seines Vertrauens.

Das jüngste Papier des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit hat es nämlich in sich. Für den Bericht zur „Lebensmittelsicherheit 2008" wurden in sechs Bundesländern über 300 Kontrollen in Betrieben durchgeführt, die Geflügelfleischprodukte herstellen, darunter auch viele Hersteller von Dönerspießen.

Bei fast jedem zweiten Produzenten von Geflügelfleischdöner (49 Prozent) fanden sich kleinere Mängel. Bei 22 Prozent konnten Verstöße gegen die Regeln zur Desinfektion aufgedeckt werden, 16 Prozent hatten unzureichend ausgebildetes Personal. Fünf Prozent waren nicht einmal sorgfältig genug bei der Schädlingsbekämpfung. Bei parallel untersuchten herkömmlichen Imbissbuden fanden sich ebenfalls viele Mängel.

Etwa eineinhalb Tausend Dönerbuden gibt es in Berlin. Es heißt, das seien mehr als in Istanbul. Damit hat sich der Spieß vom orientalischen Exoten zu einem Standard-Imbiss in der deutschen Hauptstadt gemausert.

Rabiater Preiskampf, zu wenig Kontrollen und ein angebliches »Mentalitätsproblem«: Vor allem Döner-Buden kommen immer wieder ins Gerede

Entsprechend ernst nehmen die Berliner Berichte über teils erschreckende Qualitätsprobleme. Die Budenbetreiber müssen stets mit einer Kontrolle durch das Gesundheitsamt rechnen. 2007 wurden in Berlin von 25 447 Gastronomiebetrieben – wie etwa Dönerbuden – 17 819 kontrolliert, und zwar im Durchschnitt zweimal.

Viel zu wenig, finden Kritiker. Mehr sei nicht drin, entgegnen die zuständigen Beamten. Das Personal reiche nicht aus für mehr. Der Staat könne ja schließlich nicht alles kontrollieren. Die Käufer müssten selbst auch ein wenig die Augen und die Nase offen halten: Sieht der Laden sauber aus? Wäscht sich das Personal die Hände? Sind Schürze und Hemd gereinigt? Wird der Salat gekühlt? Hängt jeden Tag ein neuer, frischer Spieß am Haken?

Die Ursachen für mangelnde Hygiene sind vielfältig. Gemunkelt wird auch über ein „Mentalitätsproblem", über das offen zu sprechen die politische Korrektheit untersagt. Außerdem besteht ständiger Kostendruck, denn der Wettbewerb ist hart im Dönergeschäft. Je mehr Buden, desto heftiger der Preiskampf. Anfang des Jahrzehnts ging es besonders hoch her. Damals fiel der Preis pro Portion mancherorts unter die Zwei-Euro-Marke.

Mittlerweile hat sich die Lage an der Preisfront etwas beruhigt. Vor einem Jahr prognostizierte die linksalternative „taz" für das Jahr 2009 sogar einen deftigen Anstieg auf drei Euro pro Durchschnittsdöner, weil Energiekosten und gestiegene Einkaufspreise die Produktionskosten in die Höhe treiben würden. In anderen Städten wie München oder Köln seien schließlich Preise von 3,50 Euro normal.

Ganz so ist es nicht gekommen. Eine stichprobenartige Marktanalyse in zehn Buden zwischen dem Schlesischen Tor und dem Potsdamer Platz ergab einen Durchschnittspreis von rund 2,70 Euro. Drei Euro – dieser Preis wird nur in „Touristengebieten" wie der Friedrichstraße erreicht. Im tiefsten Kreuzberg (Wrangelstraße) dagegen gibt es das geraspelte Rinder- oder Geflügelfleisch schon für zwei Euro. Spätestens bei diesem Preis sollten sich die Kunden fragen, ob der Verkäufer noch genügend Spielraum für Reinigung und Qualitätsvorsorge hat, raten Marktbeobachter. Es war schließlich in Berlin, wo vor zwei Jahren der Döner-König Remzi Kaplan mit bedenklichem Fleisch erwischt wurde. Er hatte Ware umetikettiert und war dafür 2008 mit einer Geldstrafe von 40 000 Euro bestraft worden.

Vor einem halben Jahr gab es schon einmal große Aufregung in Berlin rund um das Thema „Fastfood". Das Bezirksamt Pankow zeichnete vorbildliche Restaurants aus. Für sehr viel mehr Aufmerksamkeit sorgte die gleichzeitige Veröffentlichung besonders unappetitlicher Prüflinge.

Diese „Pankower Ekelliste" kann seitdem jeder im Internet einsehen, neuerdings auch mit Fotos. 22 Betriebe werden auf der aktuellen Liste angeprangert, darunter drei Dönerbuden mit teilweise haarsträubenden Befunden (Ungeziefer, verschimmelte Ware). Die anderen Berliner Bezirke haben sich bislang geweigert, das Pankower Modell zu übernehmen. So bleibt die Veröffentlichung der Prüfungsergebnisse ein Privileg, von dem nur Kunden in Pankow profitieren.

Markus Schleusener

Berlin will S-Bahn kaufen

BVG soll die maroden Züge für symbolischen Preis übernehmen

Das Bemühen, die „Deutsche Bahn" an die Börse zu bringen und zu privatisieren, hat nicht nur zu Personalabbau und Rationalisierung geführt, sondern auch zu unsinnigen und sogar gefährlichen Vorhaben. Bei der Berliner S-Bahn wurden die Wartungsintervalle der Züge immer weiter „gestreckt", bis schließlich die Sicherheitsbehörden eingriffen und viele Züge aus Sicherheitsgründen aus dem Verkehr nahmen. Ein Zusammenbruch des gesamten S-Bahn-Planes war die Folge.

Anfang September 2009 tauchte erstmals die Überlegung in den Reihen der SPD auf, „den Laden" zu übernehmen. Damals war für die SPD-Verkehrssenatorin Ingeborg Junge-Reyer eine vorzeitige Kündigung des S-Bahn-Vertrages oder gar eine Übernahme durch die BVG noch kein Thema. Inzwischen haben die Abgeordneten, die eine Verstaatlichung der S-Bahn ins Gespräch gebracht hatten, gewichtige Unterstützung erhalten. Grund hierfür sind die bisher fruchtlos gebliebenen Appelle der Berliner Politik. Zum Beispiel der Beschluss des Abgeordnetenhauses, in dem die Deutsche Bahn AG aufgefordert wird, die Sparvorgaben für die S-Bahn zurückzunehmen, die Wagen vorausschauend in der Werkstatt zu überprüfen und die Infrastruktur zu modernisieren.

Statt Privatisierung jetzt erneute Verstaatlichung?

Finanzsenator Nussbaum ist der Schuldzuweisungen müde und hat nun konkrete Vorschläge zu einer landesstaatlichen Übernahme der S-Bahn gemacht. Zusammen mit der BVG, die bereits dem Land gehört, würde das gesamte Nahverkehrsangebot gebündelt. Das gab es in Berlin (West) zur Zeit der deutschen Teilung schon einmal. Auch damals betrieb die landeseigene BVG die S-Bahn. „Es wäre für die Berliner sicherlich ein Vorteil, wenn man ein Nahverkehrsangebot aus einer Hand hätte. Ein abgestimmtes Verkehrsangebot von BVG und S-Bahn brächte sicherlich auch Synergien und damit Einsparungen", meint der Finanzsenator.

Einen Zeitpunkt oder einen Preis für den Kauf nannte Nußbaum nicht. Zudem wies er auf die Bedingungen hin: Die Bahn müsse „verkaufsbereit" sein. Sofern sich das Land Berlin mit dem Eigentümer der Bahn – und das ist noch immer der Bund – einig wird, könnte das Land die S-Bahn für einen symbolischen Preis übernehmen. So hätten die Sparmaßnahmen des Bahnmanagements am Ende jedenfalls bei der Berliner S-Bahn das Gegenteil der angestrebten Privatisierung bewirkt.

Hans Lody

Fußball statt Physik

Berlin: Senator will Unterricht in Naturwissenschaften reduzieren

Berlins Elternvertreter sind in Aufruhr: Nach neuesten Plänen von Schulsenator Jürgen Zöllner (SPD) sollen Schüler an Berliner Sekundarschulen künftig in Biologie, Physik und Chemie zusammen nur noch so viele Stunden bekommen wie in Sport.

Es ist schon jetzt nicht gut bestellt um die naturwissenschaftlichen Kenntnisse vieler Berliner Schüler. Auch und besonders in der Hauptstadt klagen Unternehmen über immer weniger geeignete junge Bewerber, weil oft minimale Grundkenntnisse fehlen. Bei einer Fernsehdokumentation war jüngst ein Friseurmeister aus Neukölln zu sehen, der Jugendliche vor laufender Kamera zu Vorstellungsgesprächen geladen hatte. Ein Mädchen wurde gefragt, was zehn Prozent von 400 sei. Stille. „Soll ich das jetzt ausrechnen, oder was?", fragte die 19-Jährige zurück.

Zöllners Vorhaben droht, so die Befürchtung, die Lage noch weiter zu verschlimmern. Der Unterricht in Chemie, Biologie und Physik soll demnach an den siebten bis zehnten Klassen der Sekundarschulen um zwei Stunden reduziert werden. Sekundarschulen – das sind die neuen Gesamtschulen in Berlin, die in Konkurrenz zum Gymnasium alle anderen Schulformen zusammenfassen. Bei den Gymnasien soll alles beim Alten bleiben.

Eltern und Lehrer kritisieren Zöllners Pläne scharf

Zöllner führt zwei Gründe für sein umstrittenes Vorhaben an: Einerseits müsse er durch die geplante Schulreform mehr Unterrichtsstunden mit der gleichen Lehrerzahl durchführen lassen. Unter anderem ist der rot-rote Senat fest entschlossen, Ganztagsunterricht einzuführen, was einen höheren Personalaufwand zur Folge hat. Außerdem habe jede Schule ja das Recht, drei Stunden pro Woche nach eigenem Willen zu gestalten. Diese Extrastunden sollen dazu dienen, sich ein eigenes Profil zu bilden, sie heißen deswegen auch Profilstunden.

Doch schon ist durchgesickert, dass noch eine andere Überlegung dahintersteckt. Eine Zeitung will erfahren haben, der Senator wolle die lernschwachen Schüler der früheren Hauptschulen nicht überfordern – Fußball statt Physik, weil die Hauptschüler sonst nicht mitkommen.

Auch Lehrer sind entsetzt. So hat die Lehrerkonferenz Physik von Wilmersdorf-Charlottenburg bereits heftig protestiert. Die Pädagogen der Clay-Gesamtschule in Neukölln kritisieren, Naturwissenschaften wären nach der Reform nur noch eine „Randerscheinung" im Stundenplan.

M.S.

Zeitzeugen



Paul Kirchhof – Als Mitglied des „Kompetenzteams“ von Angela Merkel vor der Wahl 2005 wurde der parteilose Verfassungs- und Steuerrechtler (*1943) bundesweit berühmt. Noch mehr Schlagzeilen als die Sachargumente machte die Polemik der Gegner des „Professors aus Heidelberg“. Der ehemalige Verfassungsrichter (1987–1999) wollte einen einheitlichen Grenzsteuersatz von 25 Prozent, den die SPD bekämpfte.

Wolfgang Franz – Der 1944 geborene Arbeitsmarktexperte ist Vorsitzender der fünf „Wirtschaftsweisen“. „Für nennenswerte Steuersenkungen besteht auf absehbare Zeit kein finanzieller Spielraum“, warnte der Sachverständigenrat die neue Koalition vor Entlastungen auf Pump. Ohne „harte Einschnitte bei den Ausgaben oder Steuererhöhungen“ könne die Sanierung nicht gelingen.



Philipp Mißfelder – Die „Konsenspolitik der Großen Koalition, muss zugunsten des Prinzips der Generationengerechtigkeit beendet werden“, forderte die Junge Union, deren Bundesvorsitzender der CDU-Politiker ist, anlässlich der Koalitionsverhandlungen. Der 30-jährige Mißfelder ist einer der jüngsten Bundestagsabgeordneten und einer der entschiedensten Befürworter solider Staatsfinanzen.

Hermann Otto Solms - Der FDP-Finanzexperte gilt als Vater der kurzlebigen Idee des „Sozialversicherungs-Stabilisierungsfonds“. Mit diesem Trick hätte Schwarz-Gelb in diesem Jahr 40 Milliarden Euro zusätzliche Schulden gemacht, diese optisch noch dem bisherigen Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) zugewiesen und außerdem die neue „Schuldenbremse“ teilweise umgangen. Das Scheitern dieses Vorhabens könnte Solms das von ihm offenbar angestrebte Amt des Bundesfinanzministers gekostet haben.



Wolfgang Schäuble – Der Ex-Innen- und neue Finanzminister der schwarz-gelben Koalition ließ die Schattenhaushaltspläne in seinem Ministerium prüfen. Die verfassungsrechtlichen Bedenken gaben dann – so heißt es – den Ausschlag für das Nein der Koalitionäre zu dieser Idee. Schäuble betont jedoch weiter die Notwendigkeit massiver staatlicher Investitionen – „Sparen wäre jetzt das falsche Signal“.

»Bescheidener werden«

Paul Kirchhof plädiert für den schlanken Staat und die Tugend des Sparens

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter und heutige Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht an der Universität Heidelberg, Paul Kirchhof, plädiert dafür, die kommende Regierungsarbeit unter das Motto „Mehr Bescheidenheit wagen“ zu stellen.

In einem Gespräch mit *PAZ*-Autor Jürgen Liminski sagte Kirchhof, es komme „jetzt darauf an, ob diese Regierung die große Reform des ganzen Finanzwesens in Anspruch nimmt, und ich glaube, das wird sie tun. Das ist das Steuerrecht, das ist natürlich die Ausgabenseite, das sind selbstverständlich die Sozialversicherungen. Jeder spürt, dass wir dort umstrukturieren müssen, dass wir auch bescheidener sein müssen. Wir werden unser hohes Niveau unseres Lebens (auch im Finanziellen) nachhaltig nur erhalten können, wenn wir bescheidener werden. Und eine mutige Politik, die dem Bürger diese Botschaft überbringt, wird verstanden. Der Politiker wird ernst genommen, weil er die Probleme anspricht und weil er verheißt, er wird sie bewältigen können.“

Zwar zeigt sich Kirchhof erfreut, dass die sogenannten Schattenhaushalte zunächst vom Tisch seien, aber anders als die gängige Kritik in den Medien, sieht er darin auch ein grundsätzliches Problem. Das Parlament könne nicht übersehen, wie viele Ausgaben es zu verantworten habe und deshalb seiner demokratischen Verantwortung nicht gerecht werden. „Außerdem braucht der Bundesfinanzminister, auch der Bundeskanzler eine vollständige Übersicht über das, was finanziell geschieht. Die Öffentlichkeit, die ja auch kontrollieren will mit ihrer Kritik, muss wissen, wie viele Ausgaben der Staat tätigt, wie viele Schulden er macht. Die Finanzplanung braucht die Daten und nicht zuletzt der Bundesrechnungshof, der die Wirtschaftlichkeit des Staatshaushaltes prüft, braucht eine vollständige Rechnung.“ All das werde durch Schattenhaushalte erschwert. Er sei aber zuversichtlich, dass der Versuch, Nebenhaushalte anzulegen, auch künftig nicht unternommen werde. Das würde auch dem verfassungsrechtlichen Gebot der Schuldenbremse zuwiderlaufen. Kirchhof: „Ich glaube, es gibt nur einen Weg. Wir müssen erstens entscheiden die Schulden benennen – die Zahlen sind ja weitgehend bekannt – und zweitens: Wir müssen die Tugend des Sparens gerade für den öffentlichen Haushalt wiederentdecken. Es ist verführerisch unter Menschen, die alle Geld wollen, Geld bereitzustellen zu Lasten der nächsten Generation, unserer Kinder, die die Verschuldung finanzieren müssen. Diese Generation kann sich heute noch nicht wehren, sie hat auch kein Wahlrecht. Der Staat muss schlanker werden, er ist zu korpulent geworden, er hat zu viel an finanziellen Begünstigungen und vor allem Lenkungen vorgesehen. Das Gebot der Stunde heißt schlanker Staat!“

Staat gibt Anreize zur ökonomischen Unvernunft

Sparprioritäten würde Kirchhof in diesem Sinn bei der Steuer setzen. „Wir haben viel zu viele Steuervergünstigungen, Steuerlenkungen. Da haben wir in den letzten Jahren gesprochen über die Lenkung in den Film und in die Schiffe. Wir haben Verlustzuweisungsgesellschaften, also Steuervergünstigungen, wenn jemand sich beteiligt an einem Unternehmen, das Verluste macht, jedenfalls steuerliche Verluste macht. Wir hatten vom Bundesgerichtshof das Stichwort Schrottimmobilie. Da haben die Steuergesetze den Menschen angereizt, Schrott zu kaufen, also Grundstücke, die man nicht vermieten, also nicht veräußern kann. Diese Anreize zur ökonomischen Unvernunft sind schädlich, weil sie Kapital fehlleiten. Sie sind schädlich, weil einer begünstigt wird und der andere Steuerzahler deswegen mehr zahlen muss. Sie sind schädlich, weil der Bürger sich durch diese Steuerverlockungen seine Freiheit abkaufen lässt. Aus dem freien Bürger wird ein gelenkter Bürger, und das ist eigentlich für unser freiheitliches System katastrophal.“ Der Gesetzgeber könnte, wenn er auf diese Steuervergünstigungen und Privilegien verzichten würde, „wesentlich Geld sparen und damit natürlich auch das Steuerrecht bereinigen, die Steuersätze senken, aber auch die Haushaltsfrage entspannen“.

Kirchhof begrüßt die Erhöhung des Kinderfreibetrags. Sie schaffe „ein Stück mehr Gerechtigkeit für die Familien. Wenn die Eltern ein Einkommen erzielen und ein Teil dieses Einkommens gehört den Kindern, weil die Eltern den Kindern unterhaltspflichtig sind, dann können die Eltern über diesen Teil des Einkommens nicht verfügen, auch nicht für Zwecke der Steuerzahlung verfügen. Also muss dieser Betrag von dem steuerbaren Einkommen abgezogen werden, und zwar in der Höhe, wie das Kind tatsächlich Geld braucht. Das Kind will heute ... nicht nur ernährt und gekleidet werden, sondern es will in den Sportverein, es will ein Musikinstrument spielen, es will vielleicht einmal fremden Kulturen und Sprachen begegnen. All das kostet das Geld der Eltern und deswegen müssen die Freibeträge entsprechend erhöht werden.“ *J.L.*



Subventionen: Inwieweit kann hier noch gespart werden? Bild: pa

Die Sanierung war versprochen

Viel hatten sich FDP wie Union für die angestrebte gemeinsame Regierung in ihren Wahlprogrammen vorgenommen: „Wir wollen die Bundesagentur für Arbeit auflösen“, heißt es beispielsweise im FDP-„Kurzwahlprogramm“. Tatsächlich bleibt die Behörde nicht nur, ihr wachsendes Defizit regte überhaupt erst den Plan für einen Schattenhaushalt und das Verschleppen zusätzlicher Schulden in die Zukunft an.

„Generationen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – wir wollen unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlassen“ – auch diese zwei wohlklingenden FDP-Wahlslogans stehen im Gegensatz zur Politik unmittelbar nach der Wahl.

Sparen als falsches Signal deklariert

Die CDU versprach in ihrem „Zehn Ziele“-Programm „den Haushalt konsolidieren und Bürger entlasten“ zu wollen. Nach der Wahl hat die hier noch an erster Stelle genannte Konsolidierung keinen Vorrang mehr.

„Die Haushaltslage ist dramatisch“, sagte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) vor wenigen Tagen gegenüber der Fraktion. Dennoch hält die Partei das Sparen jetzt für ein völlig „falsches Signal“. Unter „Unsere Kernpunkte“ findet sich dagegen im Wahlkampfmaterial der Unionsfraktion noch die selbstbewusste Aussage: „Wir verbinden Haushaltskonsolidierung mit der Förderung von Zukunftsinvestitionen und Steuerentlastungen.“

Vom ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein stammt der Ausspruch: „Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wer exzessiv Schulden macht, versündigt sich an der jungen Generation.“ Konsequenzen aus dieser Einsicht sind nun aber offenbar mindestens bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 vertagt worden. *SV*

Ausgebremste Bremse

So wird es nichts mit der »Schuldenbremse« – Fehlende Sanktion

Deutschland hat mit rund 1628 Milliarden Euro, das sind fast 20000 Euro pro Kopf, einfach zu hohe Staatsschulden. Aufgrund dieser Erkenntnis und wegen der Regeln des europäischen Stabilitätspakts schrieben deutsche Politiker von Bund und Ländern eine sogenannte Schuldenbremse in das Grundgesetz (Artikel 109 und 115 GG).

Ein zentraler Gedanke ist dabei: die Generationengerechtigkeit. Künftige Bürger wie Regierungen sollen vergleichbare Chancen und Handlungsspielräume behalten, denn wachsende Staatsschulden lähmen das Gemeinwesen. So richtig greift das neue Instrument erst ab 2011, bis dahin gilt eine Übergangsregel (Artikel 143d GG). Die endgültige Regel besagt, dass der Bund nicht mehr als 0,35 Prozent vom Wert aller jährlich produzierten Waren und Dienstleistungen in Deutschland (Bruttoinlandsprodukt) an neuen Schulden aufnehmen darf. Nur Sonderausgaben infolge besonders schwerer Krisen und Naturkatastrophen fallen nicht unter die Regel. FDP und Union wollten nun diese Regel umgehen, indem sie ein Sondervermögen, den „Sozialversicherungsstabilisierungsfonds“, einrichten wollten. Aufgrund massiver Proteste wurde dieser Plan schnell wieder kassiert.

Alle Staatsausgaben, auch die für bisherige Schulden (Tilgungen und Zinsen), müssen spätestens 2020 aus Steuern und sonstigen Staatseinnahmen voll gedeckt werden. Nur bei besonders schweren Krisen oder Naturkatastrophen gilt die Schuldenbremse nicht. Im Fall

Finanzielle Not macht erfinderisch, doch Tricks statt Reformen

solcher wirtschaftlichen Verwerfungen soll eine komplexe mathematische Formel die Abweichung vom normalen Rahmen feststellen. Tatsächlich entscheidet über beide Ausnahmefälle und daraus resultierende Lockerungen aber der Bundestag – mit derselben Mehrheit, mit der er auch den Haushalt beschließt. Von daher war auch schon ohne die neuesten Tricks fragwürdig, ob das erklärte Ziel ausgeglichener Haushalte (ab 2016 im Bund und ab 2020 in den Ländern) realistisch war.

Ein Schattenhaushalt wäre jedoch als Sondervermögen nicht an den Jahreshaushalt gebunden und damit auch von den jährlichen Kreditgrenzen befreit. Diese Ungebundenheit an das Jahresprinzip eines Haushalts schafft nicht nur Verwirrung, sie ist auch verfassungsrechtlich bedenklich, wie eine aktuelle Prüfung durch das CDU-geführte Bundesinnenministerium ergab. Sondervermögen kommen zudem einem Freifahrtschein für neue Schulden gleich, die dann in ihrer Gesamtheit gestreckt und so noch schwerer zu beziffern sind. Schon Finanzminister Peer Steinbrück nutzte solche Sondervermögen für Bankenrettungs- und Konjunkturpakete.

Den größten Schwachpunkt der Schuldenbremse stellt die Strafe bei Nichterfüllung dar: Es gibt keine. Im Sinne der Steuerzahler von morgen weist die deutsche Schuldenbremse gegenüber der schweizerischen einen wesentlichen Nachteil auf: Der deutsche Fiskus wird nicht gezwungen, alle Schulden abzutragen. Nur die Neuaufnahme ist (bestenfalls) erschwert. Schatten- oder Nebenhaushalte könnten so den Schulden-Sockel dauerhaft erhöhen. *SV*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5146**

Integration durch Leistung und Fleiß

Younes Ouaqasse, Vorsitzender der Schüler Union: »Der Hintergrund eines Schülers darf keine Rolle spielen«

Diskutieren statt Demonstrieren lautet das Motto der Schüler Union, die noch bis Ende 2010 von Younes Ouaqasse, Sohn marokkanischer Eltern, geführt wird.

PAZ: *Vor einigen Monaten sind Tausende Schüler auf die Straßen gegangen, um für Verbesserungen im Bildungssystem zu demonstrieren. Hat es nach dem Bildungsstreik Zugeständnisse von Bund oder Ländern auf die Forderungen der Schüler gegeben?*

Ouaqasse: Der Bildungsstreik hat noch nicht einmal konkrete Forderungen gestellt. Schwammigen Aussagen, die wiederum von Stadt zu Stadt abgewichen sind, kann auch nicht konkret von Politikern entgegnet werden. Die unionsgeführten Landesregierungen kämpfen seit jeher gegen Lehrerausfall. Aber viele Forderungen waren realitätsfern und sind nicht finanzierbar. Als Schüler Union lehnen wir diesen Streik daher ab und setzen uns lieber mit den bildungspolitischen Entscheidungsträgern an einen Tisch, anstatt auf den Straßen Chaos anzurichten.

PAZ: *Die Schüler Union (SU) tritt für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems ein. Selbst Unionspolitiker weichen inzwischen davon ab, etwa in Hamburg. Was sind für die SU die Vorteile des dreigliedrigen Systems?*

Ouaqasse: Das dreigliedrige Schulsystem hat sich bewährt. Hier können Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Begabungen und Neigungen gefordert und gefördert werden. Statt ideologischer Gleichmacherei macht sich die Schüler Union für Reformen innerhalb des bestehenden Systems stark. Wir fordern beispielsweise eine stärkere Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und die Aufwertung des Ansehens der Hauptschule.

PAZ: *Was sind die dringlichsten Forderungen der Schüler Union?*

Ouaqasse: Die Stärkung des christlichen Religionsunterrichts und die klare Ablehnung des Islamunterrichts gehören zu unseren grundlegenden Forderungen. Ebenso muss unser dreigliedriges Schulsystem beibehalten und die Durchlässigkeit gestärkt werden.

PAZ: *In vielen Bundesländern werden die Schulen reformiert. Welche Reformen bereiten der Schüler Union am meisten Sorgen?*

Ouaqasse: Die Reformen, die das dreigliedrige Schulsystem beseitigen wollen, sehen wir selbstverständlich sehr kritisch. Und wenn die Schulzeit verkürzt wird, müssen auch die Unterrichtsinhalte neu strukturiert werden. Wir fordern dabei Qualität statt Quantität! In einigen Kultusministerien hat man das Gefühl, dass die Verkürzung der Schulzeit von heute auf morgen stattfand.

PAZ: *Die Schüler Union bezeichnet sich als christlich-sozial, liberal und konservativ. Woran machen Sie das fest?*

Ouaqasse: In der Schüler Union engagieren sich über 10500 Mitglieder. Damit sind wir nicht nur die mit Abstand größte politische Schülerorganisation bundesweit,

> »Das dreigliedrige Schulsystem ist besser als Gleichmacherei«

sondern verstehen uns auch als Interessensvertretung aller Schülerinnen und Schüler in Deutschland. Daher wollen wir sehr offen sein und möglichst viele politische Strömungen abdecken. Klar ist aber auch: Wir stehen zu unseren Überzeugungen und geben diese nicht auf, um ein gewisses Klientel abzudecken. Wir versuchen, alle drei Strömungen in unserer Programmatik abzubilden.

PAZ: *Die Schüler Union ist nahezu ein Unikum in der links-dominierten Welt der Schüler- und Studenten-Organisationen. Wie behauptet sich die SU gegen diese linke Dominanz beziehungsweise wie reagieren die anderen auf sie (Akzeptanz oder Verleumdung als „böse Rechte“)?*

Ouaqasse: Was uns stark macht, ist unsere Glaubwürdigkeit und unsere Arbeit, bei der wir auch unbeliebte Themen anpacken. Viele Schüler haben erkannt, dass wir uns für ihre Interessen einsetzen und begrüßen daher unsere Arbeit. Linke Weltverbesserer, die eine Einheitsschule fordern, das gesamte Notensystem abschaffen möchten und sich nicht von Linksextremismus distanzieren, können die bestehenden Probleme in der Schulpolitik nicht lösen. Mit Verunglimpfungen können wir leben, insofern eine bessere Bildungspolitik erstritten werden kann.

PAZ: *Hat Ihr eigener marokkanisch-muslimischer Hintergrund schon mal für Verwirrung gesorgt, schließlich steht die Schüler Union ja den C-Parteien nahe?*

Ouaqasse: Für mich spielen Werte in unserer Gesellschaft und in der Politik eine sehr große Rolle. Ein offener Islam und ein liberales Christentum haben sehr viele Gemeinsamkeiten. Daher engagiere ich mich gerne in der CDU und ihren Jugendorganisationen, wo ich zudem nicht auf Widerspruch, sondern auf Zuspruch stoße.

PAZ: *Schüler mit Migrationshintergrund erlangen seltener Schulabschlüsse und wenn, dann häufig schlechtere. Woran liegt das aus Sicht der Schüler Union?*

Ouaqasse: Jeder Schüler, der in unserem Land zur Schule geht, muss die deutsche Sprache einwandfrei beherrschen. Dies ist eine Grundvoraussetzung für den schulischen Erfolg. Daher begrüße ich auch den Vorstoß einiger Politiker, dass auf unseren Schulhöfen ausschließlich Deutsch gesprochen werden soll. Zudem zählt aber gerade der Wille des einzelnen Schülers. Ich habe auch an einer Hauptschule angefangen. Durch eifriges Arbeiten habe ich später den Realschulabschluss und das Abitur erlangt. Es ist alles möglich, wenn man nur will.

PAZ: *Wie kann man Schüler mit Migrationshintergrund besser ins deutsche Bildungssystem integrieren?*

Ouaqasse: Wir brauchen eine stärkere individuelle Förderung. Dies kann nur im dreigliedrigen Schulsystem geschehen. Ich wünsche mir von vielen Lehrern aber mehr Engagement, sich mit Leidenschaft jedes Schülers anzunehmen und wenn nötig, auch einmal nach Unterrichtsende sich Schülern mit Bedarf nach weiterer Förderung zu widmen. Eine spezifische Behandlung von Migranten halte ich jedoch für kontraproduktiv. In der Schule sollte es in erster Linie um Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft gehen. Der kulturelle oder soziale Hintergrund eines Schülers darf keine Rolle spielen.

Die Fragen stellte Rebecca Bellano.



Der Wille zählt: Younes Ouaqasse ist in Marokko aufgewachsen. Aufgrund schlechter Deutschkenntnisse besuchte er in Deutschland erst die Hauptschule, 2009 machte er Abitur. Bild: Schüler Union

MELDUNGEN

Lobbies mischen mit

Köln – „Abgeordnete dürfen nicht gleichzeitig Lobbyisten sein“, fordert Heidi Klein vom Anti-Korruptions-Verband „Lobby Control“ angesichts problematischer Neubesetzungen im Bundestag. So dränge der ehemalige Telekom-Lobbyist Axel Knoerig (CDU) in den Ausschuss Wirtschaft und Technologie. Die FDP-Politikerin Helga Daub strebe in den Verteidigungsausschuss, obwohl sie als bisherige Geschäftsführerin des Forums Luft- und Raumfahrt die Interessen der Rüstungsindustrie vertritt. Umgekehrt reißt sich die Finanzbranche um Ex-Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen. Er saß im Lenkungsausschuss des Bankenrettungsfonds SoFFin. *Bel*

Geschäft mit Schweinegrippe

Berlin – Gut eine Milliarde Euro kosten die für die Massenimpfung vorgesehenen 50 Millionen Dosen Serum gegen die Schweinegrippe. Umfragen zeigen jedoch, dass aufgrund der Debatten über Nebenwirkungen des Impfstoffs und Zwei-Klassen-Medizin sowie wegen der bislang geringen Gefährlichkeit dieser Grippe weit weniger als die Hälfte der Deutschen sich impfen lassen wollen. *Bel*

Karten für Guido Knopp

Hamburg – An ZDF-Historiker Guido Knopp scheiden sich die Geister, doch die von ihm verantworteten Dokumentationen locken stets ein Millionen-Publikum vor die Bildschirme. Jetzt will Guido Knopp Hallen füllen. „Die Deutsche Einheit – Wie es wirklich war“ heißt seine Tournee. Für den Vortrag am 12. November im CCH in Hamburg verlost die *PAZ* 5 x 2 Karten (*PAZ*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Stichwort „Knopp“). *Bel*

Russki-Deutsch (40):

skoro domoj

Von Wolf Oschlies

In den Moskauer und Leningrader Parks war es vor dem Zweiten Weltkrieg Sitte, dass gegen 18 Uhr alte Parkwächter Glocken schwangen und riefen: “Vremja domoj”. Das hieß, „es ist Zeit, nach Hause zu gehen“. Der Weisung folgte man.

Ganz ähnlich klingt „skoro domoj“ – „bald geht es nach Hause“: Trost oder Verheißung für deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, dass ihre Leidenszeit bald vorüber sein werde. „Nicht alle hatten das Glück, überhaupt wieder nach Hause zurückkehren zu können, bei anderen dauerte es bis zur Repatriierung mehr als zehn Jahre. ‚Skoro domoj‘ – ‚bald geht's nach Hause‘ – wurde zum Motto während langer Monate und Jahre der Haft und Gefangenschaft in der Sowjetunion“, schrieb der Historiker Andreas Hilger in einer Studie über sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich. Bis Mitte der 1950er Jahre sind 1,9 Millionen deutsche Kriegsgefangene nach Hause gekommen, davon 1,3 Millionen bis Ende 1948, während die restlichen als angebliche „Kriegsverbrecher“ zurückgehalten wurden. Die letzten 10000 hat Bundeskanzler Adenauer bei seinem Moskaubesuch 1955 in fünf dramatischen Gesprächsrunden freibekommen. Viele der Heimkehrer gingen durch das niedersächsische Grenzdurchgangslager Friedland. Zu dessen 60-jährigem Bestehen und zum 50. Jahrestag der Heimkehr der letzten Kriegsgefangenen hielt im Oktober 2005 Bundespräsident Horst Köhler eine Ansprache, die den ganzen emotionalen Hintergrund von „skoro domoj“ nochmals lebendig werden ließ: „Skoro domoj“ – „bald nach Hause“ – darauf haben Millionen sowjetische Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft gehofft und Millionen Landser in sowjetischen Lagern … Skoro domoj – mit den Jahren wurde das Gefangenendasein ein wenig leichter. Die erste Postkarte nach Hause – nicht mehr als 25 Worte –, die erste Postkarte von zu Hause, dann sogar Pakete, Fotos, die staunend herumgezeigt werden. „So groß sind meine Kinder schon?“ Es gab auch schwere Rückschläge. Zehntausende Kriegsgefangene wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt: fast immer willkürlich. Und am Ende dann endlich doch noch: Skoro domoj! Ihr dürft zurück nach Deutschland.

»Katastrophal«

Alarmierender Brief von Sigmar Gabriel

Mit Zustimmung haben prominente Sozialdemokraten den Brief ihres designierten neuen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel aufgenommen, in dem dieser ein schonungsloses Bild der SPD zeichnet. Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen Landesgruppe im Bundestag, Axel Schäfer, lobte: „Das ist ein ehrlicher Zustandsbericht.“ Das Schreiben unterscheide sich „wohltuend“ von den jüngsten Äußerungen Münteferings. Der scheidende SPD-Chef hatte einseitig Oskar Lafontaine die Verantwortung für die Wahlniederlage der SPD zugewiesen.

Gabriel übt zwar ebenfalls keine persönliche Selbstkritik, er sucht die Verantwortung aber zumindest nicht wie Müntefering außerhalb der Partei. „Unsere SPD befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Wir werden lange brauchen, uns davon zu erholen“, diagnostiziert der frühere Bundesumweltminister. Neben einer „Aufarbeitung“ des Wahlkampfes benötige die SPD eine „ruhige und kritische Analyse“ des Zustandes der Parteiorganisation der vergangenen 20 Jahre: „Ich weiß zwar, dass viele in der Partei schnelle Erklärungen parat haben, aber ich glaube, es gibt sehr viele Entwicklungen, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Die ersten Landtagswahlen haben wir nämlich deutlich *vor* der Agenda 2010 krachend verloren und der Zustand vieler Ortsvereine und Unterbezirke hat schon sehr lange nichts mehr mit einer Volks- und Mitgliederpartei zu tun.“

> »Hat nichts mehr mit Volkspartei zu tun«

In der SPD seien die Mitglieder der „meist zu Förder-Mitgliedern degradiert“ worden. Politik sei „Führen und Sammeln“. Meinungsführerschaft sei zwar auch innerparteilich wichtig, aber: „In den letzten Jahren haben wir nur geführt, nie gesammelt.“ Diese Aussage wurde als offene Kritik an Müntefering gewertet.

„Die Wahrheit ist doch, dass sich die SPD in den letzten Jahren tief gespalten hat in Flügel“, beklagt Gabriel. Diese Flügelbildung sei „allerdings auch eine Folge der mangelhaften Diskussion über politische Inhalte“. Da das Schreiben aber keinerlei politische Projekte benennt, die die SPD wieder sammeln und motivieren könnten, bleibt vorerst unklar, wie Gabriel die Krise seiner Partei überwinden will (siehe Seite 8). *K.B.*

Medienimperium

SPD ist an Zeitungen und Sendern beteiligt

Seit Jahren kritisieren Union und FDP die wirtschaftliche Beteiligung der SPD an Zeitungsverlagen, Radiosendern, Druckereien und Vertriebsgesellschaften. Doch im Koalitionsvertrag kommt das linke Medienkonglomerat ungeschoren davon.

Wer die „Neue Westfälische“, die „Sächsische Allgemeine Zeitung“ oder die „Frankfurter Rundschau“ liest, unterstützt damit indirekt die SPD. Denn diese Blätter gehören teilweise der zu 100 Prozent SPD-eigenen Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG), über welche die SPD als einzige Partei seit Jahren auch ein Medienunternehmen ist. Jährlich erzielt die SPD damit zweistellige Millionengewinne. Ein Wettbewerbsvorteil, der nur dadurch weniger ins Gewicht fällt, dass die Union (deren Mitgliedsbeiträge niedriger sind) mehr Spenden bekommt.

> Offiziell geht es »nur« um Gewinne

Gerade die SPD-Beteiligungen am Rundfunk (Radio und Fernsehen) sind kritikwürdig, weil sie mit dem Gebot der Staatsferne in Konflikt stehen. Ein Gesetz der hessischen Landesregierung, das ein Verbot der Beteiligung von Parteien am Privatrundfunk vorsah, wurde 2008 jedoch vom Bundesverfassungsgericht gestoppt. Ein absolutes Beteiligungsverbot verstoße gegen die Rundfunkfreiheit, befanden die Karlsruher Richter, die in dieser Frage auf SPD-Linie liegen. Nur ein „bestimmender Einfluss auf die Programminhalte“ dürfe den Parteien untersagt werden.

Diesen der SPD vorzuwerfen, sei „völliger Unsinn“, verteidigt sich nun Schatzmeisterin Barbara Hendricks. Dieses Argument, wenn es denn zutrifft, ist für eine linke Partei wie die SPD aber ebenfalls delikat. Denn dann bleibt nur das Motiv der Gewinnmaximierung als Grund der vielfältigen Medienbeteiligungen.

Die schwarz-gelben Medienexperten hatten offenbar vor allem das Karlsruher Urteil vor Augen, als sie folgende Passage kurz vor Verhandlungsende aus dem Entwurf des Koalitionsvertrags wieder strichen: „Wir stellen die wirtschaftlichen Beteiligungen von Parteien an Rundfunksendern, Zeitungsverlagen und anderen meinungsbildenden Medienunternehmen auf den Prüfstand.“ Dies hätte den SPD-Medienbesitz zumindest ins öffentliche Bewusstsein gerückt. *PB*

Meldungen

Machtkämpfe in Kirgisien

Bischkek – Mit großer Mehrheit hat das kirgisische Parlament Danijar Usjonow zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Kurz zuvor war die Regierung geschlossen zurückgetreten, nachdem Präsident Kurmanbek Bakijew weitreichende Reformen angekündigt hatte. Er wollte die Zahl der Regierungsbeamten um 40 Prozent reduzieren, um umgerechnet 17,2 Millionen Euro einzusparen. Die Opposition beschuldigte ihn, damit nur seine eigene Macht vergrößern zu wollen. Usjonow ist ein Vertrauter Bakijews, ihm wirft die Opposition Korruption vor. Die Regierungspartei Ak Schol (Heiliger Pfad), der auch Usjonow angehört, hat eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Die letzte Wahl Ende 2007 war laut OSZE aber weder frei noch fair. *PAZ*

Viele Russen wollen gehen

Moskau – Wie das Levada-Institut für Meinungsforschung ermittelte, würden 13 Prozent der erwachsenen Russen gerne auswandern. Und sogar 30 Prozent aller russischen Eltern spornen ihre Kinder an, gut zu lernen, damit sie in Zukunft einen Studien- und Arbeitsplatz im Westen finden. Vergeblich bittet Präsident Dmitrij Medwedjew seine Landsleute in den USA und Deutschland, zu Mütterchen Russland zurückzukommen. Dieser Trend ist nicht neu: Im alten Russland war der Moskauer Wladimir-Trakt die Straße, über die Verbannte nach Sibirien kamen. 1919 wurde er in „Chaussee der Enthusiasten" umbenannt und mit Fabriken und Instituten zugebaut. Seit Jahren ist die Chaussee ein Symbol für russisches Elend: Fabriken pleite, Institute sind „Museen" für veraltete Labortechnik, Gebäude menschenleer. Seit 1990 hat Russland über eine Million Fachleute eingebüßt. *W.O.*

Ein doppeltes Spiel

Russland und China haben vorerst kein Interesse, den Iran in der Atomfrage unter Druck zu setzen

Das Atomprogramm des Irans schreitet weiter voran, doch die Reaktion der internationalen Gemeinschaft bleibt mehr als verhalten. Zu unterschiedlich sind die Interessen der Beteiligten.

Am Montag berieten die Vertreter der USA, Russlands, Chinas, Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands in einer Telefonkonferenz über das Vorgehen in Sachen Iran. Teheran hatte zwar am Wochenende vier Kontrolleuren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Einlass in die Atomanlage nahe der iranischen Stadt Ghom gewährt, doch beruhigt dies die fünf UN-Vetomächte und Deutschland keineswegs. Nicht nur sie sind äußerst skeptisch, ob die iranischen Beteuerungen zutreffen, die Urananreicherung im eigenen Land diene nur der Energiegewinnung. Vor allem in Israel ist man überzeugt, dass der Iran die Atombombe will.

Der Tenor des Telefongespräches war, dass „Einigkeit" über das weitere Handeln nötig sei. Doch schon diese überaus knappe Bilanz der Beratungen verdeutlicht, wie weit man von genau dieser Einigkeit entfernt ist. Zu den wenigen echten Konsenspunkten der Verhandlungspartner gehört offenbar, dass ihnen die Führung des Irans suspekt ist. Der Staat wird seit der islamischen Revolution von 1979 von einem Obersten Rechtsgelehrten aus dem schiitischen Klerus geführt. Staatsoberhaupt Ali Chamenei ist zudem Oberkommandierender der Streitkräfte. Im Westen ist zwar Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad präsenter, doch seine Worte und Taten sind keineswegs dazu angetan, Vertrauen in die Absichten des Landes zu gewinnen. Die gewaltsam bekämpften Demonstranten nach den Präsidentschaftswahlen im Sommer verdeutlichen den autoritären Führungsstil der Machthaber.

Mit dem rabiaten Führungsstil in Teheran hat China keine Probleme, und auch das iranische Streben nach eigenen Kernkraftwerken stößt dort auf Zustimmung. So wird vermutet, dass die Atomanlage in Ghom mit chinesischer Hilfe entstanden ist. Offiziell jedoch debattiert Peking mit den anderen UN-Vetomächten darüber, wie man den Iran davon abhalten könne, eigene Atomanlagen zu bauen.



Ersatzanlage: Für den Fall, dass Israel die seit Jahren bekannte Atomanlage Natans zerstören sollte, haben die Iraner nahe der Stadt Ghom bereits eine zweite gebaut, wie Teheran im September bekanntgab. Bild: Getty

Auch Russland spielt ein doppeltes Spiel. Zwar ist es dafür, Druck auf den Iran auszuüben, gleichzeitig solle man aber mehr Geduld mit dem Land haben. Nachdem die Mullahs Moskau mehrfach brüskiert haben, ist auch die Langmut des Kreml nicht mehr grenzenlos. Gleichzeitig ist der Iran jedoch ein guter Geschäftspartner – vor allem im Waffengeschäft –, den Russland in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht vergraulen will. Auch hier gibt es Gerüchte. So hatte das verschwundene Frachtschiff „Arctic Sea" neben Holz angeblich auch russische S-300-Raketen für den Iran geladen, die der israelische Mossad rechtzeitig an sich genommen habe.

Sollte das stimmen, triebe Moskau mehr als nur ein doppeltes Spiel zum Nutzen der eigenen Rüstungsindustrie. Denn gerade Flugabwehrraketen untergraben Überlegungen der internationalen Gemeinschaft, das Atom-Programm des Irans notfalls durch Luftangriff zu stoppen. Und auch wenn ein Angriff mit Uno-Mandat vorerst so gut wie ausgeschlossen ist – schließlich können sich die Vetomächte nicht einmal auf Sanktionen einigen –, darf Russlands nicht diese letzte Option durch Lieferung von S-300-Raketen noch mehr erschweren. Allerdings ist Israel momentan auch das einzige Land, in dem über militärische Attacken zur Verhinderung einer iranischen Atombewaffnung nachgedacht wird. Die USA geben sich seit dem Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama milde gegenüber Teheran.

Sogar in den USA selbst ist dieser neue „Schmusekurs" umstritten. Hatte US-Präsident George W. Bush noch Militärschläge angedroht, mag sein Nachfolger Barack Obama noch nicht einmal über Sanktionen reden. Dabei haben Republikaner und Demokraten bereits Pläne erarbeitet. Dem US-Senat liegt ein Gesetzentwurf über den Stopp ausländischer Benzinexporte in den Iran vor. Da das Land 40 Prozent seines Benzinbedarfes importieren muss, wäre dies ein schwerer Schlag für das Land, das politisch bereits instabil ist, wie die Demonstrationen im Sommer gezeigt haben.

Zudem wäre es möglich, ausländische Investitionen in den Iran zu reduzieren, internationale Flüge zu stoppen, iranische Ölexporte einzuschränken und Auslandsvermögen einzufrieren. Doch all das würde auch die Interessen der sechs Verhandlungspartner treffen. Gerade Russland und China machen blühende Geschäfte mit dem Iran, und selbst in Deutschland sind iranische Investoren willkommen, beispielsweise um angeschlagene Unternehmen zu stützen. Und so bot man dem Iran jetzt den Kompromiss, dass die Islamische Republik 1,2 Tonnen niedrig angereichertes Uran nach Russland bringt, wo es auf knapp 20 Prozent angereichert und in Frankreich zu Brennelementen weiterverarbeitet werden solle. Russland und Frankreich sagt dieser Vorschlag zu, schließlich eröffnet er ganz legale Verdienstmöglichkeiten, die zudem im Sinne des Weltfriedens sind.

Bis Redaktionsschluss der *PAZ* hatte der Iran diesem Vorschlag noch nicht zugestimmt, könnte er doch indirekt das Aus der eigenen Atompläne bedeuten. Eine Notwendigkeit zum Einlenken gibt es kaum, der Druck der Verhandlungspartner ist dermaßen sanft, dass Teheran nichts zu befürchten hat.

Ein Angriff Israels wiederum ginge nicht ohne Überflugrechte des Iraks und Saudi-Arabiens. Aber der Irak wird sich hüten, dadurch die sunnitisch-schiitischen Konflikte im Land zu schüren. Und auch wenn dem wahabitisch-sunnitisch Saudi-Arabien der schiitische Iran als neue Atommacht widerstrebt, so bedeutet das für Riad noch lange nicht, ausgerechnet den Israelis den Weg für einen Angriff auf das muslimische Land zu öffnen. *Rebecca Bellano*

Fortschritte

Moskau erhält Zustimmung für Pipelines

Die beiden großen russischen Pipeline-Projekte „Nord Stream" und „South Stream" machen Fortschritte. Vor allem der Bau der South-Stream-Gaspipeline scheint nach Besuchen von Präsident Dmitrij Medwedew und Premier Wladimir Putin in den beteiligten Ländern näherzurücken.

Der türkische Präsident Abdullah Gül stimmte in einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Medwedew geologischen Arbeiten für South Stream in türkischen Hoheitsgewässern des Schwarzen Meeres zu. Im August war es Wladimir Putin bereits gelungen, dafür eine Vorvereinbarung mit Premier Recep Tayyip Erdogan zu treffen. Im Gegenzug sagte Moskau der Türkei seine Unterstützung für den Bau der Ölpipeline von Samsun durch das Schwarze Meer nach Ceyhan am Mittelmeer zu.

Im Norden Dänemark – im Süden Serbien

Ebenfalls in der vergangenen Woche wurde in Serbien im Beisein von Präsident Medwedew der Vertrag zur Gründung eines russisch-serbischen Gemeinschaftsunternehmens unterzeichnet. An dem Joint-Venture von Gazprom und dem serbischen Energiekonzern Srbijagas hält Gazprom 51 Prozent. Damit sieht es im Augenblick so aus, als könnte South Stream schneller verwirklicht werden als das europäische Konkurrenzprojekt Nabucco, mit dem Gas aus dem Iran und Aserbeidschan an Russland vorbei nach Europa befördert werden soll. Allerdings könnten die Türkei und Bulgarien als „Wackelkandidaten" die Realisierung von South Stream noch gefährden, denn beide unterstützen auch das Nabucco-Projekt. Der Bau der South-Stream-Pipeline soll Ende 2010 beginnen.

Für den Bau der Ostseepipeline fehlen Moskau noch ökologische Gutachten aus Finnland, Schweden, Deutschland und Russland selbst. Auch hier kann der Kreml nach Putins Besuch vom September bei seinem dänischen Amtskollegen Laekke Rasmussen aber einen Erfolg verbuchen: Dänemark stimmt nun dem Verlauf der Pipeline auf dem Grund der Ostsee nahe der Insel Bornholm zu. Gazprom schloss dafür mit dem dänischen Staatskonzern DONG Energy einen langfristigen Vertrag ab, der eine Verdopplung der Liefermenge bis 2012 vorsieht. *MRK*

Regierungskrise

Koalition in Rumänien zerbrochen

Nach nur zehn Monaten ist Anfang Oktober die rumänische Regierungskoalition zwischen der Demokratisch-Liberalen Partei (PD-L) und der Sozialdemokratischen Partei (PSD) zerbrochen. PSD-Chef Mircea Geoana trat mit seinen neun PSD-Ministern aus Protest gegen die Entlassung des sozialdemokratischen Innenministers Dan Nica zurück. Dieser soll durch seine laxe Amtsführung der Kriminalität Vorschub geleistet haben. Andere sagen, PD-L-Chef und Premier Emil Boc habe das Amt nur für einen Parteifreund freimachen wollen. Boc regierte in einer Minderheitenregierung weiter, bis ihn Mitte Oktober ein von der Opposition eingebrachter und mit 254 Stimmen gewonnener Misstrauensantrag zum Rücktritt zwang. Rumänien steckt seitdem in einer politischen Krise, und das knapp einen Monat vor der Präsidentschaftswahl.

Deutscher beinahe Premier

Die Opposition, die eine Zweidrittelmehrheit besitzt, schlug daraufhin den parteilosen Klaus Johannis, den erfolgreichen Bürgermeister von Hermannstadt, als Übergangspremier vor. Der Siebenbürger Sachse war kurz zuvor mit 88 Prozent zum dritten Mal als Bürgermeister bestätigt worden.

Mit dem Vorschlag der Parlamentsmehrheit erklärten sich in einer Umfrage 45 Prozent der rumänischen Wähler einverstanden, 24 Prozent waren dagegen. Zwar wollen die Bürger eine Regierung von Fachleuten mit einem parteilosen Premier, doch Präsident Basescu will nach dem Sturz des von ihm inthronisierten Boc kurz vor der Präsidentenwahl keinem Kandidaten der Opposition, sondern einem eigenen Favoriten den Regierungsauftrag erteilen.

Er könne nicht akzeptieren, dass jetzt, wo die Wirtschaft im freien Fall sei, eine Regierung ohne erfahrene Politiker regiere, so der Präsident. Es reiche, wenn sein Wunschkandidat, der Finanzexperte Lucian Croitoru, der einzige Parteilose sei. Dieser war zuvor beim Internationalen Währungsfonds und soll seine Kontakte nutzen, um seinem finanziell klammen Land Gelder zu beschaffen.

Johannis kann mit dieser Entscheidung seine landespolitischen Ambitionen abschreiben. Ein Leser der rumänischen „E-Presse" schrieb: „Es war ein sehr schöner Traum. Aber leider kann Herr Iohhanis (sic!) sein deutsches Blut nicht seinen Mitarbeitern übertragen." *Ernst Kulcsar*

ÖVP im Dilemma

Partei fehlen Kandidaten für wichtige Posten

Obwohl die SPÖ bei den vier jüngsten Landtagswahlen und der EU-Wahl schwere Schlappen erlitt, gelingt es der ÖVP kaum, daraus Kapital zu schlagen. Deutlich zeigt sich das etwa bei der Strategie für die im Frühjahr fällige Bundespräsidentenwahl, die in Österreich direkt durch das Volk erfolgt: Wer soll gegen Bundespräsident Heinz Fischer (SPÖ) antreten, der immer noch vom Kontrast zu seinem Amtsvorgänger Thomas Klestil zehren kann und sich selber bisher keine nennenswerten Blößen gegeben hat?

Bequemlichkeit und Frauenquote

Ohne Absprache mit der ÖVP hatte Hans Dichand, Herausgeber der einflussreichen „Kronen"-Zeitung, zu Sommerbeginn Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll ins Spiel gebracht. Pröll, Onkel von Vizekanzler und ÖVP-Chef Josef Pröll, schien nicht abgeneigt und wäre der einzige ÖVP-Mann mit wenigstens theoretischen Chancen – vorausgesetzt, die ÖVP würde den Oppositionsparteien FPÖ und BZÖ Anreize bieten. Aber Pröll hat kürzlich abgewunken: Warum auch sollte er als souveräner „Landesfürst" des größten Bundeslandes sich das antun? Jetzt kam Tirols Landeshauptmann Günther Platter mit der Idee, gar keinen Kandidaten aufzustellen und eine Wiederwahl Fischers durch die Bundesversammlung zu ermöglichen.

Ähnlich ist das Dilemma bei der Nominierung eines EU-Kommissars, die laut Übereinkunft der ÖVP zusteht. Benita Ferrero-Waldner war 2004 als Präsidentschaftskandidatin gegen Fischer unterlegen und dann als Außen-Kommissarin nach Brüssel entsandt worden. Doch dieser Posten wird mit dem Lissabon-Vertrag abgeschafft, und die ÖVP-Spitze favorisierte ohnehin den nach der Wahlschlappe 2008 als Vizekanzler und ÖVP-Chef zurückgetretenen Wilhelm Molterer. Also wieder ein Versorgungsposten? Dann kamen Stimmen für den ebenfalls farblosen Wissenschaftsminister Johannes Hahn, der aus der schmalbrüstigen Wiener Landesorganisation kommt. Und Bundeskanzler Werner Faymann meldete sich mit dem Zwischenruf, die ÖVP solle doch wieder Ferrero-Waldner nominieren – wegen der Brüsseler Frauenquote. Aber diese Woche hat man sich endgültig auf Hahn geeinigt – ein Kompromiss mit Nachgeschmack. *RGK*

Bewusste Mehrdeutigkeit

Der Koalitionsvertrag ist an wichtigen Stellen nicht eindeutig – Wirtschaft verunsichert

Winkt der Versicherungsbranche ein neuer Geschäftszweig? Wie viel Geld hat die Gesundheitsbranche zu erwarten? Bisher ist nur gewiss, dass es Streit zwischen den Koalitionären geben wird.

„Ein Koalitionsvertrag ist wie die Bibel. Auch bei der Heiligen Schrift einer jeden Regierung kommt es immer auf die Auslegung des Textes an“, spottete die „Financial Times Deutschland“ über das schnelle Ende der Harmonie zwischen den neuen Regierungspartnern. Hatten diese sich noch am Wochenende auf ihren jeweiligen Parteitagen feiern lassen, wurde genau durch jene Parteitagsreden offensichtlich, dass alle drei Parteien den Koalitionsvertrag in einigen Punkten anders deuten.

So ist die FDP überzeugt, dass der völlige Systemwechsel vereinbart worden sei, die CSU glaubt an wichtige Änderungen und die CDU geht davon aus, dass der Gesundheitsfonds auf jeden Fall erhalten bleibt.

Tatsächlich haben Union und Liberale auf 14 Seiten des Vertrages ihre Ideen zur Gesundheitspolitik entworfen, doch interessanterweise wird der Gesundheitsfonds nicht einmal erwähnt. Das sorgt natürlich für Unsicherheit bei den gesetzlichen Krankenkassen, den Ärzten, Krankenhäusern und der Pharmaindustrie. Was haben sie nun von der neuen Regierung zu erwarten, in welche Richtung sollen sie ihre Geschäftspolitik lenken?

Für die gesetzlichen Krankenkassen dürfte diese Unklarheit negative Auswirkungen haben. Eigentlich hatte ihre Lobby bereits vor den Koalitionsverhandlungen verlauten lassen, wie knapp man bei Kasse sei. Mehr Geld müsse her. 7,5 Milliarden Euro Defizit prognostizierte ihnen dann auch der Schätzerkreis der Bundesregierung. Doch nun behauptet das unabhängige Forschungsinstitut IGES, so schlimm sehe die Lage bei den gesetzlichen Kassen gar nicht aus. So sei maximal ein Fehlbetrag von fünf Milliarden Euro – davon zwei Milliarden Euro einmalige Einnahmeausfälle wegen der Krise – zu erwarten, der allerdings durch die noch vorhandenen Rücklagen ausgeglichen werden könne.

Sollte sich diese Vorhersage in den nächsten Monaten bewahrheiten, wäre der Druck, den die gesetzlichen Kassen auf die Koalitionspartner ausüben können, deutlich geringer. Doch ein geringerer Sachzwang lässt mehr Spielraum für Experimente und somit für Streit bei der neuen Bundesregierung. Da der FDP-Politiker und neue Gesundheitsminister Philipp Rösler klar für einen eingefrorenen Arbeitgeberanteil und einen einkommensunabhängigen Arbeitnehmeranteil plädiert, Merkel jedoch weiterhin auf den von ihr mit eingeführten Gesundheitsfonds pocht, dürfte es zu interessanten Gefechten zwischen den Verhandlungspartnern kommen. Wobei sich Experten fragen, wie die FDP den versprochenen Sozialausgleich bei den Arbeitnehmern aus Steuermitteln finanzieren will, wenn sie gleichzeitig durch Steuerentlastungen die Steuereinnahmen des Staates weiter reduziert.

Nicht vorhandenes Geld am besten zweimal ausgeben

„Heute haben wir einen riesigen Sozialstaat, bei dem die meiste Umverteilung innerhalb des breiten bürgerlichen Mittelstandes stattfindet. Wir müssen uns auf eine Umverteilung von Reich zu Arm konzentrieren, statt permanent innerhalb der Mittelschicht Gelder umzuverteilen“, forderte auch der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, Thomas Straubhaar, doch auch er ließ offen, wie das mit Steuerentlastungen vereinbar sein soll.

Bundeskanzlerin Merkel, die so oft auf die sparsame schwäbische Hausfrau verweist, dürfte es schwer haben, dieser beispielsweise zu erklären, wieso die neue Regierung Geld, das sie gar nicht hat, gleich zweimal ausgibt und in großem Stil neue Schulden aufnimmt. Hier dürfte auch ein zu erwartendes Problem von Schwarz-Gelb zu finden sein. Denn der Chef des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann, erwartet, dass die Bürger das durch Steuerentlastungen erhöhte Budget nicht voll in den Konsum stecken werden. Zimmermann betont, dass die jetzige Wirtschaftsschwäche keine Folge eines zu geringen Konsums sei und der private Haushalt, ganz schwäbische Hausfrau, einen Großteil des zusätzlichen Geldes sparen werde. Insgesamt wirke der Koalitionsvertrag so, als sei es gegen alle ökonomische Realität vor allem darum gegangen, Wahlversprechen zu halten. Das spüren auch die Menschen, die nun noch härtere Zeiten als erwartet vorausahnen und nun erst recht sparen.

Bei der Pflegeversicherung ist man sich immerhin über die Richtung der Reform einig. Waren zu Zeiten der von Schwarz-Gelb ins Leben gerufenen Pflegeversicherung 1995 nur eine Million Menschen pflegebedürftig, so sind es jetzt bereits 2,2 Millionen. Die Kosten stiegen in dem Zeitraum von fünf Milliarden auf 18,3 Milliarden Euro pro Jahr. Tendenz stark ansteigend. Da es immer mehr ältere Menschen gibt, die immer seltener daheim betreut werden, soll neben der per Umlageverfahren finanzierten Pflegeversicherung ein Kapitalstock aufgebaut werden, der ähnlich wie die Riester-Rente gedacht ist. Doch während die Riester-Rente noch freiwillig ist, soll die kapitalgedeckte Pflege zum Zwang werden. Ob das Geld vom Staat verwaltet werden soll, wie es beim Gesundheitsfonds mit nur 21 Mitarbeitern geschieht, oder über private Versicherungskonzerne laufen soll, ist noch offen. Für die Finanzbranche bedeutet eine private Zwangs-Pflege eine neue Einnahmequelle.

Während die deutsche Wirtschaft also noch nicht weiß, inwieweit die neue Politik ihr per Saldo mehr oder weniger Einnahmen beschert, wissen die Bundesländer schon jetzt, dass der Koalitionsvertrag sie teuer zu stehen kommt. Wer vorgebe, mehr Bildung zu wollen, „darf die Länderhaushalte nicht plündern“, regt sich der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl (SPD) auf. Und auch CDU-geführte Bundesländer drängen schon jetzt zum Umlenken. Doch da kaum etwas konkret ist, gibt es hier viel Spielraum für Schwarz-Gelb.

Rebecca Bellano



Pflege: Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein galt es als normal, dass eine der Töchter oder Schwiegertöchter die Pflege der Alten übernimmt. Inzwischen wurde sie zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Bild: BpK

MELDUNGEN

Ifo: Reform kommt zu spät

München – Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, fürchtet, dass die angekündigte Steuerreform verpuffen könnte, weil sie 2011 womöglich zu spät komme. Nach einer Entlastung für Familien mit Kindern, die zusätzlich zu den noch von Schwarz-Rot beschlossenen Erleichterungen schon ab 1. Januar in Kraft tritt, will die neue Koalition erst für 2011 das Steuersystem gründlich reformieren. Grundsätzlich befürwortet Sinn Entlastungen auf Pump. Der Haushalt dürfe nicht mitten in der Krise saniert werden. *H.H.*

Entschädigung für weniger Öl

Riad – Schon vor dem Klimagipfel in Kopenhagen verlangt Saudi-Arabien Entschädigung. Der zweitgrößte Öl-Exporteur der Welt weist darauf hin, dass im Falle einer Einigung darauf, den Verbrauch fossiler Energieträger für den Klimaschutz zu reduzieren, Saudi-Arabien massive Einnahmeverluste drohen. *Bel*

Mehrwertsteuer auch für Post

Berlin – Die privaten Konkurrenten hatten die Befreiung der Deutschen Post AG von der Mehrwertsteuer stets kritisiert. Offenbar will die neue Regierung dieses Privileg abschaffen. So sollen Postkarten, Briefe und Päckchen grundsätzlich mehrwertsteuerfrei sein, egal wer sie befördert. Bei Paketen soll hingegen unabhängig vom Versender Mehrwertsteuer anfallen. Das Mehrwertsteuerprivileg der Post brachte den Staat bisher um 500 Millionen Euro Steuereinnahmen. Ob die Post die Kosten voll dem Kunden in Rechnung stellt, ist noch unbekannt. Auch kommunale Unternehmen müssen möglicherweise schon bald für die Abwasser- und Müllentsorgung Mehrwertsteuer entrichten. *Bel*

Existenzkrise bei deutschen Werften

Nur Kreuzfahrtschiffbau ist bisher krisenfest – Marinewerften von Politik alleingelassen

Auf den deutschen Werften werden in diesem Jahr noch rund 17500 Menschen beschäftigt. Das sind rund 3100 weniger (15 Prozent) als ein Jahr zuvor. Massenentlassungen gab es noch nicht, die Werften nutzen Arbeitszeitkonten, Überstunden, Leiharbeit und Werkverträge im großen Umfang. Aber zum Winter kann das große Heulen und Zähneklappern kommen. Gesamtmetallpräsident Martin Kannegiesser: „Man kann keine Schiffe auf Vorrat bauen, wenn die Bestellungen ausbleiben.“

Die Schwierigkeiten haben drei Hauptgründe: Die Billigkonkurrenz aus Asien – vornehmlich Korea –, die mangelnde Bereitschaft deutscher Politiker, deutsche Kriegsschiffe exportieren zu lassen, wie das Briten, Franzosen, Spanier und Italiener erfolgreich praktizieren, und schließlich die Wirtschaftskrise. Schon sechs deutsche Werften haben Insolvenz angemeldet: Cassens, Lindenau, SMG Rostock, SSW Shipyard und Nessewerft. Andere stehen auf der Kippe oder haben wie die Nobiskrug-Werft in Rendsburg mit Scheich Hamdan bin Zajed al-Nahjan aus Abu Dhabi einen neuen Eigner gefunden. Auch die insolvente Wadangruppe (Rostock und Wismar) hat in letzter Sekunde einen neuen Besitzer gefunden.

Einzig die Meyer-Werft in Papenburg, die nun schon in der sechsten Generation in den Händen der Familie Meyer liegt, erweist sich als relativ krisenfest im Bau von Kreuzfahrtschiffen, Fähren, RoRo-Schiffen, Gastankern und Tiertransportschiffen für ihre noblen Auftraggeber wie Aida Cruises, Norwegian Cruise Line oder P&O Cruises. Das Unternehmen ist bis 2012 mit Aufträgen ausgelastet und zählt mit 2050 Mitarbeiten zu den drei größten Werften Deutschlands.

Araber und Russen kaufen sich ein

Der Kriegsschiffbau war eine Stütze der Werftstandorte Hamburg, Emden und Kiel. Aber auch dort kriselt es schon lange. Seit zehn Jahren konnte nicht ein einziger Kunde für Raketenboote, Korvetten oder Fregatten eingeworben werden. Die Kunden in Asien oder Südamerika lassen nun lieber Kriegsschiffe bei westeuropäischen Konkurrenten bauen – ein exemplarisches Versagen bundesdeutscher Außen- und Wirtschaftspolitik. Und die Inlandsnachfrage? Immerhin hat die Deutsche Marine einen total überalterten Bestand. Die Wirtschaftskrise wäre eine Chance zur Runderneuerung. Aber der Bundesverteidigungsminister investiert das ihm anvertraute Steuergeld in Afghanistan. Derweil fährt die Marine mit 30 Jahre alten Fregatten, 40 Jahre alten U-Booten, stellt fast die gesamte Schnellbootflottille ersatzlos außer Dienst und dezimiert die Minensuchkapazität. Nur der U-Bootbau – international nach wie vor führend – bringt noch Aufträge herein. Aber auch da gibt es Kunden mit seltsamen Zahlungsvorstellungen. Von den drei gelieferten und den beiden noch im Bau befindlichen U-Booten für die israelische Marine ist keines von dort vollständig bezahlt worden. Griechenland verweigert die Abnahme eines neuen U-Bootes, obwohl es keinerlei Gründe zur Beanstandung hat, allerdings lässt sich so ein Preisnachlass herausschlagen.

Bundesmarine hätte Bedarf – Geld fehlt

Die Zivilschifffahrt steht in Deutschland weitgehend vor dem „Aus“. Eine Abwrackprämie für veraltete Tanker oder Containerschiffe ist nicht in Sicht. Vermutlich ist die Zahl der Beschäftigten zu gering, um sie zu einem echten Politikum zu machen.

Im Ausland hingegen zeigt man Interesse und nutzt die Situation. Scheich Hamdan bin Zajed al-Nahjan aus Abu Dhabi, dem bereits die Nobiskrugwerft in Rendsburg gehört, hat nun auch Anteile von Blohm & Voss erworben und eine Arbeitsplatzgarantie abgegeben. Der Scheich scheint an die Exportierbarkeit deutscher Kriegsschiffe zu glauben.

Derweil schafft Thyssen Krupp Marine Systems Fakten: Die Nordseewerke in Emden wurden aufgeteilt: 200 Arbeitsplätze bleiben im Reparaturbetrieb erhalten; 115 Beschäftigte kommen bei der neu zu gründenden HDW-Filiale unter; der Rest der Nordseewerke werden samt 721 Beschäftigten von der Siag Schaaf AG übernommen: Nun sollen die Werftarbeiter Windräder bauen. Die IG Metall findet das toll, aber Windräder sind mittelfristig noch viel einfacher in Niedriglohnländern zu bauen als Schiffe. *Hans Lody*

Der Hightech-Effekt

Hochtechnologie als Mittel für Wohlstand

Trotz Wirtschaftskrise verbreiten sich von den Börsen aus erste gute Nachrichten: Hightech-Firmen stehen in der wirtschaftlich angespannten Lage besser da als andere Konzerne, berichtet beispielsweise das ARD-Börsenbarometer. Einzelne solcher Unternehmen fahren sogar Rekordergebnisse ein.

Dem US-amerikanischen Computer- und Mobiltelefon-Hersteller Apple, der als Indikator der ganzen Branche gilt, geht es laut neuestem Quartalsbericht sogar ausgezeichnet und das noch vor dem Weihnachtsgeschäft. Umsatz (9,87 Milliarden Dollar), Gewinn und Aktienkurse sind gestiegen. Und so lässt sich von Apple lernen: Mit kreativen Ideen übersteht der Hersteller die Krise. Es gelingt vor allem deshalb, weil er wenige, aber die richtigen Produkte zur richtigen Zeit anbietet. Da stört es den Käufer nicht, dass die Waren teurer sind als die der Konkurrenz. Er kauft ein Image.

Hiervon profitiert in gewisser Weise auch die Berater-Zunft. Dort entstehen, ähnlich der Computer-Branche, neue Arbeitsplätze – zumindest kurzfristig, weil Unternehmen dringend neue Ideen brauchen. Unberührt von Einbrüchen sind aber auch solche mittelständischen Firmen, die einen seit längerem bestehenden Vorsprung in Sachen Innovation nutzen, um sich entsprechend dem „Hightech“-Trend zu vermarkten. So macht es der Zahntechnikspezialist Degudent in Hanau. Solche Firmen können es sich leisten, in der Krise neue Stellen zu schaffen, weil sie vorher schon eine Marktnische gefunden oder die Trends aufgespürt haben. Jetzt werben sie mit ihren finanziellen Möglichkeiten als Beweis ihrer Krisenfestigkeit.

Marktnischen rechtzeitig erkannt

Auch die Bundesregierung setzt auf die „Hightech“-Strategie. Die Strategie ist nicht neu. Gerne wird übersehen, dass neue Technik nicht im Bedarfsfall gefunden, sondern langfristig mit Investitionen gefördert werden will, um Früchte zu tragen. Hochtechnologie bleibt eine berechtigte Hoffnung, doch gilt es auch, bestehende Märkte zu behaupten – Firmen, die dabei zu versagen drohen, haben wenig Chancen, neue Technik und Kunden zu gewinnen. *SV*

Im tiefsten Loch

Von Konrad Badenheuer

Sigmar Gabriel, der designierte SPD-Vorsitzende, hat viele Gründe, die Lage der Partei skeptisch zu zeichnen: Wahlen stehen nicht an, und je schlechter die Ausgangslage, umso heller könnten künftige „Sanierungserfolge“ erstrahlen. Dennoch frappiert die Schärfe, mit der Gabriel den „katastrophalen Zustand“ der SPD beschreibt.

Der Entwurf des Leitantrags für den SPD-Parteitag Mitte November verstärkt den Eindruck, dass die älteste deutsche Partei in einer existenziellen Krise steckt. Was soll man etwa von der Formulierung halten, die SPD wolle „Volks- und Mitgliederpartei“ bleiben, „aber dies setzt mehr voraus als wohlklingende Beschlüsse“? Was soll man vom Appell der SPD an sich selbst halten, sie wolle sich verstärkt „zur Gesellschaft“ öffnen? Wie kaputt muss eine Partei sein, die beschließen will: „Wir brauchen eine politische Sprache, die in der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger verankert ist“?

Ein wenig erinnern diese Formulierungen an die Beschlüsse der SED um die Jahreswende 1989/90: Die beschließende Partei hat nicht den Hauch einer Vision für den weiteren Weg des Landes, ja sie hat offenbar keine Idee mehr von sich selbst.

Ziele, die die SPD von anderen unterscheiden, scheint es nicht zu geben. Hier könnte das Kernproblem liegen: Ein SPD-Milieu gibt es nicht mehr, und als Klientelpartei taugt die SPD nicht. Die Interessen der Transfer-Empfänger vertritt die Linke, die Belange derjenigen, die diesen Teil der Bevölkerung alimentieren müssen, vertreten Union und FDP. Dazwischen steht das Elend der SPD.

Aufbruch mit Augenmaß

Von Hinrich E. Bues

In diesem Jahr erleben wir einen Regierungswechsel, den in einigen Jahren die Menschen vielleicht „historisch“ nennen werden. Anders als 1982 spricht derzeit keiner von einer „geistig-moralischen Wende“, sondern Angela Merkel und Guido Westerwelle, die beiden Architekten dieses lange erwünschten Regierungsbündnisses, eint eine Mischung aus hartem Realismus und sanftem Reformwillen.

Beide Qualitäten brauchen die Kanzlerin und ihre 14 Minister. „Mut zur Zukunft“ steht als Motto über dem Koalitionsvertrag. Das klingt manchen vielleicht nach dem Pfeifen des Ängstlichen im Walde. Denn die Probleme, die die neue Regierung erbt, sind groß. Riesige Haushaltslöcher, ein immenser Schuldenberg, eine alternde Bevölkerung und mit ihr ein immer kostspieligeres Gesundheits- und Rentensystem; die arbeitende Bevölkerung wird kleiner und die Babies weniger. Soweit die Problemschau. Mut, sich an eine solche Herkulesaufgabe heranzumachen, gewinnen Menschen aber nur, wenn sie Glauben haben und eine konkrete Vorstellung von der Zukunft entwickeln.

Neue Regierung: Harter Realismus und sanfter Reformwille

Politische Programme haben in dieser Hinsicht in der Regel nur einen begrenzten Aussagewert. Die Aussichten und Absichten, die Taten und Tugenden einer Regierung gehen immer von den handelnden Personen aus. Schaut man in dieser Hinsicht auf die Ministerriege, so keimt Hoffnung auf.

Viele sind in ihrem Bereich hoch qualifiziert und kompetent. Neben dem Ältesten mit 67 Jahren (Wolfgang Schäuble) werden zwei unter 40-Jährige (Karl-Theodor zu Guttenberg und Philipp Rösler) am Kabinettstisch Platz nehmen. Viel Fachkompetenz, wo die Erfahrenen (hoffentlich) gut mit den Jüngeren zusammenwirken. Die Kanzlerin und ihr Außenminister setzen in der derzeitigen Wirtschaftskrise auf Wachstum, was nur mit leistungsbereiten Unternehmern, Managern, Angestellten und Arbeitern, Müttern und Vätern gehen wird. Auch wenn die Finanzierung auf Pump bedenklich ist, weisen die geplanten Steuersenkungen im Prinzip in die richtige Richtung.

Auf den Jüngsten im Kabinett, den Gesundheitsminister Philipp Rösler, wartet eine Mammutaufgabe. Der Ausstieg aus dem Gesundheitsfonds, die Einführung einer Gesundheitsprämie und ein solidarischer Ausgleich müssen in Gesetze gegossen werden. Die Vollkasko-Mentalität der Bürger zum vermeintlichen Null-Tarif in puncto Gesundheit wird damit ein Ende haben. Der studierte und promovierte Arzt Rösler bringt für diese Aufgabe neben dem Fachwissen auch die notwendige Portion Durchsetzungskraft mit. Fern aller Selbstüberschätzung wird der praktizierende Christ bei seiner Vereidigung wohl mit Bedacht sagen: „So wahr mir Gott helfe.“



Wenn der neue Gesundheitsminister Philipp Rösler Generationengerechtigkeit anmahnt, dann hat er dafür auch gute persönliche Gründe: Der 36-Jährige ist Vater von Zwillingstöchtern, die vor wenigen Tagen ein Jahr alt geworden sind. Rechts im Bild seine Frau Wiebke, die ebenfalls Ärztin ist.

Bild: ddp

Die Erwartung

Von Rebecca Bellano

Erstaunen, Ärger und Entsetzen – dies waren wohl die häufigsten Reaktionen auf die Idee der neuen schwarz-gelben Regierung zur Einrichtung eines zusätzlichen großen Schattenhaushaltes. Die massiven Beschwerden, die auch aus den eigenen Reihen kamen, haben dazu geführt, dass diese Idee schnell wieder ad acta gelegt wurde.

Es bleibt das Unverständnis über die exorbitant hohe Neuverschuldung durch die neue, schwarz-gelbe Bundesregierung. Es dürfte vor allem im Lager der FDP zu finden sein, die ihren Wahlsieg vor allem übergelaufenen frustrierten Unions-Wählern und hoffnungsfrohen, bessersituierten Jungwählern zu verdanken hat.

Sie alle erwarten von den Liberalen Veränderungen und bürgerliche Reformen. Laut Umfragen haben nicht allzu viele die Partei aus Begeisterung für Guido Westerwelle gewählt und auch das Versprechen von Steuerentlastungen erklärt kaum die Masse der Stimmengewinne. Vielmehr war es die Hoffnung, dass die häufig ausgesprochenen „wahren Worte“ der FDP über die Notwendigkeit durchgreifender Reformen während ihrer Zeit in der Opposition auch in einer Regierung Bestand haben könnten.

Gastbeitrag



China steigt weiter auf – Europa im Abseits?

Von Dieter Farwick

Die UN-Vollversammlung und der anschließende G20-Gipfel haben eines gezeigt: Die geopolitischen Gewichte in der Weltpolitik haben sich verschoben – zu Ungunsten Europas. Die G8-Gruppierung, die noch sehr europäisch geprägt war, hat an Bedeutung verloren. Die G20-Gruppe, die mehr asiatisch-pazifisch geprägt ist, ist zur dominierenden Kraft geworden – auch in Konkurrenz zu den Vereinten Nationen, die weiter an Bedeutung verloren haben.

Die Staaten im asiatisch-pazifischen Raum – Brasilien, China, Indien, Indonesien, Japan und Südkorea – bilden nicht nur demographisch das neue geopolitische Kraftzentrum. Diese Staaten sind die Gewinner der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die USA werden ihre Position als Weltmacht auch in dieser Region wahren wollen und können, während Russland weiter an Bedeutung verlieren wird.

Russland verliert pro Jahr rund eine Million Bürger. Niedrigere Öl- und Gaspreise, Korruption, Organisierte Kriminalität, überbordende Bürokratie, fehlende demokratische Elemente führen den Russland-Kenner Boris Reitschuster in seinem lesenswerten Buch „Putins Demokratur“ zu düsteren Prognosen für die Zukunft Russlands. Besondere Sorgen bereiten dem Kreml die fortschreitende Entvölkerung Sibiriens sowie die fragile Lage im Kaukasus.

Obama hat erklärt, dass die USA ihren relativen Machtverlust akzeptieren

Europa wird auch nach der Zustimmung Irlands und der Tschechischen Republik zum Vertrag von Lissabon politisch nicht mit einer Stimme sprechen. Die meisten europäischen Staaten werden auf Jahre damit beschäftigt sein, ihre Hausaufgaben zu machen, um die Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen. Die Bildung der neuen Regierung in Deutschland zeigt exemplarisch die Schwierigkeiten, die auch andere europäische Staaten haben.

Ein anderes Kraftzentrum bilden die Golfregion und der schiitische Iran, dessen Streben nach Nuklearwaffen in der Region sehr misstrauisch betrachtet wird und das einen neuen Wettlauf um nukleare Waffen in der Region auslösen kann.

In Afrika gibt es einzelne Staaten, die erfolgreich sind. Nach einem Bericht des „The Economist“ sind dies insbesondere Liberia, Ägypten und Angola. Allerdings ist Afrika weit davon entfernt, als Akteur auf der Weltbühne aufzutreten. Interne Probleme erschweren den Weg der Republik Südafrika zur regionalen Führungs- und Ordnungsmacht.

Für die nächsten Jahre gibt es einen Duopol: China und USA. Der ehemalige amerikanische „Nationale Sicherheitsberater“ zweier Präsidenten und heute einer der wichtigsten Berater des Präsidenten Barack Obama, Zbigniew Brzezenski, hat das Verhältnis beider Staaten bereits als „G2“ bezeichnet. Aus den ehemaligen „Feinden“ sind Partner in einer Vernunftehe auf Zeit geworden, da sie sich auf absehbare Zeit gegenseitig brauchen. China braucht die USA als Markt für seine Produkte, die USA brauchen China als Gläubiger.

Ein Störfaktor in diesem Verhältnis bleibt Taiwan. Allerdings erscheint die Gefahr eines Krieges als eher gering. Beide Staaten entwickeln ein „modus vivendi“ – besonders in der Wirtschaft. So gibt es bereits heute auf dem „Festlandchina“ Tausende von taiwanesischen Investoren und Immobilienbesitzern.

Dass die Volksrepublik China den 60. Jahrestag ihres Bestehens auch mit einer monströsen Militärparade gefeiert hat, stimmt seine Nachbarn und auch die USA nachdenklich. China wird auf dem Wege zur Weltmacht noch schwierige innenpolitische Probleme überwinden müssen. Die Einparteiendiktatur mit der Verachtung von Menschen- und Minderheitenrechten, die Korruption durch die Parteifunktionäre, die dramatische Umweltverschmutzung, die negativen Folgen der „Einkindpolitik“, die Probleme der Energieversorgung sowie die steigende Kluft zwischen den armen Menschen „auf dem Land“ und den reicher werdenden Menschen in den Küstenregionen werden eine kluge Politik verlangen, wenn größere innenpolitische Unruhen vermieden werden sollen.

Diese neue „Weltordnung“ ohne eine überragende Weltmacht wird als „multipolar“ oder „non-polar“ bezeichnet. Der US-Präsident Barack Obama hat mehrfach erklärt, dass die USA den eigenen relativen Machtverlust akzeptieren.

Ob die „neue“ Weltordnung sicherer und konfliktfreier sein wird, ist mit einem Blick in die Geschichte und Gegenwart zu bezweifeln. Die Großmächte sind immer weniger in der Lage, anderen Staaten ihren Willen aufzuzwingen. So schaffen es die USA nicht, Israel zu zwingen, die Zwei-Staaten-Lösung unverzüglich zu akzeptieren. Auf der anderen Seite ist China nicht in der Lage, Nordkorea von dem gefährlichen Spiel mit dem Feuer – Atomwaffen und Raketentests – abzuhalten.

Der Iran zeigt sich unbeeindruckt von dem Bemühen einiger Staaten sowie der UN, sein Nuklearprogramm komplett kontrollieren zu lassen und eindeutig auf die Entwicklung von Nuklearwaffen zu verzichten.

USA und EU sollten auf eine Zwei-Staaten-Lösung in Nahost hinwirken

Welche Gefahren drohen? 1) Der Energiebedarf wird weltweit weiter steigen. Damit zeichnet sich ein härterer Verteilungskampf um knappe Rohstoffe zu tragbaren Kosten ab. 2) Falls der Iran weiterhin den Besitz von Nuklearwaffen anstrebt, besteht die Gefahr, dass Israel – mit oder ohne Unterstützung – militärisch zuschlagen wird, um Zeit zu gewinnen. Ein Militärschlag hätte mit Sicherheit dramatische Folgen über die Region hinaus zum Beispiel auch für die Energieversorgung. 3) Afghanistan und Pakistan bleiben heiße Konfliktherde. Hier hätte Europa noch eine Chance, Einfluss zu gewinnen. Die europäischen Staaten in der Nato könnten durch eine zeitlich begrenzte militärische Verstärkung die Taliban entscheidend schwächen. Genauso wichtig wäre es, wenn sich die EU koordinierter und stärker an dem Aufbau ziviler Strukturen in Afghanistan engagieren würde. Der Aufbau der afghanischen Polizei, für den die EU verantwortlich ist, ist über bescheidene Ansätze nicht hinausgekommen.

Die derzeitigen Diskussionen über das weitere Vorgehen in Afghanistan sind zu sehr auf die militärische Komponente ausgerichtet. Mehr als die Soldaten fehlen die zivilen Aufbauhelfer, die unter dem Schutz von Soldaten und Polizei den Wiederaufbau Afghanistans betreiben könnten. In Pakistan müsste sich die EU in den Stammesgebieten engagieren, um die Lebensbedingungen der dort lebenden und leidenden Menschen zu verbessern.

4) In dem israelisch-palästinensischen Konflikt müssen die USA und die EU stärker auf Israel einwirken, die Zwei-Staaten-Lösung zu akzeptieren. Parallel dazu müssen Hamas und Fatah die Existenz des jüdischen Staates rückhaltlos garantieren. Hier müssten die arabischen Staaten – an der Spitze Saudi-Arabien – eine aktivere Mittlerrolle spielen.

5) Der internationale Terrorismus, besonders der islamistische wird eine Herausforderung bleiben. Besonders in Europa kommt eine steigende Islamisierung der Bevölkerung hinzu. In den „sozialen Brennpunkten“ wird die Auseinandersetzung zunehmen.

6) Im Schatten der aktuellen Konflikte wird die demographische Entwicklung die Kräfteverhältnisse verschieben. Russland verliert pro Jahrzehnt zehn Millionen Einwohner, ohne dass diese Entwicklung in den nächsten Dekaden gestoppt werden kann. Die hier beschriebenen geopolitischen Machtverschiebungen werden zu tektonischen Reibungen führen.

Europa als Einheit wird zunehmend die Rolle eines Zuschauers an der Seitenlinie einnehmen – gewollt oder ungewollt.

Der Autor ist Brigadegeneral a.D. und Chefredakteur von www.worldsecuritynetwork.com. Er war Direktor des Militärischen Abschirmdienstes der Bundeswehr und ist Mitglied des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London.

Erste kulturelle Blütezeit in Berlin

Ausstellungen widmen sich der Kunst der Renaissance mit Werken von Lucas Cranach und seiner Werkstatt

Erstmals nimmt sich eine Ausstellung der Kunst der Renaissance in Berlin an. Eine stattliche Anzahl von Werken des Malers Lucas Cranach und seiner Werkstatt macht diese erste kulturelle Blütezeit deutlich.

Pablo Picasso, der Meister der Moderne, sagte einmal in einem Interview, dass er Lucas Cranach d. Ä. (1472–1553) für den größten deutschen Künstler halte. Nur ein Jahr jünger als Albrecht Dürer war Cranach der andere große Künstler der Renaissance, der Maler, Graphiker und Unternehmer, geboren 1472 als Sohn eines Malers im fränkischen Kronach. Erste Erfolge feierte er in Wien. Doch bis heute weiß man nicht genau, wo und von wem er ausgebildet wurde.

Eine kleine Brauerei in seiner Vaterstadt hat es sich nicht nehmen lassen, ein Bier nach dem

> Sogar ein Bier wurde nach dem Meister der Farbe benannt

großen Meister zu benennen. Viele Ausstellungen widmeten sich in der Vergangenheit diesem Künstler, Museen von Rang rühmen sich, seine Werke zu besitzen. Schon früh erkannte man „seinen ungebändigten Ausdruckswillen, in dem Form und Farbe einander zu großartiger Wirkung steigern“, wie Kunsthistoriker betonen.

Eine große Auswahl von Cranach-Gemälden ist ab diesen Sonnabend in der Ausstellung „Cranach und die Kunst der Renaissance unter den Hohenzollern“ im Schloss Charlottenburg zu sehen. Normalerweise befindet sich der umfangreiche Bestand, über den die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) verfügt, im Jagdschloss Grunewald. Das wird jedoch zur Zeit saniert, so dass man nach Charlottenburg ausweichen musste. Diese bedeutenden Gemälde Cranachs und seiner Werkstatt hatten einst die Hohenzollern für die Stiftskirche und das Berliner Schloss in Auftrag gegeben. Ein großer Teil gelangte später aus dem Berliner Schloss in das Jagdschloss Joachims II. (1505–1571) im Grunewald. Nach mehrjähriger Forschungsarbeit stehen sie nun im Mittelpunkt dieser Ausstellung. Mit über 200 Exponaten gibt die Schau erstmals Einblicke in diese frühe, dynamische Phase der brandenburgisch-preußischen Geschichte und Kunst. „Dabei wird der Bogen von der Regierungsübernahme der Hohenzollern 1417 bis zum folgenreichen Übertritt des Herrscherhauses zum Calvinismus am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges gespannt“, so die Ausstellungsmacher.

Es war eine spannungsreiche Zeit, in der Cranach lebte. Kaiser und Kirche stritten um die Macht, Martin Luther legte sich mit der Kirche an. Cranachs größter Auftraggeber war der katholische Kardinal, Erzbischof von Mainz und Magdeburg, Kurfürst und Reichserzkanzler Albrecht von Brandenburg, der mächtigste Kirchenfürst des Abendlandes. Er ließ Cranach die neue Stiftskirche in Halle ausgestalten, der dort den größten Gemäldezyklus der deutschen Kunstgeschichte fertigte.

Einerseits war es die hohe Qualität seiner Arbeit, andererseits aber auch seine Geschäftstüchtigkeit, die noch heute imponiert. Es gelang Cranach nämlich, die unterschiedlichsten Auftraggeber zu gewinnen. Einmal das altgläubige, katholische Publikum, andererseits die Protestanten, zu deren Chefpropagandisten er sich entwickelte. Porträts von Martin Luther und dessen Frau Katharina Bora, von Friedrich dem Weisen oder Philipp Melanchthon prägen bis heute unsere Vorstellung von diesen Persönlichkeiten. Mit seinen Aktdarstellungen schuf Cranach ein zeitloses Ideal weiblicher Schönheit. In seiner Werkstatt entstanden aber auch zahlreiche Madonnenbilder, von denen einige bis heute als Gnadenbilder verehrt werden.

Cranach war vor allem aber auch ein erfolgreicher Unternehmer. Er besaß zum Beispiel eine Apotheke mit Weinausschank. 1537 wurde er Bürgermeister der Stadt Wittenberg. Von 1505 bis zu seinem Lebensende war er Hofmaler bei Friedrich dem Weisen



Lucas Cranach d. Ä.: Kurfürst Joachim II. (Öl, um 1555) Bild: spsg

und bei dessen Nachfolgern am kurfürstlichen Hof. Darüber hinaus unterhielt Cranach eine Malerwerkstatt mit mehreren Lehrlingen und Gesellen. Auch betrieb er eine Buchdruckerei und einen Verlag. 1526 bestellte Herzog Albrecht bei ihm „neue gute, leswürdige Bücher“ für seine Bibliothek und 200 Postillen zur Verteilung an die Pfarrer der noch jungen Landeskirche – eine Wagenladung von immerhin zwölf Zentnern Gewicht, die Richtung Königsberg ging.

Als Auftragsarbeit für die Hohenzollern schufen Cranach und seine Werkstatt zahlreiche Altartafeln, mythologische Gemälde und Porträts für das Berliner Schloss und das benachbarte Domstift. Sie bilden den Grundstock der Kunstsammlungen in den preußischen Schlössern und wurden jüngst gemäldetechnologisch und kunsthistorisch untersucht. Die neu gewonnenen Erkenntnisse werden in der Ausstellung zusammen mit den vielfältigen Bezügen der Gemälde zu ihrem höfischen Umfeld präsentiert.

Der Schwerpunkt der Untersuchung lag vor allem auf dem Erkennen von Herstellungsmerkmalen, der Holzartenbestimmung, dem Herausarbeiten der Besonderheiten in der Maltechnik und dem direkten Vergleich mit Werken anderer Künstler der Zeit. Bei einem Porträt des brandenburgischen Kurfürsten Joachim I. (1484–1535), das Cranach 1529 schuf, und dem in derselben Zeit geschaffenen Bildnis von Martin Luther konnte nachgewiesen werden, dass Cranach seine Porträtstudien auf Papier als Grundlage für die Gemälde nutzte. Er übertrug im Durchdrückverfahren die Umrisse im Maßstab 1:1 auf das Holz, ähnlich den heutigen Blaupausen. Mittels modernster Technik konnte man jetzt erkennen, wo die Vorlage abrutschte oder das An- und Absetzen des Durchdrückstiftes sehen.

Der Besucher der Ausstellung kann mit Hilfe von Infrarotaufnahmen diese Technik nun nachvollziehen.

Mit zusätzlichen Exponaten wie Skulpturen, Archivalien, Druckgraphik, Kunstgewerbe und Büchern wird der kulturgeschichtliche Zusammenhang deutlich gemacht. So wird erkennbar, wie die Hohenzollern schon früh Politik und Religion, Kunst und Wissenschaft miteinander verknüpften.

Parallel dazu wird in der Marienkirche eine Ausstellung mit dem Titel „Kirche, Hof und Stadtkultur“ gezeigt. Der Schwerpunkt liegt hier auf den politischen, religiösen, künstlerischen und gesellschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen dem Hof und der städtischen Gesellschaft.

Den Kern der Ausstellung bildet ein außerordentlich reicher Bestand an Kunstwerken aus den mittelalterlichen Stadtkirchen Berlin-Cöllns, die der Repräsentation der bürgerlichen Eliten der Stadt dienten.

„Ein weiterer Schwerpunkt widmet sich der Stellung der Kirchen im Gefüge der städtischen Strukturen und der Landesherrschaft. Leitthema ist hier die besondere Rolle der Kurfürsten als oberste Bischöfe des Landes, die sie nach Einführung der Reformation im Kirchenregiment ausübten“, so die Ausstellungsmacher.

Beide Ausstellungen sind zweifellos ein Höhepunkt im Ausstellungsjahr. Einmal mehr zeigen sie das hohe Niveau der Berliner Kunst im 16. und 17. Jahrhundert und spiegeln die geistigen Entwicklungen und theologischen Debatten dieser Zeit. *Silke Osman*

Die Ausstellung „Cranach und die Kunst der Renaissance unter den Hohenzollern“ ist im Schloss Charlottenburg – Neuer Flügel vom 31. Oktober 2009 bis 24. Januar 2010 zu sehen. Geöffnet: Mittwoch bis Montag von 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 8 / 6 Euro.

Die Ausstellung „Kirche, Hof und Stadtkultur“ ist in der St. Marienkirche, Berlin Mitte, zu sehen. Geöffnet: Montag bis Sonnabend von 10 bis 18 Uhr, Sonntag von 12 bis 18 Uhr (Änderungen bei Sondergottesdiensten und Konzerten vorbehalten), Eintritt frei.

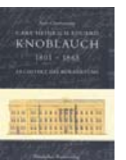
Zu den Ausstellungen erscheint ein Begleitband „Cranach und die Kunst der Renaissance unter den Hohenzollern – Kirche, Hof und Stadtkultur“ im Deutschen Kunstverlag, etwa 272 Seiten mit zirka 327 Farbabbildungen, in der Ausstellung 29,90 Euro, im Buchhandel 34,90 Euro.

Für Sie gelesen

Architekt des Bürgertums

Berlinbesucher grüßt sie schon von weither, die mit goldenen Ornamenten verzierte Kuppel der Synagoge an der Oranienburger Straße. Eduard Knoblauch, der erste freischaffende Architekt in der Stadt, errichtete sie 1866. Im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt, wurde der ehrwürdige Bau 1995 wieder eröffnet. Kaum einer kennt den Architekten Knoblauch (1801–1865), der als einer der wichtigsten Baumeister aus dem Umkreis der Schinkelschule gilt. Ein repräsentatives Buch von Azra Charbonnier stellt nun Leben und Werk dieses Mannes erstmals umfassend dar.

Das facettenreiche Werk Knoblauchs umfasst Villen, städtische Wohnhäuser, Herrensitze, öffentliche Bauten sowie denkmalpflegerische Tätigkeiten etwa an Sakralbauten. Zu Knoblauchs nachhaltigster Leistung zählt die Gründung des Architektenvereins Berlin, die weitreichende Auswirkungen auf Architektur und Architektenstand hatte. Schon früh hatte Knoblauch erkannt, dass sich im Zuge gesellschaftlicher Veränderungen ein freier Markt mit einer völlig anderen Bedarfs- und Auftragslage herausbildete. Er verzichtete auf den traditionellen Weg des akademisch ausgebildeten Baumeisters, der lebenslang der Königlich Preußischen Bauverwaltung als Beamter diente, sondern führte als erster Privatbaumeister der Schinkelschule mit seinem Baubüro freie Bauaufträge für die neu entstandene Schicht des wohlhabenden Bürgertums und des Adels durch (siehe auch Beitrag unten auf dieser Seite).



Trotz der Bedeutung Knoblauchs für die Architekturgeschichte des 19. Jahrhunderts ist sein Leben und Schaffen bislang kaum untersucht worden. Mit der Kunsthistorikerin Charbonnier konnte eine fundierte Kennerin des Werks gewonnen werden. Im vorliegenden Band berichtet sie auf der Basis des bislang unbearbeiteten Nachlasses mit über 700 Zeichnungen von Leben und Werk des Architekten. Zugleich vertieft sie das Verständnis der baukünstlerischen Probleme und Neuerungen des 19. Jahrhunderts. *dkv/os*

Azra Charbonnier: „Carl Heinrich Eduard Knoblauch (1801–1865). Architekt des Bürgertums“*, Deutscher Kunstverlag, Berlin, 392 Seiten, 23 farbige und 441 schwarzweiße Abbildungen, Leinen, 98 Euro*

Dokumentation

CD von Blarr: Orgellandschaft Ostpreußen

Bereits mit zwölf Jahren komponierte der 1934 in Bartenstein geborene Oskar Gottlieb Blarr Lieder, Bläsersätze, Klavierstücke, eine Sonate und sogar eine Sinfonie. Blarr ist heute nicht nur ein hervorragender Komponist, sondern auch ein Organist, der „alle Register zieht“. Schon 1984 spielte er auf ostpreußischen Orgeln, die das Inferno von 1945 überstanden hatten, Werke deutscher Komponisten für eine Schallplatteneinspielung. Da die neueste Digitaltechnik verwendet wurde, konnte diese einmalige Dokumentation im Originalklang auf eine CD übertragen werden. So erklingen die Orgeln von Schippenbeil, Heilsberg, Mohrungen, Hirschfeld und Lötzen, von Mehlsack, Dietrichswalde und Allenstein, von Frauenburg und Heiligelinde. Zu hören sind unter anderem Werke von Johannes Podbielski, Herbert Brust und Dietrich von Bausznern, aber auch welche von Blarr. Die Kompositionen weisen ihn als einfühlsamen Schöpfer geistlicher Werke aus. Erst in der vergangenen Woche würdigte das Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf sein Wirken für den Erhalt zahlreicher Orgeln in den Kirchen Ostpreußens mit einer Festveranstaltung. *os*

Oskar Gottlieb Blarr: „Orgellandschaft Ostpreußen“*, Dabringhaus und Grimm Audiovision GmbH, Detmold, 1 CD (78 Minuten).*

»Ein Gefühl trauriger Verbundenheit«

Wulf D. Wagner zeichnet Entstehung und Erbe einer großartigen Kulturlandschaft nach

Schlösser und Herrenhäuser haben es ihm angetan, vornehmlich die im östlichen Teil des ehemaligen Deutschen Reiches. „Nur das Wissen um das, was war, kann uns zeigen, wie zu formen sein wird und wie nicht“, hat Wulf Dietrich Wagner einmal geschrieben. Mit seinem unermüdlichen Wirken für die Bausubstanz in Ostpreußen zeigt er immer wieder aufs neue, dass nicht alles verschüttet wurde durch die Willkür der Menschen. Im Rahmen seiner Promotion widmete sich Wagner der Erforschung des Königsberger Stadtschlosses. Eine erweiterte Fassung der Dissertation erschien dann als Buch und zog nicht nur Königsberger in ihren Bann. Im Auftrag der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil schrieb er dann ein über 500 Seiten starkes Buch über „Die Güter des Kreises Heiligenbeil“. Nun liegen zwei Bände über die „Kultur im ländlichen Ostpreußen vor“, die der Geschichte, den Gütern und Menschen im Kreis Gerdauen gewidmet sind. Wagner gelingt es auch hier mühelos, über den Tellerrand zu schauen und Leser für ein Thema zu interessieren, das eben nicht nur auf einen Kreis im fernen Ostpreußen beschränkt ist. „Das Bild einstiger blühender Kulturlandschaft vor Augen, entstanden ‚ein Gefühl trauriger Verbundenheit‘ und die wertvollen Dokumentationen“, hieß es in der Laudatio auf Wagner zur Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises 2008.



Zeilen, die auch in diesem Zusammenhang gültig sind. An Architektur Interessierte dürfte vor allem das Kapitel angesprochen, das sich ausführlich mit dem Wiederaufbau im Ersten Weltkrieg beschäftigt. Namen wie Hugo Häring oder Heinz Stoffregen stehen für diese Aufbauleistung im Kreis Gerdauen. Doch auch Eduard Knoblauch (siehe oben) war mit Arbeiten vertreten. Er gestaltete zwischen 1850 und 1855 die Schlossanlage in neuromanischen und neugotischen Stil neu. Immer wieder sind es die Menschen, die Geschichte lebendig machen. Geschichte, die Wulf D. Wagner einfühlsam und spannend zugleich nacherzählt. *os*

Wulf D. Wagner: „Kultur im ländlichen Ostpreußen – Geschichte, Güter und Menschen im Kreis Gerdauen“*, Husum Verlag, Band 1 (715 Seiten), Band 2 (672 Seiten), zahlreiche Abbildungen, gebunden, jeweils 39,95 Euro*

Der »Löwe von Wilna« führte von vorne

Vor 100 Jahren kam der Preußenschildträger und jüngste Kommandierende General der Wehrmacht Theodor Tolsdorff zur Welt

Er wollte eigentlich nie Berufssoldat werden, und doch ging der Ostpreuße Theodor Tolsdorff als einer der höchstdekorierten deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges in die Militärgeschichte ein.

Am 3. November 1909 auf dem elterlichen Rittergut Lehnarten im Kreis Oletzko (Treuburg) geboren, wurde der junge Theo bereits im Alter von fünf Jahren mit den Schrecken des Krieges konfrontiert, als er mit seiner Mutter und den drei Geschwistern im Herbst 1914 vor den heranrückenden russischen Truppen fliehen musste. Der Vater stand als Artillerieoffizier an der Front und kehrte nach Kriegsende körperlich gebrochen in die Heimat zurück. Nach dessen frühem Tod Ende 1919 schien für seinen Sohn der Berufsweg vorgegeben. Er beendete das Gymnasium in Königsberg und absolvierte eine landwirtschaftliche Ausbildung, um den elterlichen Betrieb zu übernehmen. Zuvor wollte er jedoch seinen Militärdienst ableisten.

Als Theodor Tolsdorff am 1. Oktober 1934 als Freiwilliger in das Infanterieregiment 1 in Insterburg eintrat, hatte er nicht die Absicht, länger zu dienen oder gar Offizier zu werden, doch es kam anders. Er wurde im Sommer 1936 wegen seiner besonderen Eignung außer der Reihe zum Leutnant befördert und 1937 Berufssoldat. Während des Polenfeldzuges zeichnete er sich als Chef einer Infanteriekompanie bereits am zweiten Kriegstag durch besondere Tapferkeit aus und erhielt beide Klassen des Eisernen Kreuzes. Obwohl er an der Schulter verwundet wurde, blieb er bei seiner Truppe und führte sie im Westfeldzug bis in die Gegend von Saumur.

Beim Angriff auf die Sowjetunion drang er mit seiner Kompanie durch die baltischen Länder vor. Stets von vorn führend, errang er Erfolg um Erfolg, bis er schwer verwundet die Truppe verlassen musste. Für seinen vorbildlichen Führungsstil und seinen persönlichen Einsatz wurde er Ende 1941 mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet. Im April 1942 kehrte er an die Front zurück. Während eines Angriffs am Ufer des Ladogasees wurde er durch einen Granatsplitter schwer verwundet und verlor einen Teil seines rechten Fußes. Dennoch blieb er bei seinen Männern und im Juni hatte er als Bataillonsführer hervorragenden Anteil am Schließen des Wolchow-Kessels, wofür ihm das Deutsche Kreuz in Gold verliehen wurde. Am letzten Tag der Schlacht erhielt er einen Kopfschuss und fiel für mehrere Monate aus.

Nach seiner Genesung wurde Tolsdorff Anfang 1943 Major und führte sein Bataillon im Schwerpunkt der Abwehrschlacht am Ladogasee. Nachdem es ihm immer wieder gelungen war, alle russischen Gegenangriffe abzuwehren, erhielt er im September 1943 das Eichenlaub zum Ritterkreuz. Anschließend übernahm Tolsdorff das Gumbinner Infanterieregiment 22. Während der Kämpfe südlich von Winniza erhielt er im Nahkampf einen Bauchschuss. Doch kaum richtig ausgeheilt, tauchte er im Lazarett zum Oberstleutnant beförderte Tolsdorff schon nach wenigen Wochen wieder bei seinen Soldaten auf.

Nach einer weiteren Kopfverwundung wurde er im Juni 1944 zur Schonung als Taktiklehrer an die Fahnenjunkerschule in Metz versetzt. Doch das war keine befriedigende Verwendung für den agilen und tapferen Frontoffizier, und schon nach drei Tagen bat er energisch um Rückversetzung an die Front.



Theodor Tolsdorff im Fronteinsatz: Von einem Dachboden aus beobachtet der Kommandant einen Gegenangriff seiner Truppen im Raum Jülich. Bild: Archiv

Anfang Juli 1944 war Tolsdorff wieder bei seinem Regiment in Litauen. Hier versuchte die Rote Armee, den Durchbruch ins Reichsgebiet zu erzwingen. In dieser Lage erhielt Tolsdorff den Befehl, die von der Einschließung bedrohte Stadt Wilna zu verteidigen. Aus Alarm- und Urlauberkompanien sowie versprengten Truppenteilen stellte er einen Kampfverband zusammen und bildete einen Kessel, den er bis zum Eintreffen von Entsatztruppen gegen den weit überlegenen Gegner hielt. So ermöglichte er den sicheren Abtransport von Tausenden Verwundeten. Für diese Tat erhielt der „Löwe von Wilna“ das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz und wurde zum Oberst befördert.

Adolf Hitler persönlich beorderte Tolsdorff zu einem Divisionskommandeur-Lehrgang und befahl ihm, anschließend in Thorn die 340. Volksgrenadierdivision aufzustellen. Mitte November 1944 wurde der Verband in den Raum Aachen-Jülich verlegt, wo er durch hartnäckigen Widerstand verhinderte, dass die amerikanischen Truppen die Rur (Roer) überschritten. Während der Ardennenoffensive zeichnete sich Tolsdorff beim Angriff auf Bastogne aus. Für sein vorbildliches Führungsverhalten und seine persönliche Tapferkeit, die allein schon dadurch zum Ausdruck kam, dass er im Einzelnahkampf 68 feindliche Panzer vernichtet hatte, bekam er als einer von nur 27 Soldaten der Wehrmacht die Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern verliehen. Außerdem wurde er am 30. Januar 1945 zum Generalmajor und damit jüngsten General des Heeres befördert.

> Seine Schutzengel hatten viel zu tun: Tolsdorff zerstörte 68 Panzer im Einzelnahkampf und wurde 14-mal verwundet

Sein nächstes Kommando erhielt Tolsdorff als Kommandierender General des LXXXII. Korps in Bayern. Gleichzeitig wurde er zum Generalleutnant befördert. Im Raum Amberg stellte er sich den amerikanischen Truppen entgegen, musste sich aber schließlich in die Alpen zurückziehen. Durch seinen hinhaltenden Widerstand ermöglichte er Zehntausenden deutscher Soldaten den Rückzug vom Balkan ins Reichsgebiet. Bei Kriegsende ergab er sich mit seiner Truppe und ging in Gefangenschaft.

Als Berufssoldat hatte Tolsdorff zu diesem Zeitpunkt den Gipfel des Erfolges erreicht. Er war der jüngste Kommandierende General der Wehrmacht und Träger der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung (nach dem nur einmal verliehenen Goldenen Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes). Von seinen Männern wurde er als der „tolle Tolsdorff“ verehrt und genoss als tapferer Soldat auch bei seinen Gegnern Ansehen. Gleichwohl musste er mit seinen gerade einmal 35 Jahren eine schwere Lebenszäsur hinnehmen und eine bittere Bilanz ziehen. Er hatte an den Folgen von 14 im Krieg erlittenen Verwundungen zu tragen, beruflich stand er vor dem Nichts, das Reich lag in Trümmern und seine ostpreußische Heimat war für ihn unerreichbar.

Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Mai 1947 schlug sich Tolsdorff als Kraftfahrer durch. Bei einem Autounfall erlitt er einen doppelten Schädelbasisbruch, so dass er diesen Beruf nicht mehr ausüben konnte und fortan in einer Baustoffhandlung arbeitete. Ein Arbeitsunfall mit einem schweren Trümmerbruch eines Beines zwang ihn zu einer erneuten Berufspause. Doch mit der ihm eigenen Willenskraft rappelte er sich wieder hoch. Im Jahre 1960 gab ihm eine Straßenbaufirma eine Chance und stellte ihn als leitenden kaufmännischen Angestellten ein. 1974 ging er in den Ruhestand.

Ende 1952 holte Tolsdorff unverhofft die Kriegszeit ein. Er wurde verhaftet und musste sich wegen der standrechtlichen Erschießung eines fahnenflüchtigen Offiziers verantworten, der Anfang Mai 1945 unter Missbrauch der Rotkreuz-Flagge Kontakt zum Feind aufgenommen hatte. Tolsdorf hatte den Mann verhaften lassen und als zuständiger Gerichtsherr das Todesurteil abgezeichnet. Nachdem er in erster Instanz zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hob der Bundesgerichtshof das Urteil auf, da Tolsdorff das Militärstrafrecht korrekt angewandt habe. Der anschließende Prozess vor dem Landgericht endete mit einem Freispruch und einer Ehrenerklärung für den ehemaligen General – ein „Freispruch erster Klasse“.

Seiner Heimat Ostpreußen ist Tolsdorff im Herzen immer treu geblieben. Er betätigte sich in der Landsmannschaft Ostpreußen, gehörte deren Bundesvorstand an und wurde für sein Engagement 1977 mit dem Preußenschild ausgezeichnet.

Generalleutnant Theodor Tolsdorff starb am 25. Mai 1978 im 69. Lebensjahr in Dortmund.

Jan Heitmann

Preußenreisen der Franken

Auch Süddeutsche kämpften für den Deutschordensstaat

In der Zeit nach 1300 tauchen in Ostpreußen zahlreiche fränkische Namen auf. Das liegt nicht zuletzt an den Preußenreisen des fränkischen Adels. Das Heer des Deutschordensstaates bestand zu großen Teilen aus Auswärtigen, darunter auch Franken. Hierbei handelte es sich zum einen um angeworbene Söldner aus anderen Territorien und Ländern. In der Armee waren aber auch die so genannten Reisigen vertreten, die aus vielen europäischen Ländern kommend, auf die „Reis“ gingen. Diese galten nicht als Söldner. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Ritter aus fränkischen Adelsgeschlechtern, die dem Ruf des Großmeisters des Deutschen Ordens zur Unterstützung folgten. In historischen Unterlagen finden sich Aufzeichnungen über 299 „Reisen“, wobei die größte im Jahre 1346/47 40000 Teilnehmer hatte. Aber auch kleine Unternehmungen mit nur 60 Personen sind überliefert.

Die „Reis“ darf man sich nicht als Gesellschaftsreise vorstellen. Die „Reise“ nach Preußen in der damaligen Zeit war dem „Aufbruch zu einem Kriegszug“ gleichzusetzen. Die Teilnehmer hatten keinen Sonderstatus als Kreuzfahrer, erhielten keine Bezahlung und mussten ihre eigenen Waffen mitbringen. Die Unterkunft erfolgte in mitgeführten Hütten, der Transport teilweise mit dem Schiff, wobei die Hansekaufleute nicht immer die besten Boote zur Verfügung stellten. Für die „Reis“ wählte man die Wintermonate mit ihrem Frost, um den aus Flüssen und Seen bestehenden etwa 50 Kilometer breiten natürlichen Grenzgürtel zwischen Ostpreußen und dem Baltikum besser überwinden zu können. Oft schaffte man weniger als die geplanten Tagesetappen von vier Meilen (etwa sechs Kilometer). Zudem kam es unter den verschiedenen beteiligten Nationalitäten immer wieder zu Streitigkeiten.

> Das 14. Jahrhundert war die große Zeit dieser »Reisen«

Sammelpunkt war meist das frontnahe Königsberg oder die Marienburg, wo mit höfischem Ritual gegenseitig zu Gastmahlen geladen wurde. Den Ruf an den Ehrentisch sah man als hohe Auszeichnung an. Für einfache Ritter, abgesunkene Edelherren und Unfreie war die „Reis“ ein materielles Verlustgeschäft, jedoch hatte die Verteidigung des Christentums in dieser Zeit einen derart hohen Stellenwert, dass die Teilnahme Ansehen, Ehre und zuweilen den Ritterschlag einbrachte.

Auf erhaltenen Gästelisten sind neben den Burggrafen von Nürnberg die Grafen von Henneberg aus Thüringen, die Landgrafen von Leuchtenberg aus der Pfalz, die Grafen von Wertheim, von Rothenstein, von Seckendorff und aus Öttingen verzeichnet, wobei eine sichere Identifizierung der Beteiligten nicht in jedem Falle möglich ist.

Mit der Niederlage des Deutschen Ordens in der Schlacht von Tannenberg 1410 gegen die Polen und Litauer endet die große Zeit der „Reisen“. Ab diesem Zeitpunkt begann, bedingt durch die Christianisierung der Litauer, die Umwandlung des Deutschordensstaates in eine weltliche Herrschaft. *Manfred E. Fritsche*

Der Artikel basiert auf dem Vortrag „Die Preußenreisen des fränkischen Adels“, den der Leitende Archivdirektor am Staatsarchiv in Nürnberg Gerhard Rechter im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen im Rahmen der dortigen Ausstellung „Ein Franke zieht in Preußenland“ gehalten hat.

Mit dem Leben bezahlt

PAZ-Serie über ostpreußische Märtyrer (Teil 1): Hans Koch

Hans Koch gehörte zum engen Umfeld der Attentäter des 20. Juli 1944, und wenn das Attentat Erfolg gehabt hätte, so wäre dieser brilliante Jurist aus dem ostpreußischen Bartenstein nach dem Willen der Hauptverschwörer Präsident des Reichsgerichts geworden. Die gefassten Verschwörer verrieten ihn nicht, und so überlebte der vierfache Vater zunächst die Welle der Hinrichtungen nach dem 20. Juli. Todesmutig versteckte Koch sogar selbst einen der Beteiligten. Doch im Januar 1945 wurde er denunziert, danach sofort verhaftet und in der Nacht vom 23. auf den 24. April im von den Russen bereits fast eingeschlossenen Berlin ohne Urteil erschossen.

Koch gehörte in den dreißiger Jahren zu den gerichtlichen Verteidigern von Widerstands-Größen wie Pfarrer Martin Niemöller und Hermann Ehlers. Beide spielten nach 1945 im öffentlichen Leben Deutschlands lange eine prominente Rolle, was nicht verhinderte, dass Koch fast in Vergessenheit geraten ist. Ein Grund dafür war zweifellos, dass er aus Sorge um seine Familie und sich selbst keine Aufzeichnungen über seine Aktivitäten hinterließ.

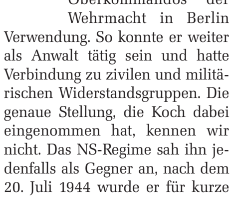
Fest steht, dass Koch mehr als mancher andere Angehörige des 20. Juli – einschließlich Graf Stauffenberg persönlich – nie mit dem NS-Regime sympathisierte und sich zu keinem Zeitpunkt von dessen Anfangserfolgen blenden ließ. Schon vor der Machtergreifung lehnte er die NS-Bewegung aus Überzeugung ab, bereits 1933 schloss er sich der eben erst entstehenden Bekennenden Kirche an.



Hans Koch

Hans Koch, Sohn eines Gymnasialprofessors war 1903 wegen der Berufung seines Vaters zum Direktor eines Gymnasiums in Charlottenburg mit den Eltern nach Berlin gekommen und machte 1911 Abitur. Er studierte zunächst in Königsberg zwei Semester Jura, schlug dann die Offizierslaufbahn ein und wurde als junger Leutnant in der Marne-Schlacht 1914 schwer verwundet. Die längste Zeit des Krieges verbrachte er in französischer Gefangenschaft, aus der er 1919 zurückkehrte. Koch schloss dann sein Jura-Studium mit Bestnoten ab und wurde zunächst Beamter im Handelsministerium. Obwohl er bald befördert wurde, wandte er sich dem Anwaltsberuf zu – und geriet rasch in Konflikt mit dem NS-Regime. Als er im Herbst 1935 eine jüdische Industriellen-Familie in einem Enteignungsprozess „zu gut“ und mutig verteidigte, wurde er kurzerhand verhaftet und blieb ohne Prozess oder irgendeine Erklärung bis Ende 1935 in Haft.

Sofort nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde Hans Koch als Reserveoffizier einberufen – eine beliebte Methode des NS-Regimes, Gegner aus dem gesellschaftlichen Verkehr zu ziehen. Wegen seiner Verwundung kam der 46-jährige Ostpreuße dann aber doch nicht an die Front, sondern fand beim Rüstungsamt des Oberkommandos der Wehrmacht in Berlin Verwendung. So konnte er weiter als Anwalt tätig sein und hatte Verbindung zu zivilen und militärischen Widerstandsgruppen. Die genaue Stellung, die Koch dabei eingenommen hat, kennen wir nicht. Das NS-Regime sah ihn jedenfalls als Gegner an, nach dem 20. Juli 1944 wurde er für kurze Zeit mitsamt Familie verhaftet.



Seine Ablehnung des NS-Regimes war unzweideutig christlich motiviert. Hans Koch ist darum nicht nur ein politischer Widerstandskämpfer, sondern auch ein christlicher Märtyrer. *K.B.*

Gelehrter und Patriot

Forscher und Freiheitskämpfer – Friedrich Gottlieb Welcker

Im hessischen Grünberg erinnert eine Steintafel an der „Alten Kaplanei“ an den am 4. November 1784 geborenen „großen Gelehrten und treuen Patrioten“ Friedrich Gottlieb Welcker. Nicht nur in seiner Vaterstadt ist das Andenken an den geistvollen Altertumsforscher erhalten geblieben, der, für die Beschaulichkeit eines Landpfarrhauses aufgewachsen, über die Theologie und Philologie zum angesehenen Archäologen wurde.

Gerade 19 Jahre alt, erhielt Friedrich Gottlieb Welcker am 23. Dezember 1803 das Doktordiplom und zugleich die akademische Lehrbefugnis. Ernst Moritz Arndt, Johann Gottlieb Fichte und Friedrich Ludwig Jahn waren die geistigen Väter, die in Welcker einen Verbündeten fanden in der Verteidigung des Deutschtums gegen die damaligen Machtansprüche Frankreichs und den höfischen Partikularismus. An den Universitäten rumorte es; Unruhequellen waren die damals verbotenen studentischen Verbindungen. Dem jungen Welcker gelang es, die Unruhen in Gießen zu kanalisieren, so wie er einige Jahre später für die Reformierung des Universitätslebens Beispielhaftes geleistet hat.

Eine Begegnung mit dem großen Gelehrten und Staatsmann Wilhelm von Humboldt führte bald zu einer innigen Verbindung zum Hause Humboldt. Das alte Griechenland und die Ideen der Korrelation von Staat und Individuum waren sicherlich Gesprächsthemen, die zu Harmonie und gegenseitiger Wertschätzung führten. Das Leben mit und um Wilhelm von Humboldt bewirkte aber auch in Welcker, dass ihm sein „Vaterländchen“, wie er Hessen-Darmstadt nannte, für immer zu eng wurde und er sich dem großen Deutschland unter dem Primat Preußens zugehörig und verpflichtet fühlte. 1807 wurde er Lehrer und Erzieher der Humboldtschen Kinder.

Als Welcker, 23-jährig, von Rom nach Gießen zurückkam, war Archäologie so selbstverständlich wie Philologie das Feld seiner Forschung und Lehre. Am 16. Oktober 1809 wurde er zum ordentlichen Professor „der griechischen Literatur und Archäologie“ ernannt, eine Fachbezeichnung, wie sie damals zum ersten Male an einer deutschen Universität verwandt wurde.

In dieser Zeit belastete ihn der „Jammer des Vaterlandes“ immer schwerer. Anfang 1814 meldete sich Welcker mit über 100 seiner Studenten zum hessischen Freiwilligen Jägercorps und wird zum Oberleutnant gewählt.

Nach den Befreiungskriegen trifft er in Kiel den Historiker Friedrich Dahlmann, der die Deutschen aufrief, „der überlebten Diktatur des fürstlichen Absolutismus ein Ende zu bereiten und sich nach dem Muster Englands eine demokratische Verfassung zu erkämpfen“. Welckers Abhandlung „Über die Zukunft Deutschlands“ ging in die gleiche Richtung und erschien 1816 in „Kieler Blätter“. Welcker: „Ein gehörig bestimmtes, weise ausgebildetes Wahlrecht würde die Wohlfahrt Deutschlands dauernder begründen als erbkaiserliche Macht.“ In der Bildung zwischenstaatlicher Gemeinschaften sieht er eine zwangsläufige Beschränkung nationaler Freiheit. Welcker: „Wir müssen von unserer Freiheit viel aufgeben, wenn es der Bildung Europas bedarf … es darf nie über das Notwendige, nie ohne Zweck und Maß sein.“


Friedrich Gottlieb Welcker (1784–1868): Stich von Adolf Hohneck (1812–1879) aus dem Jahre 1840 Bild: Wikipedia

Im Frühjahr 1819 wird Welcker Professor an der neugegründeten preußischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Das Beginnen war schwungvoll und getragen von großen Hoffnungen. Da wurde am 5. Juli 1819 die Beschlagnahme „sämtlicher Papiere“ der „Professoren E. A. Arndt, Welcker senior und Welcker junior“ angeordnet, da sie der Teilnahme oder Mitwisserschaft an geheimen politischen Verbindungen und Umtrieben verdächtig seien. Die so genannte Demagogenverfolgung war in Preußen unerbittlicher als anderswo. Man nannte sie einen Kampf gegen einen „Haufen verwilderter Professoren und Studenten“. Verfolgt waren namentlich die Professoren Arndt und Welcker in Bonn sowie Schleiermacher und Jahn, der Turnvater, in Berlin. Welcker fordert ein Gerichtsverfahren. Wörtlich: „Wir könnten vor eine Militär-Kommission gestellt sein, um in 24 Stunden gerichtet zu werden … Wir würden in jenem Falle uns ergeben im Glauben, dass aus unseren Gebeinen ein Rächer aufstehen würde.“ Die Eingabe schließt sarkastisch: „Wen irgend sein schwerer Beruf verpflichtet, die königlichen Blitze zu leiten, oh, der möge wohl das schuldige Haupt zu finden verstehen.“ In dieser Zeit hielt Welcker Kontakt zum Freiherrn Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein und zu seinem engen Gesinnungsfreund Arndt. Über sechs Jahre dauerten die Qualen der Ungewissheit. Endlich wurde am 17. Oktober 1825 mitgeteilt, dass die „Polizeiliche Aufklärung“ abgeschlossen sei.

> Visionär forderte Welcker schon 1816, »von unserer Freiheit etwas aufzugeben, wenn es der Bildung Europas bedarf«

In all den trüben Jahren war Welcker seinen Verpflichtungen als Forscher und Oberbibliothekar verantwortungsbewusst und mit großem Fleiß nachgekommen. Unter den zahlreichen Werken nahm die „Griechische Götterlehre“ absoluten Vorrang ein. 1863 wurde das 2000 Seiten umfassende, monumentale Werk des fast 80-Jährigen von der Wissenschaft begeistert aufgenommen. Ohne eigentlich krank zu sein, verzehrten sich seine Kräfte. Am 17. Dezember 1868, 9 Uhr abends, starb er in Ruhe und Frieden.

Auf dem alten Friedhof zu Bonn erinnert die Nachbildung einer griechischen Stele mit dem von Robert Cauer aus Marmor geschaffenen Kopfrelief des Verstorbenen an den geistvollen Gelehrten, den aufrechten deutschen Patrioten und den gütigen, liebenswürdigen Menschen Friedrich Gottlieb Welcker.

Zehn Jahre nach dem Tode Welckers wurde ein Denkmal für König Friedrich Wilhelm III. von Kaiser Wilhelm I. auf dem Heumarkt in Köln eingeweiht. Zu dem Ensemble der dargestellten Persönlichkeiten gehören auch Ernst Moritz Arndt und Friedrich Gottlieb Welcker, „als der hervorragende Archäologe der Zeit“. Das Denkmal kündet so auch von den großen Verdiensten unvergessener Persönlichkeiten, die sich der besonderen Gnade des Königs, auf dem Sockel „hoch zu Roß“, nicht immer erfreuen konnten. So gesehen, zeugt dieses Monument auch von einer Art Wiedergutmachung des Hauses Hohenzollern gegenüber Friedrich Gottlieb Welcker und manchen seiner Zeitgenossen, die jahrelang Schmähungen und Verfolgungen zu erdulden hatten, weil sie selbstlos und unerschrocken eintraten für die Einigung und Demokratisierung Deutschlands. *Karl Betz*

Der Verfasser des Beitrags ist Autor einer 191-seitigen Monographie zu diesem Thema, die bei der Buchhandlung Reinhard, Marktgasse 10, 35305 Grünberg, Telefon (06401) 7855, Fax 3107733, für 12 Euro einschließlich Versandkosten bestellt werden kann.

»Auferstanden aus Ruinen«

Wie vor 60 Jahren die »Nationalhymne der DDR« entstand

Gute drei Wochen vor der Gründung der DDR, am 13. September 1949 beriet das Politbüro der SED auch über die Hymne der zu gründenden Republik. Unter dem Stichwort „Deutsche Nationalhymne“ hielt Fred Oelßner im Protokoll fest: „Genosse Ackermann wird beauftragt, mit dem Genossen Johannes R. Becher und dem Komponisten Hanns Eisler über die Schaffung einer Nationalhymne zu sprechen. Frist: 1. Oktober.“

Der 1891 in München geborene Dichter und Politiker war Mitglied des Parteivorstandes der SED und Präsident des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, des späteren „Kulturbundes der DDR“. Insofern war er geradezu prädestiniert für die Schaffung des Textes der DDR-Hymne.

Am 12. Oktober schickte Becher aus bisher noch nicht geklärter Ursache seinen Textentwurf per Einschreiben an den Direktor der Staatlichen Hochschule für Musik in Weimar, Ottmar Gerster, mit der Bitte „ihn musikalisch zu bearbeiten“. Gerster kam der Aufforderung nach und Dichter und Komponist einigten sich auf ein Vorspiel der Gerster-Komposition am 4. November in Ost-Berlin.

Vorher traf Becher jedoch noch Hanns Eisler, den das Politbüro für die Melodie der Staatshymne vorgesehen hatte und der diesem schon deshalb geeigneter erscheinen musste, weil er im Gegensatz zu Gerster während der NS-Zeit emigriert war. Die Gelegenheit zu dem Treffen boten die Feierlichkeiten in Polens Hauptstadt anlässlich des 200. Geburtstages Johann Wolfgang von Goethes. Im Warschauer Hotel Bristol übergab Becher Eisler Ende Oktober seinen Textentwurf mit der Bitte um Vertonung. Noch in Polen, nämlich im bei Warschau gelegenen Geburtshaus Frédéric Chopins, trug Eisler Becher seinen Vertonungsvorschlag auf einem Klavier vor. Becher zeigte sich beeindruckt, wollte sich allerdings nicht festlegen und lud auch Eisler zum Vorspielen für den 4. November nach Ost-Berlin ein.

> Johannes R. Bechers Text wurde gleich zweimal vertont

An jenem 4. November nun trugen beide Komponisten im großen Saal des „Klubs der Kulturschaffenden“ in Berlin-Mitte ihren Vertonungsvorschlag auf dem Flügel vor, dabei unterstützt von einem eiligst aus jüngeren Angestellten der Zentralleitung des Kulturbundes zusammengestellten Chor.

Entscheidend war jedoch das Vorspiel einen Tag später vor dem Politbüro in der Wohnung Wilhelm Piecks in Berlin-Pankow, wobei diesmal neben dem jeweiligen Komponisten zwei professionelle Sänger der Berliner Staatsoper die beiden Versionen vortrugen. Hier fiel die Entscheidung für die Eisler-Melodie. Nachdem das Politbüro entschieden hatte, wurde die Entscheidung der Partei noch am Nachmittag desselben Tages von der Regierung nachvollzogen.

Nach Vorankündigung durch das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ am 6. November wurde das Becher-Eisler-Lied der Öffentlichkeit bei einem Staatsakt der DDR-Regierung in der Berliner Staatsoper aus Anlass des 32. Jahrestages der Oktoberrevolution am 7. November 1949 erstmals als neue Nationalhymne vorgestellt. *Manuel Ruoff*

Der 9. November ist der echte Tag der Einheit

Zu: „20 Jahre friedliche Revolution“ (Nr. 40)

In zu Herzen gehenden Feiern wurde am 3. Oktober des Falls der Mauer vor 20 Jahren gedacht. Wer erinnert sich nicht an die bewegenden Szenen in Berlin und die Freudentränen, die allenthalben flossen? Das geschundene und geteilte Deutschland hatte in einer friedlichen Revolution – nicht zuletzt durch die Gnade Gottes, wie es hieß – zur Einheit zurück gefunden.

Aber das war am 9. November 1989! Nicht am 3. Oktober 1990, als der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nachträglich auch noch de jure vollzogen wurde. Da die Kanzlerin ausschließlich vom Fall der Mauer am 9. November 1989 sprach, wundert es schon, dass nicht dieser Tag zum „Tag der Deutschen Einheit“ bestimmt wurde.

Das Geschehen an diesem Tage ist so einzigartig, dass der Oktobertermin oder andere unangenehme Erinnerungen (9. November 1918, 1923, 1938) dagegen verblassen. Wer kennt überhaupt noch die Fakten dieser drei geschichtsträchtigen Tage? Oder sollte man nicht auch darum den 9. November als „Tag der Deutschen Einheit“ feiern, um gleichzeitig mit der Wiedervereinigung auch an die Höhen und Tiefen in unserem Vaterland zu erinnern. In einer Volksabstimmung votierte das Volk sicher dafür.

Horst Redetzky, Delmenhorst

Starke Studie von Zeidler

Zu: „Symbiose der Geächteten“ (Nr. 38)

Bei diesem Artikel gewinnt man den Eindruck, als sei die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit der Militärs während der Zeit der Weimarer Republik erst jetzt bekannt geworden.

Es gab aber schon 1990 eine 374 Seiten starke Studie von Manfred Zeidler „Reichswehr und Rote Armee 1920 bis 1933“, die 1994 in der Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes erschien und ausführlich über die Kampfflieger-schule Lipezk, die Panzerschule bei Kama und das Gastestgelände bei Volsk berichtet.

Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

Platzeck hegt Linke

Zu: „Der Triumph gehört Platzeck“ (Nr. 40)

Nirgendwo gedeihen die Linken so gut wie in Brandenburg, wo der „Gärtner“ Platzeck sie hegt und pflegt und fleißig gießt. In Brandenburg haben die Linken die SPD bereits hinter sich gelassen. Das mag ja ein Triumph sein, aber nur für wen?

Bodo Holm, Berlin

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



„Napoleon von der Saar“? Oskar Lafontaine wirft sich gern in Pose. Bild: ddp

Lafontaine hat nichts Geniales

Zu: „Oskar retour“ (Nr. 42)

Der Bezeichnung von Oskar Lafontaine als „Napoleon von der Saar“ ist im Grunde zuzustimmen. Wenn aber Ihr Autor Hinrich E. Bues ihm „Genialität“ zuspricht, dann regt sich Widerstand. Ein „Genie“ ist eine Person mit überragender schöpferischer Geisteskraft und ausgerechnet diese hat Lafontaine nicht. Er mag ein guter Rhetoriker und gewiefter Parteistratege sein mit einem gewissen Gespür für taktische Spielchen, doch das hat mit „Genialität“ nichts zu tun.

Lange wurde die Meinung gepflegt, dass ein Genie mögliche neue Welten schafft, damit zum Schöpfer und quasi zu Gott wird, doch dieser verständlichen Selbstüberschätzung allzu vieler Möchtegerngenies hat Immanuel Kant ein Ende gesetzt. Kant beschränkte den Genie-Begriff nur auf Künstler. Wilhelm von Humboldt erweiterte später den Geniebegriff wieder und wandte ihn auch auf herausragende Wissenschaftler an. Ob der inflationären Überhandnahme an Genies klang der Geniekult schon im 19. Jahrhundert allmählich wieder ab. Man sollte ihn nicht im 21. Jahrhundert wieder auferstehen lassen und schon gar nicht in Bezug auf Oskar Lafontaine. Nicht einmal Karl Marx hat es geschafft, als Genie bezeichnet zu werden, ebenso Lenin, Stalin und Mao nicht. „Genies der Macht“? Nein danke!

Wolfgang Thüne, Oppenheim

Denkender muss ewiggestrig bleiben

Zu: „Weil die Masse oft mehr weiß“ (Nr. 38)

Anstelle von „Weisheit der Vielen“ könnte man auch von „Trägheit der Masse“ sprechen, nicht nur im physikalischen, sondern auch im psychologischen Sinne. In beiden Fällen gilt „Masse zieht Masse an“ oder wie Herr Heckel treffend sagt: „Typischer Fall von Herdentrieb“, anwendbar unter anderem auch im politischen Bereich.

Mit etwas Geschichtskenntnis muss man staunen, wie die Masse im vergangenen Jahrhundert von einem System, besser Extrem, ins nächste geschaukelt werden kann. Hervorgerufen natürlich durch besondere Ereignisse, jeweils mit vollem Einverständnis und, wie gehabt, sogar mit Begeisterung. Natürlich spielen dabei die mehr oder weniger geleisteten Errungenschaften eine entscheidende Rolle, auch wenn diese im Nachhinein ins Gegenteil gekehrt werden. Eine Epoche ist eben nur aus der Perspektive der Zeit korrekt zu beurteilen – insofern muss ein Denkender „ewiggestrig“ bleiben.

Unterm Strich bleibt somit nur der Herdentrieb, der bis zur Gehirnwäsche ausarten kann, aber in Gang gesetzt werden muss. Alles war schon wiederholt da. Heute Hosianna, morgen kreuzigt ihn. „Befreiung“ gegen den Widerstand der „Befreiten“ solange, bis der letzte dem Herdentreiber folgt. Andersgläubige sind dann natürlich diese Ewiggestrigen oder schlimmer: Straftäter.

Günter Hagner, München

Beschämender Umgang mit unseren Soldaten

Zu: „Ratlos über Afghanistan“ (Nr. 37)

Es ist ein altes Vermächtnis, dass vor jeder Wahl Polemiken bis zur Lächerlichkeit ausgegraben werden, dass aber ein so ernstes Thema wie der Angriff auf unsere Soldaten beinahe zum Hauptthema werden kann, ist unglaublich.

Für mich und wahrscheinlich auch für andere Wähler hat der deutsche Befehlshaber schnell, korrekt und richtig gehandelt: Es wurden zwei Lastzüge mit explosivem Treibstoff gekapert. Dieser Treibstoff wäre zu Anschlägen auf deutsche Soldaten verwendet worden (das weiß jeder, auch Herr Trittin.)

In jedem anderen Land wäre ein solches Verhalten mit Sicherheit als richtig bewertet und nicht lange diskutiert worden. In Deutschland muss der Befehlshaber froh sein, nicht angeklagt zu werden. Wie beschämend für unser Land.

Ich und sicher viele andere möchten gerne wissen, welche Argumente hätte es gegeben. wenn diese Tankwagen nicht zerstört und zehn oder 20 deutsche Soldaten bei Attentaten ums Leben gekommen oder richtig gesagt: gefallen wären?

Diese unsere jungen Soldaten kämpfen nach Meinung unserer Politiker für unsere Freiheit. Über 30 haben bereits ihr Leben gelassen. Man hat sich in Deutschland sogar geschämt, sie als Gefallene zu ehren. Dieses Thema sollte einmal diskutiert werden. Angeblich kämpfen doch unsere Soldaten, um unsere Freiheit zu sichern.

Diesen Afghanistankrieg hat US-Präsident George W. Bush in seinem Ehrgeiz begonnen, Osama bin Laden zu töten. Er hat ganz Europa mit einbezogen.

Man hätte Osama bin Laden wahrscheinlich schneller beseitigt, wenn man die Milliarden US-Dollar, die für diesen Krieg ausgegeben wurden, für den Aufbau des Landes, für die Beseitigung der Armut, die Demokratisierung und für eine funktionierende Polizeitruppe verwendet hätte.

Ich und sicher viele Menschen quer durch alle Parteien, wir würden uns freuen, unsere Meinung in unserer Zeitung bestätigt zu sehen.

Gerhard Radons, Mannheim

Nur Freundeskreis

Zu: „Mehr Mut zur klaren Meinung“ (Nr. 40)

Darüber haben wir gerade in einem größeren Kreis gesprochen und waren einhellig der Meinung, dass bei uns keine Meinungs- und Pressefreiheit besteht und dass Beeinträchtigungen und Verfolgung fürchten muss (siehe gerade Sarrazin), wer den Mut zu einer eigenen Meinung hat. Wir hörten auch Beispiele von Meinungsunterdrückung und von Ängsten, die als Folge von Machtwechseln begründet aufgetreten sind. Man war auch der Meinung, dass nur im Freundeskreis offen gesprochen wird. Mut ist gut, was ist aber, wenn der Mut zur klaren Meinung vom Staatsanwalt verfolgt wird?

Franziska Herr, Aalen

Stalin wusste, was er tat: Geostrategische Ziele der Sowjetunion unterschlagen

Zu: Leserbrief „Hitler durch Weglassung von Schuld reinwaschen“ (Nr. 40)

Der Leserbriefschreiber unterschlägt in seiner Bewertung den wichtigsten Akteur Josef Stalin vollkommen. Schon am 19. Januar 1925 sprach Stalin auf der Plenartagung des ZK der KP Russlands vom kommenden unvermeidlichen Krieg und gab die Maxime sowjetischer Außenpolitik aus, alles zu tun, um eine „Einkreisung“ der UdSSR zu verhindern. Das wichtigste Ziel in Europa war es, jeder tatsächlichen oder vermeintlichen Annäherung zwischen Großbritannien/Frankreich und Deutschland entgegenzuwirken.

Am 10. März 1939 bewertete Stalin vor dem XVIII. Parteitag der KPdSU das Münchner Abkommen: „Der Gedanke liegt nahe, man habe den Deutschen Gebiete der Tschechoslowakei als Kaufpreis für die Verpflichtung gegeben, den Krieg gegen die Sowjetunion zu beginnen.“

Stalin ersetzte am 3. Mai 1939 seinen Außenminister Litwinow, der auf ein Prinzip der „kollektiven Sicherheit“ mit den Westmächten gesetzt hatte, durch Molotow. Dieser kritisierte in seiner ersten Rede vor dem Obersten Sowjet am 31. Mai 1939 offen die Politik der Westmächte und forcierte sofort die seit Anfang 1938 mit dem Deutschen Reich geführten Wirtschaftsverhandlungen. Seit dem 22. Mai 1939 verknüpfte die sowjetische Führung ein positives Ergebnis der Wirtschaftsverhandlungen mit dem Verlangen nach Klärung der politischen Grundsatzbeziehungen. Am 19. August 1939 ließ Stalin über Molotow den Deutschen einen substantiellen Vorschlag für den geplanten Nichtangriffspakt zukommen und erklärte am 23. August 1939, dass „die Sowjetunion an der Existenz eines starken Deutschlands interessiert ist“.

Das geheime Zusatzprotokoll, das erst während des Nürnberger Prozesses gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher 1945/46 im Wortlaut bekannt wurde, erklärte Ostmitteleuropa zur ausschließlichen Interessenssphäre der beiden Mächte. Die Sowjetunion besetzte Ostpolen (17. September 1939), das Baltikum und griff Finnland (30. November 1939) an. Am 1. August 1940 erklärte Molotow vor dem Obersten Sowjet: „Wir haben viele neue Erfolge gehabt, aber wir beabsichtigen nicht, uns mit dem zufrieden zu geben, was wir erreicht haben.“

Es sollte nun auch Schluss sein mit einer auf Hitler fokussierten Erklärung der Vorgänge in Europa im Sommer und Herbst 1939. Die Sowjetunion hat ebenso wie das Deutsche Reich eigenständige und weitreichende geostrategische Ziele verfolgt. Stalin war nicht gezwungen, im August 1939 mit dem Deutschen Reich zu paktieren.

Dr. Roland Mackert, Sachsenheim

Potsdamer Protokoll bietet keine Legitimation für Vertreibungen

Zu: Leserbrief „Heikles Thema nicht einseitig betrachten“ (Nr. 42)

Dem Leserbrief ist inhaltlich voll zuzustimmen – mit einer gravierenden Ausnahme: „Potsdamer Abkommen“. Die unkorrekte Bezeichnung ist unausrottbar.

Jedermann spricht vom sogenannten „Potsdamer Abkommen“. Dabei hat es ein solches nie gegeben. Es wurde von keiner der beteiligten Mächte ratifiziert. Bekanntlich kann man von einem Abkommen nur sprechen, wenn es ratifiziert wurde. Es ist somit lediglich ein Protokoll – es hat insgesamt 14 Artikel.

Am 2. August 1945 veröffentlichten die Regierungschefs Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten nach ihrem zweiwöchigen Verhandlungsmarathon ein Kommuniqué, das ihre Absicht verdeutlichte, Deutschland zu entmilitarisieren, zu entnazifizieren, zu demokratisieren und zu dezentralisieren.

Wie mir der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages bestätigte, handelte es sich lediglich um ein Protokoll, das bereits wenige Tage nach Abschluss der Konferenz in verkürzter Fassung im „Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland“ veröffentlicht wurde. Was den Nachkriegsstatus Deutschlands betrifft, so legten die großen Drei bereits im Londoner Protokoll über die Besatzungszonen vom 12. September 1944 in Punkt I fest, dass sie Deutschland in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 zum Zweck der Besatzung in Zonen aufteilen würden. Im Potsdamer Protokoll wird von diesem Gebietsstand ausgegangen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang, dass in der Schlacht um Berlin im Verband der Roten Armee auch die erste polnische Armee kämpfte, deren Soldaten bereits am 27. Februar 1945 in Zellin/Oder rot-weiße Grenzpfähle mit dem polnischen Adler aufstellten. Eigenartigerweise begann die Potsdamer Konferenz erst am 17. Juli 1945. Ebenfalls vor Kriegsende, und auch vor der Potsdamer Konferenz, errichtete die polnische Regierung mit Wirkung vom 14. März 1945 in den Oder-Neiße-Gebieten vier Wojewodschaften, denen als fünfte die Wojewodschaft Danzig folgte, die am 20. März 1945 errichtet wurde.

Für die deutschen Heimatvertriebenen sind insbesondere die Artikel VI, IX und XIII schicksalhaft. Das Potsdamer Protokoll bietet keine Legitimation für die Vertreibung aus den Ostgebieten des Reiches. Artikel XIII des Protokolls gestattet Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, die in ihren Ländern zurückgebliebenen Deutschen in humaner Weise nach Deutschland zu überführen. Ich betone, die *in Polen* zurückgebliebenen sind. Tatsächlich lebten in Polen, also in Warschau, Krakau und Lodz, eine Million Deutsche. Artikel IX des Potsdamer Protokolls spricht davon, dass die deutschen Ostgebiete bis zu einem Friedensvertrag der Verwaltung Polens unterstellt werden – nicht mehr und auch nicht weniger.

Ich betone also, man möge Einblick nehmen in das Protokoll, es bietet keine Legitimation für die Vertreibung. Deutschland und der EU sind bis heute nicht bewusst geworden, dass durch die polnischen „Bierut-Dekrete“ mehr als neun Millionen Deutsche vertrieben wurden und ein Viertel des Gebietsstandes der Weimarer Republik davon betroffen ist.

Peter Großpietsch, Königswinter

Wer ist Schuld an Erderwärmungen?

Leserbrief: „Weniger Blätter an den Bäumen erklärt sich durch reduzierten CO_2-Hunger“ (Nr. 38)

Dem Verfasser des Briefes ist voll zuzustimmen, wenn er von „volkspädagogischer Katastrophenberichterstattung“ spricht. Das unverantwortliche Getöse um eine Klimakatastrophe ist erstaunlich.

Unser „Raumschiff“ Erde durchläuft eine Phase der Klimaschwankung, aber wirklich keine Katastrophe. Diese Schwankung ist gekennzeichnet durch eine langsam und stetig steigende Lufttemperatur mit all den daraus resultierenden Folgen.

Schuld daran soll die festellbare Erhöhung des CO_2-Gehalts der Luft sein. Es ist schon sehr gewagt, diese CO_2-Erhöhung als alleinigen Verursacher hinzustellen.

Klimaschwankungen hat es im Verlauf der Erdgeschichte mehrfach gegeben, ohne den Menschen hierfür als Schuldigen benennen zu können. Im Karbonzeitalter (oberes Paläozoikum) gab es unsere Spezies noch nicht auf Erden. Trotzdem herrschte damals Tropenklima mit hohem CO_2-Spiegel und üppigster Pflanzenvegetation, die uns unsere Klohlenflöze bescherte, die die Grundlage für unsere heutige Industrialisierung bilden.

Ich bitte um Erklärung des damaligen hohen CO_2-Spiegels! Obwohl die wirklichen Gründe für die Schwankungen in der CO_2-Konzentrationen der Atmosphäre – außer in einigen Theorien – nicht einwandfrei geklärt sind, sollten wir trotzdem nicht inaktiv bleiben.

Dr. Hans-Joachim Meyer, Alfeld

Das Ostpreußenblatt

Nr. 44 – 31. Oktober 2009

Hipp produziert in Heiligenbeil

Etwa vor einem Jahr wurde in Heiligenbeil mit dem Bau einer Fabrik für Kindernahrung begonnen. Mitte September endlich konnte der erste Betrieb des deutschen Herstellers Hipp in der Russischen Föderation feierlich eröffnet werden. Auf dem Unternehmensgelände befinden sich die Produktionsstätte, eine Kläranlage, Verwaltungsgebäude und Parkplätze. Der Kindernahrungshersteller bietet 50 neue Arbeitsplätze. Ursprünglich waren 120 Stellen in der Sonderwirtschaftszone geplant.

Die Fabrik in Heiligenbeil ist die siebte in Europa. Die Wahl fiel nicht zufällig auf diesen Ort. Vor 70 Jahren schon wollte Firmengründer Georg Hipp eine Fabrik in Heiligenbeil eröffnen, doch der Plan ging nicht in Erfüllung. Sein Nachfahre Klaus Hipp hat ihn nun verwirklicht.

15 Millionen Euro wurden investiert, im ersten Jahr sollen 30 Millionen Gläschen Kindernahrung hergestellt werden, doch schon bald soll die Produktion auf 200 Millionen Stück steigen, mit denen der ganze russische Markt beliefert werden könnte.

Zunächst kommen die Rohstoffe aus Westeuropa, um die strengen ökologischen Normen einhalten zu können. Doch bald schon sollen sie aus der Landwirtschaft vor Ort kommen. Dazu muss Hipp wohl kräftig in die Landwirtschaft der Region investieren. Die Firma garantiert ihren Kunden, dass die Produkte keine Farbstoffe, Konservierungsstoffe oder genetisch veränderte Lebensmittel enthalten.

Mit den ersten Gläschen Kindernahrung aus ostpreußischer Produktion wird im November gerechnet. In den Regalen werden die Produkte erst zwei Monate später zu sehen sein, wenn alle technischen Fragen zum Vertrieb geklärt sind. Produziert werden in Heiligenbeil Babybrei, Säfte und Püree. *Jurij Tschernyschew*

»Zukunft braucht Vergangenheit«

Zweites deutsch-russisches Forum – Ostpreußisches Kulturgut gemeinsam erhalten, Wissen verbreiten



Gemeinsame Heimat: Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, heißt die Gäste willkommen. Bild: MRK

Rund 70 Vertreter von Museen und Archiven, Schulen und Zeitungen aus der Bundesrepublik Deutschland und dem Königsberger Gebiet trafen sich am vergangenen Wochenende in Lüneburg zum zweiten deutsch-russischen Forum. Die von der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) organisierte Arbeitsgemeinschaft will ostpreußisches Kulturgut erhalten und das Wissen um die Kulturgeschichte der Region verbreiten.

Brigitte Stramm, Vorstandsmitglied der LO und Organisatorin des Forums, freute sich, die Gäste in Lüneburg begrüßen zu können. Die traditionsreiche Stadt sei prädestiniert für eine Tagung mit dem Motto „Zukunft braucht Vergangenheit", auch wegen des hier ansässigen Ostpreußischen Landesmuseums, das der Bewahrung historischer und geistiger Werte dient. Bürgermeister Eduard Kolle lobte die Arbeit des Ostpreußischen Landesmuseums und von dessen Direktor Joachim Mähnert und würdigte die Tatsache, dass die Landsmannschaft Lüneburg für ihr Forum gewählt hatte.

Die Idee gemeinsamer deutsch-russischer Kulturforen gründet auf der Erkenntnis, dass die reiche Geschichte Ostpreußens auch mit neuen Bewohnern erhaltenswert sei. Geplant ist, die Ergebnisse des Forums zu veröffentlichen. Mit einem Zitat Ricarda Huchs beendete Brigitte Stramm ihr Grußwort: „Tradition ist Weiterreichen der Glut und nicht der Asche."

Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, appellierte an die russischen Gäste, sich bei ihren Behörden für den Wegfall des Visumzwangs einzusetzen. Dies würde die zukünftige Zusammenarbeit erheblich erleichtern.

Alla Fjodorowa, die Leiterin der russischen Delegation, betonte, dass von russischer Seite die vielfältigsten Institutionen – Museen, Archive, Schulen und Zeitungen – vertreten seien. Das Wichtigste, was alle verbinde, sei die Liebe zur gemeinsamen Heimat.

Anschließend folgte eine Vortragsreihe, die Christoph Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum eröffnete. Er stellte die Forschungsarbeit des Museums in den vergangenen 15 Jahren vor, dazu dessen Wechselausstellungen, aktuelle Arbeiten sowie Buchveröffentlichungen.

Jewgenij Tschernyschew, Historiker der Kant-Universität in Königsberg, gab einen Überblick über die „Denkmalrolle", eine Liste besonders erhaltenswerter Bau- und Kulturdenkmäler. Sie umfasst gegenwärtig 1600 Objekte, von denen sich jedoch nur 20 Prozent in einem zumindest befriedigenden Zustand befinden. Weiter berichtete Tschernyschew über die Perspektiven für die Entwicklung eines „historischen Tourismus" im bis 1991 für Reisende gesperrten nördlichen Ostpreußen. Der Tourismus in dem Gebiet habe sich folglich erst Mitte der 90er Jahre entwickelt. Nach einer

v. Gottberg plädiert für Aufhebung des Visumszwangs

„Nostalgie-Tourismus"-Welle seien die Besucherströme aus der Bundesrepublik etwas abgeebbt, obwohl Gäste aus der Bundesrepublik immer noch eine große Rolle spielten. Die künftigen Schwerpunkte sieht Tschernyschew im Kongress- und Naturtourismus sowie im Wassersport.

Timo Ibsen, vom Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum und deutscher Grabungsleiter, gab einen Einblick in archäologische Ausgrabungen am Beispiel Wiskiauten, Kreis Samland. Hügelgräber südlich von Cranz deuten auf eine skandinavische Siedlung hin, die später von Prußen bewohnt wurde. Genauere Angaben sind im Internet unter www.wiskiauten.eu nachzulesen.

Auf großes Interesse stießen die Ausführungen von Manfred Schwarz, der das Bildarchivprojekt der LO vorstellte. Per Beamer wurde die Internetseite www.bildarchiv-ostpreussen.de auf eine Leinwand projiziert, sodass die Zuschauer am konkreten Beispiel durch das Menü geführt wurden. Die Benutzung ist auch in kyrillischer Schrift möglich.

Anschließend arbeiteten die Teilnehmer in fünf nach Heimatkreisen aufgeteilten Gruppen. Ziel war es, neben einer Bestandsaufnahme von Kulturdenkmälern eine Verteilerliste zu erstellen, um effektiver zusammenarbeiten zu können. An den Tischen entwickelten sich lebhafte Diskussionen. In der knappen Zeit konnten nicht alle Punkte abgehandelt werden. Doch als jede Gruppe ihre Ergebnisse vortrug, zeigte sich, dass man ein Stück weiter gekommen war. Als nächstes wird die Verteilerliste erstellt, auch soll das Internet verstärkt genutzt werden, um über beiderseitige Aktivitäten zu informieren.

Die grenzüberschreitende Kulturarbeit des Forums wird übrigens bisher ohne öffentliche Förderung alleine von der LO finanziert. Das dritte deutsch-russische Forum im kommenden Jahr wird wieder in Ostpreußen stattfinden. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Russisches Manöver beunruhigt Nachbarn

Zur Militärübung »Zapad« (Westen) gehörte auch eine groß angelegte amphibische Landung bei Pillau – Besuch Medwedjews

Zapad" heißt auf Russisch „West" und ist seit Jahrzehnten der Name für das größte Manöver der russischen Marine. Es wird wechselnd in verschiedenen Seegebieten durchgeführt, wobei die eigentlich nicht beteiligten russischen Flotten Einheiten abordnen. Nachdem die Nato mit großem Aufwand 2009 die Übung BALTOPS in der Ostsee abgehalten hatte, fand Zapad 2009 in diesem Jahr vom 18. bis 29. September in der Ostsee und auf dem Festland statt. Nord- und Schwarzmeerflotte hatten Einheiten in die Ostsee verlegt. Die Übung gliederte sich in verschiedene Abschnitte, deren erster – im Beisein von Präsident Dmitri Medwedjew – eine groß angelegte amphibische Landung in der Nähe des ostpreußischen Pillau war.

Die Vorgehensweise erinnerte an Zapad 1981. Zu diesem Manöver hatten damals unter anderem der Flugzeugträger „Kiew" von der Nordmeerflotte und der Hubschrauberträger „Leningrad" aus dem Schwarzen Meer in die Ostsee verlegt. Der Höhepunkt von Zapad 1981 war eine beeindruckende amphibische (Kampf-)Landung am Strand nördlich von Pillau. Zapad 2009 bestand nicht nur aus Marineübungen, sondern setzte sich mit Luftlandungen, Bodenmanövern mit Kampfflugzeugen und Hubschraubern in Weißrussland fort. Dort war Medwedjew mit dem weißrussischen Präsidenten Lukaschenko zugegen.

»Fließende Grenze zwischen Defensive und Offensive« erklärten die Militärs vielsagend

Angesichts der Wahl des Übungsnamens setzten sofort Spekulationen ein. Beunruhigt zeigten sich insbesondere die ostmitteleuropäischen Staaten, die vor 20 Jahren noch Teil des Sowjetimperiums waren. Polen scheint dabei ein schlechtes Gewissen zu haben, denn Warschau ließ in den letzten zwei Jahrzehnten kaum eine Gelegenheit aus, um gegen den östlichen Nachbarn Front zu machen. Aber auch im Baltikum macht man sich Sorgen. Der lettische Verteidigungsminister Imants Liegis sieht das russisch-weißrussische Truppenmanöver als die Übung eines Überfalls auf das Baltikum. Dieses Manöver habe einen politischen Hintergrund, sagte Liegis nach Angaben einer Onlinezeitung. Die russischen und weißrussischen Truppen hätten bei der Übung „das eingekesselte Kaliningrad" befreit, wofür eine Invasion in die baltischen Nato-Staaten simuliert worden sei. Auch der estnische Präsident Toomas Hendrik Ilves zeigte sich sehr beunruhigt und verlangte den Beistand der Nato-Partner. In der Tat ist es fraglich, ob der rasche Beitritt der drei baltischen Staaten zur Nato ohne Rücksicht auf russische Befindlichkeiten klug gewesen ist. Denn besondere Verteidigungsanstrengungen hat keine der drei baltischen Republiken unternommen. Man verließ sich lieber auf die Allmacht der USA. Ob dieser Scheck aber gedeckt ist, erscheint fraglich. Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen warnt vor Hysterie, „die Übung hätte für keinen der Nato-Staaten eine Bedrohung dargestellt."

Womöglich muss die Deutsche Marine bald wieder mehr für die Küstensicherung tun

Offiziell hieß es von russischer Seite: „Die Übungsinhalte deckten ein sehr breites Spektrum ab und reichten von strategischer Abschreckung über die Bewältigung bewaffneter Konflikte bis hin zu Katastrophenhilfe." Russischen Medienmeldungen war leider nicht zu entnehmen, ob die amphibischen Einheiten eine von Küstenverteidigungstruppen abzuwehrende gegnerische Landung simulierten oder eine Kampflandung gegen einen vom Gegner besetzten Küstenabschnitt. Als vorrangiges Übungsziel wurde immer wieder die Gewährleistung der Sicherheit der Russisch-Weißrussischen Union (gegen Bedrohungen „aus dem Westen") herausgestellt. Nach Darstellung des russischen Generalstabschefs waren die Grenzen zwischen offensiven und defensiven Übungsanteilen ohnehin „fließend".

Für die USA und ihre Verbündeten zeigte Zapad 2009 aber ganz deutlich, dass die Illusion von der Beherrschung der Weltmeere ausgeträumt ist. Unter dem Druck der USA hatten verschiedene Nato-Partner ihre U-Jagd-Kapazität abgebaut, um stattdessen Landungsschiffe zu beschaffen. Trauriges Beispiel hierfür sind die Niederlande, die sich von allen 24 Mehrzweckfregatten getrennt haben und nun nur noch sehr eingeschränkt zu einem „richtigen" Seegefecht fähig sind. Die Zeiten des „Kampfes gegen den Terror" mit schlecht gerüsteten Wüstenkriegern im Irak oder Afghanistan gehören für die Nato-Marinen der Vergangenheit an, weil es zur See wieder „richtige" Rivalen wie Russland, China oder Indien gibt. Da Russland einen massiven Ausbau seiner Seestreitkräfte angekündigt hat, steht auch die Deutsche Marine vor der Herausforderung, den Schwerpunkt wieder bei der eigenen Küstensicherung zu setzen, statt Kriegsschiffe weit entfernt vor fremden Küsten patrouillieren zu lassen. *Hans Lody*

Wieder »Memel«

Westermann-Verlag zeigt Einsicht

Nachdem im Diercke-Schulatlas 2008 der deutsche Ortsname „Memel“ durch die litauische Bezeichnung „Klaipeda“ ersetzt worden war, ist der Westermann-Verlag – ganz im Sinne der vom „Memeler Dampfboot“ in seiner Januar-Ausgabe geübten Kritik – zu „Memel“ zurückgekehrt. Wie andere ostpreußische Städte wird Memel nun wieder bei seinem deutschen Namen genannt. Bei Städten jenseits der Grenzen des Deutschen Reiches werden hingegen in der Regel die dortigen, fremdländischen Namen verwandt.

ARD-aktuell sagt stur »Kaliningrad«

Das öffentlich-rechtliche Erste Deutsche Fernsehen hingegen weigert sich, für das einst innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches liegende Königsberg die deutsche Bezeichnung zu verwenden. Die Chefredaktion von ARD-aktuell begründet ihr Verhalten wie folgt: „Auch in der Redaktion von ARD-aktuell löste die Bezeichnung von Städten und Ortschaften, vor allem in Osteuropa immer wieder Diskussionen aus. Oberstes Prinzip für unsere Entscheidung ist dabei Verständlichkeit ... Bei Kaliningrad/Königsberg war die Entscheidung besonders schwierig. Schließlich haben wir im Einklang mit den deutschsprachigen Nachrichtenagenturen beschlossen, den russischen Namen zu verwenden. Er bürgert sich immer mehr ein, auch wenn das alten Königsbergern weh tun mag. Allerdings: Wenn Kaliningrad in einem historischen Zusammenhang erwähnt wird, etwa wegen eines Kant-Jubiläums oder in Erinnerung an die Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, nennen wir neben dem heutigen Namen auch den historischen: Königsberg.“ *PAZ*

Deutsche in Schlesien feiern

Rund 800 Menschen trafen sich am Tag der Deutschen Einheit in Kandrzin

Schätzungsweise 800 Personen nahmen am Tag der Deutschen Einheit am ersten DFK-Tag im Landkreis Kandrzin-Cosel in der Kandrziner Sporthalle teil. Gastgeber und Organisator war der Deutsche Freundschaftskreis im Bezirk Schlesien (DFK)/Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen in der Woiwodschaft Schlesien.

Auf der Veranstaltungen wurden 24 verdiente Mitglieder des Gastgebers mit einer Ehrenmedaille ausgezeichnet. In den Reaktionen der so Geehrten kam Dankbarkeit, aber auch das strukturelle Problem der Überalterung zum Ausdruck. Die Lehrerin Nora Wieland aus Roschowitzwald legt den Finger in die Wunde: „Die Anfänge der Tätigkeit, das war eine große Freude, die Leute vom Roschowitzwald, woher ich stamme, größtenteils Einheimische, ließen sich massenweise in die DFK einschreiben. Dann waren es immer weniger, die Jungen sind zur Arbeit ausgereist, und wir haben uns bemüht, unsere Identität aufrechtzuerhalten.“

Dass auch viele der Geehrten nicht mehr die Jüngsten sind, zeigen folgende Worte von Hubert Herich aus Libischau: „Die Auszeichnung habe ich mit großer Freude entgegengenommen. Weiterhin werden wir uns bemühen, in unseren Ortsgruppen aktiv zu wirken, soweit es die Gesundheit erlaubt.“

Alfons Stein aus Matzkirch, der seit den Anfängen der Freundschaftskreise für die deutsche Volksgruppe in seiner Ortschaft ehrenamtlich arbeitet, klagt, es sei nicht leicht, denn seine Ortschaft gehöre mittlerweile zu jenen, in denen die Mehrheit zugezogen sei.

Zum kulturellen Rahmenprogramm der Veranstaltung trugen Toby und Andrea sowie das Blechquintett der Solisten des Nationalen Symphonieorchesters des Polnischen Radios und Fernsehens sowie der Józef-Elsner-Philharmonie Oppeln bei. Auf einem großen Bildschirm wurde eine multimediale Filmpräsentation des Landkreises gezeigt. Auch haben einige der insgesamt 54 Deutschen Freundschaftskreise im Landkreis die Gelegenheit genutzt, sich und ihre Arbeit vorzustellen.

Angesichts des regen Interesses erwägt der Gastgeber, diese Veranstaltung im nächsten Jahr zu wiederholen. *PAZ*

Deutscher Freundschaftskreis

Der Deutsche Freundschaftskreis im Bezirk Schlesien (DFK), auch „Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen in der Woiwodschaft Schlesien“ genannt, ist eine Organisation der deutschen Volksgruppe. Der DFK ist Mitglied des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und hat seinen Hauptsitz in Ratibor; er gliedert sich in die Kreisverbände Beuthen O.S., Gleiwitz, Hindenburg O.S., Kattowitz, Loslau, Orzesche, Ratibor, Rybnik, Tichau und Teschen. Dem DFK gehören 127 Ortsgruppen an. Der Deutsche Freundschaftskreis im Bezirk Schlesien wurde offiziell am 16. Januar 1990 registriert und engagiert sich im gesellschaftlich-kulturellen Bereich wie der Pflege der deutschen Sprache, Tradition und Geschichte. Informationszeitschrift des DFK ist die „Oberschlesische Stimme“. Sie erscheint seit 1989. *PAZ*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

dem Gesetz der Serie unterliegt anscheinend auch unsere Ostpreußische Familie. Nachdem wir zwei Fragen, die Westpreußen und den späteren Warthegau betrafen, behandelt hatten, liegt nun prompt die dritte auf dem Tisch. Allerdings scheint sie einen Ort zu betreffen, der in dem angegebenen Gebiet nicht zu finden ist. Das ist nicht verwunderlich, denn „Irrtümer mit eingeschlossen“ hatte kürzlich ein Leser so treffend in seinem Antwortschreiben formuliert. Also da schreibt Frau **Waltraud Fleddermann** aus Lindewitt, dass sie den Rat bekommen habe, sich an uns zu wenden, denn niemand konnte ihr bisher helfen, den Geburtsort ihres Vaters zu finden. Der liege im Kreis Kulm, und da ihr Vater 1905 geboren sei, handele es sich also um Westpreußen. So weit, so gut, aber der Name des gesuchten Ortes lautet „Konstantinow“, und dieser ist auf alten wie auf neuen Karten nicht verzeichnet. Nun haben wir über das Internet herausgefunden, dass es zwei Ortschaften dieses Namens gibt: Ein Konstantinow ist als Kreisstadt im russisch-polnischen Gouvernement Sjedlez verzeichnet, ein zweiter Ort als industrielle Siedlung im Kreis Lodz. Man könnte annehmen, dass der Vater von Frau Fleddermann im erstgenannten Ort geboren ist und dann bei der Umsiedlung der Wolhyniendeutschen im Winter 1939/40 in die damals neuen Reichsgaue Warthegau und Danzig-Westpreußen kam. Vielleicht wurde die Familie im Kulmer Land angesiedelt, es kann dadurch bei Frau Fleddermann zu der irrtümlichen Angabe gekommen sein. Dagegen spricht aber die Tatsache, dass die Tochter 1936 in Ostpreußen, und zwar in Schabinen, Kreis Angerapp, geboren wurde. Natürlich besteht noch eine weitere Möglichkeit: Es gab Anfang des 20. Jahrhunderts tatsächlich in Westpreußen eine Ortschaft dieses Namens, die aber auf den uns zur Verfügung stehenden Karten nicht verzeichnet ist. Hier ist also wieder unsere Familie gefordert, die ja bisher auf fast alle ähnlichen Fragen eine – und zwar die richtige – Antwort gefunden hat. (Frau Waltraud Fleddermann, Schulstraße 15 in 24969 Lindewitt, Telefon 04604/1318.)

Kein Wunder also, dass unsere erfolgreiche Sucharbeit weite Kreise zieht, und so kommt aus Kanada eine Suchfrage, die ein Denkmal bei Frankfurt an der Oder betrifft. Das Ehepaar **Klaus** und **Gudrun Wiedenfeld** aus Ontario besuchte auf einer Europareise auch die deutschen Ostgebiete. Hinter Frankfurt bogen sie auf die Autobahn Richtung Breslau ab, und hier erblickten sie ein großes Denkmal, das ihr Interesse erweckte, so dass sie es sich näher ansehen wollten. Und da entdeckten sie etwas Seltsames: Über dem Eingang des turmartigen Gebäudes war die Inschrift ausgekratzt worden Und zwar so gründlich, dass kein Wort mehr zu entziffern war. Zweifellos handelt es sich um ein Denkmal aus der Zeit vor der sowjetischen Eroberung, wahrscheinlich wurde es schon vor dem Ersten Weltkrieg errichtet, wie das im oberen Teil der Vorderseite angebrachte Relief vermuten lässt. Hinter dem Turm befindet sich ein kleineres Gebäude, zu dessen mit Ziegelsteinen vermauertem Eingang zwei Steintreppen hinabführen. Das Ehepaar konnte nirgends einen Hinweis entdecken, anscheinend hat man alle Spuren, die auf die deutsche Vergangenheit hinweisen, radikal vernichtet. Frau Wiedenfeld hat uns nun um Auskunft gebeten, wann, wofür und von wem dieses Denkmal errichtet worden ist. Die konnten wir ihr leider nicht geben, wenn wir auch Vermutungen haben – vielleicht ein Denkmal zur Besiedlung des Oderbruches? –, aber mit Sicherheit werden sich Leser finden, die etwas über diese historische Anlage aussagen können. Antworten können auch an uns gerichtet werden. (Anschrift von Mr. Klaus und Mrs. Gundrun Wiedenfeld, 18 Empress Dr. Kemptville Ont.KOG 1J0, Kanada)

Jetzt aber zurück in das Stammland unserer Ostpreußischen Familie. Zuerst nach Königsberg. Herr **Franz Kluge** aus Tettau hat in einer Autobiographie des Dichters Ernst Wiechert den Namen Kapp gefunden. Es handelt sich nicht um den Juristen und Politiker Wolfgang Kapp, Generaldirektor der Ostpreußischen Landschaft (Kapp-Putsch), sondern um den Studienrat für Physik am Königsberger Hufengymnasium. Der aus einer Gelehrtenfamilie stammende Pädagoge war für Wiechert eine beeindruckende Persönlichkeit. Herr Kluge nimmt an,


Wer kennt dieses Denkmal? Bild: privat

dass Studienrat Kapp auch seinen Vater in den 20er Jahren, als dieser das Hufengymnasium besuchte, unterrichtet hat. Wer kann Näheres über Wolfgang Kapp und seine Familie mitteilen? (Franz Kluge, Lichtenhainer Straße 19 in 96355 Tettau, Telefon 09269/307.)

Es gibt eine unendliche Geschichte, und die heißt „Bernsteinzimmer“. Wohlgemerkt: das Original – ein neues gibt es ja inzwischen –, das seit Kriegsende verschwunden ist und wohl bleiben wird. Was auch die meisten Forscher annehmen, wie die vorherrschende These beweist, dass es in Königsberg geblieben sein muss. Unterschiedlich sind aber die Angaben über die vermeintlichen seinerzeitigen Auslagerungsstätten und deren damaligen Standort. Damit beschäftigt sich auch Herr **Otto Fischer** aus Bad Homburg, der die wichtigsten Publikationen über das Bernsteinzimmer gelesen hat und dabei auf unterschiedliche Angaben über die vermutlichen Lageplätze gestoßen ist. Deshalb fragt er bei uns, ob wir ihm helfen können, und wir reichen die Frage an unsere Ostpreußische Familie weiter. Herr Fischer schreibt: „So wird immer wieder auf einen Bunker III hingewiesen, der angeblich am früheren Steindamm oder in dessen Nähe gewesen sein soll. Eine andere Quelle weist auf einen Bunker in oder nahe der Langen Reihe hin. Es wird auch ein Hochbunker im oder beim Botanischen Garten genannt sowie der Tiefkeller einer Zweigstelle der Stadtbank.“ Herr Fischer möchte nun wissen, wo genau der Bunker III gelegen hat, und ob er mit dem an der Langen Reihe identisch ist. Die angegebenen Plätze liegen ja dicht beieinander. Die Lange Reihe zweigt von dem in der Mitte des Steindamms gelegenen Heumarkt ab und führt zur Neuroßgärter Kirche, die neben dem Botanischen Garten liegt. Sie kreuzt die Wagnerstraße, die über die Drummstraße zum Steindamm führt, auch diese Straßenkreuzung ist als möglicher Bunkerplatz im Visier. Es wird sicher noch Zeitzeugen geben, die den Bunker III oder einen anderen der hier im Klinikviertel liegenden Bunker aufsuchen mussten oder die deren Lage gekannt haben. Genaue Angaben möchte Herr Fischer auch zur Lage der Stadtbankfiliale auf dem Steindamm haben. Er würde sich freuen, wenn wir ihm bei seinen Recherchen helfen würden – na, das sollte doch klappen! (Erich Otto Fischer, Hasselmannring 2 a in 61352 Bad Homburg.)

Klappen wie bei Herrn **Dirk Oelmann**, der auf seiner Suche nach **Werner Kraft** aus Schulitz bei Bromberg dank unserer Familie erheblich weiter gekommen ist. Herr Oelmann schreibt: „Seine Zeit in Dänemark ist gut erforscht. Über sieben Ecken habe ich durch Ihre Zeitung einen ehemaligen dänischen Lehrer kennen gelernt. Er hat mir schon Seiten von Klassenbüchern aus der Zeit von 1937 bis 1945 in Dänemark geschickt. Was sehr interessant ist, da die Adressen und Berufe der Väter der Mitschüler von Werner darin stehen. Das Verrückteste ist, dass er schon zehn Mitschüler von Werner gefunden hat! Das ist schon Wahnsinn!“ Und solche Erfolge will er nun auch bewirken, indem er anderen Suchenden hilft, und da ist er in dem brandneuen Suchwunsch von Frau **Gertrud Bischof** schon ein ganzes Stück weiter gekommen. Es geht um die wahrscheinlich im Jahr 1889 nach Amerika ausgewanderte Familie **Potrafke (a)**, aus deren Chronik wir die dort angegebenen Namen und Daten veröffentlichten. Gesucht wird nach Verwandten der aus Ostpreußen stammenden Familie. Die sind zwar noch nicht gefunden, aber es hat sich eine heiße Spur ergeben, die Herr Oelmann uns vorlegt. Zuerst hat er herausbekommen, dass der Name „Portafke“ etwa 330-mal in 60 Städten vertreten ist, darunter gibt es drei Telefonanschlüsse unter diesem Namen in Deutschland, einen in Polen. Der Unterschied mit dem „r“ im Namen – mal vor, mal nach dem „t“ – spielt keine Rolle. Schon in der Chronik, die in ungelenker, fehlerhafter Schrift verfasst ist, könnte der Name nicht richtig geschrieben sein. Aber nun kommt das Beste: Herr Oelmann hat in Amerika einen **Wayne Portafka** ausfindig gemacht, der Maler und Galeriebesitzer ist. Er schreibt, dass sein Großvater aus Deutschland nach Michigan auswanderte, er hatte in der Nähe der polnischen Grenze gelebt. Der Name kommt vermutlich aus der Ukraine. Ein Teil der Familie soll nach Europa (Polen?) zurückgegangen sein. Wayne Portafka sucht nun Verwandte. Ob und wie dieser Mann mit der in der Chronik nachgewiesenen Familie zusammenhängt, muss geklärt werden. Herr Oelmann – und unsere Familie – bleiben am Ball. (Dirk Oelmann, Bernauer Straße 61 in 16515 Oranienburg, Telefon 0160/97479766, E-Mail: Dirk69Oe@aol.com)

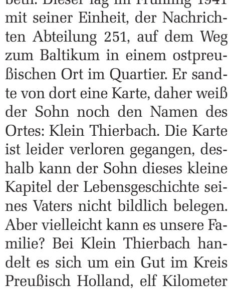
Oliver Fürbeth aus Wetzlar ist dabei, die Familiengeschichte aufzuarbeiten, vor allem den Lebenslauf seines Vaters **Heinrich** Fürbeth. Dieser lag im Frühling 1941 mit seiner Einheit, der Nachrichten Abteilung 251, auf dem Weg zum Baltikum in einem ostpreußischen Ort im Quartier. Er sandte von dort eine Karte, daher weiß der Sohn noch den Namen des Ortes: Klein Thierbach. Die Karte ist leider verloren gegangen, deshalb kann der Sohn dieses kleine Kapitel der Lebensgeschichte seines Vaters nicht bildlich belegen. Aber vielleicht kann es unsere Familie? Bei Klein Thierbach handelt es sich um ein Gut im Kreis Preußisch Holland, elf Kilometer südöstlich der Kreisstadt gelegen. Es gehörte zur Gemeinde Groß Thierbach. Mich macht allerdings stutzig, dass es sich um eine Ansichtskarte gehandelt hat. Gab es diese von einem Gut, das als Sonderheit allerdings eine große Merino-Schafzucht aufwies. Gewöhnlich zeigten ja früher Postkarten von kleineren Orten mehrere Ansichten aus ihrem Bereich wie Kirche, Dorfstraße, Gasthof und besonders schöne landschaftliche Plätze, so könnte auch das Gut auf einer Karte von Groß Thierbach abgebildet gewesen sein. Nun dreht es sich allerdings nicht nur um die Karte, sie ist nur ein Ansatzpunkt für die Fragen von Herrn Fürbeth: Wer erinnert sich an die Einquartierung im Frühjahr 1941, wer besitzt Aufnahmen von dem Gut und seiner Umgebung und kann etwas über die Geschichte dieses Ortes im schönen Oberland erzählen, der heute von den Polen „Gradowko“ genannt wird. (Oliver Fürbeth, Morgenweide 40 in 35578 Wetzlar, Telefon 0163/6534639.)

Noch ein Nachschrapselchen im wahrsten Sinne des Wortes: Es geht um die Kakelinskis. „Ich denke noch heute mit Wonne daran, wie gut sie mir als Kind schmeckten, wenn meine Mutter sie gebacken hat“, schreibt Frau **Gertrud Bürger** aus Bremen. „Sie hat dafür nicht zu weich gekochte Salzkartoffeln vom Vortag durch den Fleischwolf gedreht. Dazu kamen Eier oder nur Eigelb, Mehl und etwas Salz. Sie hat auch ganze Körner Anis untergeknetet, ich mochte die dann ganz besonders gern. Geformt wurden sie wie Klopse, flach und rund in der Pfanne mit Öl gebacken. Noch warm wurden sie mir Muschkeboad – Zucker! – bestreut. Dazu tranken wir Malzkaffee. Eine liebe Bekannte kam dann immer zum Mitessen. Das war in Angerapp (Darkehmen). Ich backe sie manchmal noch heute, doch so gut wie damals, als ich noch Kind war, schmecken sie mir nicht.“ Geht mir übrigens genau so mit meinem als Kind heiß geliebten Klunkermus, liebe Frau Bürger.

Eure

Ruth Geede

Die ostpreußische Familie


Ruth Geede Foto: Pawlik

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 102. GEBURTSTAG

Brandenburger, Berta, geb. **Blank,** aus Ebenrode, jetzt Einsteinstraße 72, 75417 Mühlacker, am 5. November

Krüger, Helene, geb. **Schulz,** aus Schwarzstein, Kreis Rastenburg, jetzt Julius-Tönebön-Stiftung, Fischbecker Straße 31, 31787 Hameln, am 7. November

ZUM 101. GEBURTSTAG

Lyhs, Gertrud, geb. **Pruß,** aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Rosenheimer Straße 49, 83043 Bad Aibling, am 5. November

Torkler, Emma, geb. **Berutta,** aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Rudolf-Breitscheid-Straße 24, 09112 Chemnitz, am 2. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Riddig, Hans, aus Neuhausen, Kreis Königsberg, jetzt An der Bylten 14, 38226 Salzgitter, am 29. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kessler, Elise, geb. **Herrmann,** aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Heinrich-Hausschild-Straße 12, 25336 Elmshorn, am 3. November

Oppermann, Hans-Erich, aus Lyck, Yorkstraße 16, jetzt Am Lindele 72, 73230 Kirchheim/Teck, am 2. November

Sakals, Charlotte, geb. **Stawitz-Stalbert,** aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenweg 47, 37120 Bovenden, am 6. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Wilhelm, Helene, geb. **Schlicht,** aus Battau, Kreis Samland, jetzt Zelterweg 14, 79591 Eimeldingen, am 4. November

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

ZUM 95. GEBURTSTAG

Moritz, Siegfried, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, jetzt Moulineauweg 17, 30966 Hemmingen, am 3. November

Neufert, Charlotte, geb. **Lindemann,** aus Treuburg, Goldaper Straße 26, jetzt Königsberger Straße 26, 63477 Maintal-Dörnigheim, am 7. November

Stark, Ilse, geb. **Ehmer,** aus Ebenrode, jetzt Neuenberg 15, 91629 Weihenzell, am 1. November

Steppukat, Grete, geb. **Viehofer,** aus Ebenrode, jetzt Waldweg 43, 39340 Haldensleben, am 5. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Messerschmidt,, Gerda, aus Danzig, jetzt Birkenstraße 45, 28195 Bremen, am 3. November

Przygodda, August, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, jetzt Nonnenbusch 67, 45770 Marl, am 4. November

Rettkowski, Hedwig, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Wikingeck 2, 24837 Schleswig, am 8. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barkawitz, Gertrud, geb. **Petschulies,** aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Esslinger Straße 44, 70736 Fellbach, am 3. November

Hein, Ida, geb. **Romanowski,** aus Freidorf, Kreis Neidenburg, jetzt Schuhkamp 5, 33803 Steinhagen, am 2. November

Koch, Leni, geb. **Warnick,** aus Sarken, Kreis Lyck, jetzt Wilhelm-Strauß-Straße 78, 41236 Mönchengladbach, am 8. November

Perlbach, Heinz, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Niobeweg 2, 24159 Kiel, am 4. November

Will, Frieda, geb. **Will,** aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dr.-Leonhard-Nimoy-Straße 11, 74731 Walldürn, am 7. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Binz, Hans, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Sandfortskamp 18, 48159 Münster, am 8. November

Dombrowski, Otto, aus Burdung, Waplitz, Kreis Neidenburg, jetzt Kardinal-v.-Galen-Straße 41, 45711 Datteln, am 7. November

Fahle, Erwin, aus Ebenrode, jetzt Hauptstraße 15, 57562 Herdorf, am 2. November

Lischek, Herbert, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Buchenweg 1c, 83071 Schloßberg, am 6. November

Marks, Liesbeth, geb. **Mallasch,** aus Dorschen, Kreis Lyck, jetzt Sonnenhalde 8, 88697 Bermatingen, am 5. November

Plügge, Ditlinde, geb. **Glagau,** aus Drebnau, Kreis Samland, jetzt 12669 Pilgrim St., Mission B.C., V2V6H5 (Canada), am 5. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bubritzki, Elisabeth, geb. **Schrammer,** aus Schnippen, Kreis Lyck, jetzt Am Krähenhof 1, 27729 Axstedt, am 7. November

Hakkel, Gertrud, geb. **Peter,** aus Thiemsdorf, Kreis Samland, jetzt Kronsbruch 3a, 28816 Stuhr, am 2. Nobember

Kirsch, Werner, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Krefelder Straße 145, 47839 Krefeld, am 4. November

Kulinna, Erwin, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Elsenstraße 78, 12059 Berlin, am 4. November

Nippa, Frieda, geb. **Gallus,** aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Vinzenzweg 27, 48147 Münster, am 1. November

Schattauer, Gerhard, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Lindenstraße 22, 51381 Leverkusen, am 8. November

Steger, Ernst-Otto, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Apartado 496, MEX-72000 Puebla, Pue., am 7. November

Wannags, Günther, aus Skomanten, Kreis Lyck, jetzt Friesenstraße 22, 42107 Wuppertal, am 6. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Balzat, Erwin, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Johann-Kruse-Straße 13, 45355 Essen, am 7. November

Bergmann, Anni, geb. **Mau,** aus Treuburg, jetzt Falkenbergsweg 1-3, 21149 Hamburg, am 7. November

Bock, Erna, geb. **Wenskus,** aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, jetzt Tannenweg 14, 24211 Lehmkuhlen, am 6. November

Büchner, Herta, geb. **Loyal,** aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Am Lindengarten 5, 08340 Schwarzenberg, am 6. November

Drewke, Gerda, geb. **Skottke,** aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Begonienweg 1, 21755 Hechthausen, am 5. November

Dulz, Margarete, aus Königsberg, Vorderroßgarten 43/44, jetzt Pfalz-Grona-Breite 29, 37091 Göttingen, am 5. November

Erneke, Liesbeth, geb. **Holz,** aus Uggehnen, Kreis Samland, jetzt Steimkeberg, 31608 Marklohe, am 4. November

Geisler, Edith, geb. **Zielke,** aus Neidenburg, jetzt Auf dem Deiche 10, 25541 Brunsbüttel, am 1. November

Glansdorf, Anneliese, geb. **Parakenigs,** aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Landstraße 9, 21727 Estorf, am 2. November

Jablinski, Ilse, geb. **Chlupka,** aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Pilgrimsweg 7, 53721 Siegburg, am 2. November

Katzmarik, Martha, geb. **Taddey,** aus Windau, Kreis Neidenburg, jetzt Sudetenstraße 42, 35444 Biebertal, am 7. November

Klein, Gerhardt Gustav, aus Gerdauen, jetzt Schnuckenweide 27, 29640 Schneverdingen, am 2. November

Lippik, Paul, aus Gelitten, Kreis Treuburg, jetzt Loewenfelderstraße 17, 46244 Bottrop, am 5. November

Nummert, Karl, aus Strobjehnen, Kreis Samland, jetzt Grenzwinkel 29, 45899 Gelsenkirchen, am 2. November

Paustian, Emmy, geb. **Seidlitz,** aus Borken, Kreis Treuburg, jetzt Ziegeleiweg 19, 40591 Düsseldorf, am 7. November

Prieß, Heinz, aus Godrienen, Kreis Samland, jetzt Rolfshörnerweg 15, 24796 Bredenbek, am 3. November

Raudonat, Fritz, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Allerstraße 15, 45136 Essen, am 3. November

Renisch, Irma, geb. **Gramstat,** aus Ebenrode, jetzt Alte Straße 1, 35641 Schöffengrund, am 6. November

Thiele, Herta, geb. **Alex,** aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt 456 Clifton Street, 94618 Oakland, California, USA, am 3. November

Waldmann, Eva, geb. **Saunus,** aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Laubeggengasse 6, 88131 Lindau, am 3. November

Zimmermann, Marja, geb. **Templin,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Am Tulpenbrunnen 7/163-103, 06122 Halle-Neustadt, am 4. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balk, Rafaela, geb. **Angrik,** aus Ramsau, Kreis Allenstein, jetzt Virchowstraße 11, 49811 Lingen, am 24. Oktober

Bondzio, Günther, aus Goldenau, Kreis Lyck, jetzt Theodor-Zöckler-Straße 10, 29229 Celle, am 5. November

Gill, Harry, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Oskarstraße 15, 45888 Gelsenkirchen, am 2. November

Gleißner, Waltraud, geb. **Friese,** aus Gardienen, Kreis Neidenburg, jetzt Eichelweg 4, 06120 Halle, am 8. November

Goergens, Friedrich, aus Bißnen, Kreis Ebenrode, jetzt Streckenstraße 3, 44145 Dortmund, am 7. November

Grigsdat, Manfred, aus Amttal, Kreis Elchniederung, jetzt Kanalgasse 6, 79379 Müllheim, am 28. Oktober

Guldner, Maria, geb. **Liedmann,** aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, jetzt Schramberger Straße 45, 78045 V. S. Schwenningen, am 3. November

Hallai, Wilfried, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Köhnestraße 10, 45968 Gladbeck, am 1. November

Hartmann, Helene, geb. **Olschewski,** aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Italstraße 1, 37170 Eschershausen, am 3. November

Hoppensack, Erwin, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Hohe Straße 171, 39387 Hordorf, am 6. November

Hornschemeyer, Anny, geb. **Bredow,** aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Liebigstraße 11, 49134 Wallenhorst, am 1. November

Kroll, Grete, geb. **Hennig,** aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Zitter 10, 44149 Dortmund, am 7. November

Kühn, Susanne, geb. **Ruth,** aus Trammen, Kreis Elchniederung, jetzt Auf dem Hüttenflur 6, 55743 Kirschweiler, am 6. November

Künzle, Herbert, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Roßbergstraße 62, 72461 Albstadt, am 1. November

Kurbjuweit, Bruno, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, jetzt Bergstraße 11, 33165 Lichtenau, am 3. November

Lichtenstein, Eduard, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, jetzt Radelandweg 10, 04916 Herzberg, am 1. November

Matschullat, Gerhard, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Mittelweg 42, 25479 Ellerau, am 1. November

Moselewski, Günter, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Hauptstraße 18, 56459 Stockum, am 5. November

Nowack, Erika, geb. **Bahlo,** aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Pinneberger Straße 28, 22457 Hamburg, am 7. November

Preuß, Christel, geb. **Gregorzewski,** aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Seniorenheim, Am Hang 7, 27711 Osterholz-Scharmbeck, am 2. November

Przborowski, Reinhold, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Fronbergstraße 1, 75334 Straubenhardt, am 6. November

Raudies, Hermann, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, jetzt Eisenacher Straße 17, 45699 Herten, am 3. November

Rissling, Ruth, geb. **Reiner,** gesch. **Vanis,** aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Pappelweg 4, 53177 Bonn, am 5. November

Schiffert, Gertrud, geb. **Paprotka,** aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Hohenlohestraße 43, 70435 Stuttgart-Zuffenhausen, am 7. November

Schürmann, Herta, geb. **Baumgart,** aus Lohberg, Kreis Preußisch Holland, jetzt Im Sauerland 15, 49176 Hilter, am 5. November

Schöttke, Bernhard, aus Peyse, Kreis Samland, jetzt Wischhofstraße 32a, 24148 Kiel, am 4. November

Schürmann, Herta, geb. **Baumgart,** aus Lohberg, Kreis Pr. Holland, jetzt Im Sauerland 15, 49176 Hilter, am 5. November

Steinkamp, Wanda, geb. **Großmann,** aus Stauchwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Heggenkamp 19, 46514 Schermbeck, am 4. November

Trybus, Hildegard, geb. **Hardtke,** aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Willy-Sachse-Straße 58 A, 06766 Wolfen, am 1. November

Weylo, Werner, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Hohenrainweg 2, 72290 Loßburg, am 3. November

Wichmann, Rudi, aus Peyse, Kreis Samland, jetzt Schützenstraße 46, 59955 Züschen-Winterberg, am 3. November



Knorr, Fritz, aus Heiligenbeil, Bismarckstraße 61, und Frau Irmtraut, geb. **Ringstorff,** aus Hamburg, jetzt Hasenhöhe 135, 22587 Hamburg, am 4. November



Lange, Horst, aus Buchwalde, Kreis Mohrungen, und Frau Erika, geb. **Krüger,** jetzt Berliner Ring 4, 38518 Gifhorn, am 6. November

Einladung zur Mitgliederversammlung

Lüneburg – Die „Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums e.V." laden zur Mitgliederversammlung Sonnabend, 28. November, 10 Uhr, ins Ostpreußische Landesmuseum, Ritterstraße 10, Lüneburg, ein. Wichtiger Tagesordnungspunkt: Änderung des § 6 Zuwendungen: (Neu) Der Vorstand stellt in der alljährlichen ordentlichen Mitgliederversammlung seinen Haushaltsplan für das folgende Geschäftsjahr vor. Dieses ist den Mitgliedern zu erläutern, kann von diesen geändert werden und muss von ihnen mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen werden. (Stimmen per Vollmacht sind nicht zulässig). Im Rahmen des genehmigten Haushaltsplanes entscheidet der Vorstand.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 31. Oktober, 20.15 Uhr, Bayern: Das Leben der Anderen.

Sonnabend, 31. Oktober, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers letzte Opfer.

Sonnabend, 31. Oktober, 21 Uhr, Phoenix: 1989 – Aufbruch ins Ungewisse.

Sonnabend, 31. Oktober, 21 Uhr, Arte: Rahel – Eine preußische Affäre.

Sonnabend, 31. Oktober, 22.05 Uhr, n-tv: n-tv History – Dschingis Khan.

Sonntag, 1. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 1. November, 20.15 Uhr, 3sat: Das Wunder von Bern – Die wahre Geschichte.

Sonntag, 1. November, 23.40 Uhr, ZDF: ZDF-History – Die Geschichte des Bombenkriegs.

Montag, 2. November, 20.05 Uhr, N24: Mayday – Der Lockerbie-Anschlag.

Montag, 2. November, 21 Uhr, ARD: Schabowskis Zettel – Die Nacht als die Mauer fiel.

Dienstag, 3. November, 21 Uhr, Arte: Wirkstoff Profit – Die Medikamenten-Mafia.

Mittwoch, 4. November, 21 Uhr, 3sat: König Ohneland – Kaiser aller Roma in Rumänien und überall.

Mittwoch, 4. November, 22.05 Uhr, N24: Nürnberg: Görings letztes Gefecht.

Mittwoch, 4. November, 23.30 Uhr, ARD: Propheten und Moneten – Das Milliarden-Geschäft mit Prognosen.

Donnerstag, 5. November, 20.15 Uhr, Arte: Schiller. Historiendrama.

Donnerstag, 5. November, 22.15 Uhr, ZDF: Wie geht's Deutschland? – Bilanz einer Einheit.

Freitag, 6. November, 18.30 Uhr, Phoenix: KGB in Deutschland.

Freitag, 6. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Spanien unter dem Halbmond.

Freitag, 6. November, 20.15 Uhr, WDR: Wie der Hermann in den Teutoburger Wald kam.

Freitag, 6. November, 20.15 Uhr, 3sat: Friedenswege – In den Karnischen Alpen standen sich im Ersten Weltkrieg Truppen aus Deutschland, Italien und Österreich-Ungarn gegenüber.

Freitag, 6. November, 21.30 Uhr, 3sat: Schlachtfeld Meer – Überfischung der Weltmeere.

Freitag, 6. November, 22.25 Uhr, 3sat: Schranken – DDR-Straßensperranlagen.

Freitag, 6. November, 23.30 Uhr, ARD: Schiller. Historiendrama.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch 11. November, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart. Vortrag: „Ostpreußens Bedeutung in der deutschen Politik- und Geistesgeschichte“, Referent: Prof. Dr. Hartmut Fröschle. Der Landesvorstand lädt herzlich zur 5. Veranstaltung der diesjährigen Vortragsreihe ein. Prof. Dr. Hartmut Fröschle, nach jahrzehntelanger Lehrtätigkeit an der Universität Toronto und Gastprofessuren in Minsk, Saratow und Königsberg nach Stuttgart zurückgekehrt, ist Vorsitzender des VDA Landesverbands Baden-Württemberg. Im Mittelpunkt seines Vortrags steht die Bedeutung Ostpreußens und seine vielfältigen Auswirkungen auf die deutsche Politik- und Geistesgeschichte. Bei der Geschichtsbetrachtung ist nach Ansicht von Prof. Fröschle der Wille des Historikers zur Wahrhaftigkeit von entscheidender Bedeutung. In seinem historischen Überblick bemüht sich der Redner um das ganze Bild der Geschehnisse und hofft dazu beizutragen, die der Öffentlichkeit oft nicht bewussten Leistungen Ostpreußens und seiner Geistesgrößen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Es erwartet Sie mit diesem Gang durch 700 Jahre ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion. Der Eintritt ist frei.

Giengen – Heimatnachmittag mit Ehrungen langjähriger Mitglieder. Bei der letzten Zusammenkunft standen Ehrungen langjähriger Mitglieder auf dem Programm. Wilfried Klatt, der Landesvorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft von Baden-Württemberg mit Frau war mal wieder zu Gast. Er nahm auch die Ehrungen vor, sowohl die der Pommern als auch die der Ostpreußen. Uta Lüttich, die Landesvorsitzende der Ostpreußen, war aus Termingründen leider verhindert. Für das musikalische Rahmenprogramm sorgten die Singenden Landfrauen aus Dettingen unter der Leitung von Frau Oswald. Auch Gäste, ein Ehepaar aus Heidenheim fanden überraschend den Weg nach Giengen, um die Gruppe kennenzulernen. Nach einer kurzen Begrüßung aller Anwesenden durch die Erste Vorsitzende der Gruppe, Ursula Gerschewski schloss sich eine Gratulation von Frau Dora Junginger an, die kürzlich ihren 90. Geburtstag feiern konnte. Stellvertretend für die Landsmannschaft überreichte ihr Wilfried Klatt Blumen. Im Anschluss daran sangen die Landfrauen aus Dettingen fröhliche schwäbische Lieder. Es folgte eine Kaffeepause. Mit einem unterhaltsamen Sketch zum Cholesterinspiegel sorgten Gisela Schädel und Gerlinde Broock für Kurzweil. Nochmals erfreuten die Singenden Landfrauen mit ihren Liedern und Texten, unter anderem zum Thema das Wesen der Schwaben, Liebe, Ernte und schwäbische Küche die Anwesenden. Auf vielfachen Wunsch wurden noch einige Zugaben gegeben. Danach nahm der Landesvorsitzende der Pommern, Wilfried Klatt die Ehrungen vor. Für Ostpreußen wurden ausgezeichnet: Die Dankurkunde mit goldenem Dankabzeichen erhielten Günter Buttkus für 36jährige Mitgliedschaft (Kassenprüfer) und Lydia Witt (Witwe des früheren Vorsitzenden Bruno Witt) für 45jährige Mitgliedschaft. Kurt Wietzorek (ehemaliger Kassenprüfer) für 21jährige Mitgliedschaft. Eine Treueurkunde für 56jährige Mitgliedschaft erhielt Ella Brandt. Treueurkunde mit silberner Treuenadel erhielten für elfjährige Mitgliedschaft Gisela Schädel (Zweite Vorsitzende) und Harry Schädel, für zwölfjährige Mitgliedschaft Ursula Gerschewski und Berta Wietzorek für 21jährige Mitgliedschaft. Für Pommern wurden ausgezeichnet: Die Treueurkunde mit goldener Nadel erhielten Kurt Becker (Kassenprüfer) für 24-jährige Mitgliedschaft, Margot Radtke für 56jährige Mitgliedschaft, Martha und Hannelore Meyer (für je 26jährige Mitgliedschaft bei den Nordostdeutschen in Giengen), Gudrun Mau (Vorstandsmitglied und Witwe des langjährigen Vorsitzenden der Gruppe Giengen Rudi Mau) für 29jährige Mitgliedschaft. Die Treueurkunde mit silberner Ehrennadel erhielten Gerlinde Broock (Kassiererin) für neunjährige Mitgliedschaft, Christa Kasischke für elfjährige Mitgliedschaft und Hildegard Keuch für 17jährige Mitgliedschaft. Verhindert waren Kurt Becker, das Ehepaar Wietzorek und Hildegard Keuch, die zu einem späteren Zeitpunkt ausgezeichnet werden.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 4. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Sölch, Hauffstraße, Schwäbisch Hall. Es wird der Film „Kirchen in unserer ostpreußischen Heimat“ gezeigt. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen. – Sonnabend, 21. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum traditionellen Grützwurstessen in der Seniorenanlage „Im Lindach“, Schwäbisch Hall. Elfi Dominik zeigt einen Videofilm von den letzten zehn Reisen nach Pommern, Ost- und Westpreußen sowie Schlesien. Das Grützwurstessen beginnt um 17.30 Uhr. Baldige Anmeldungen an Elfi Dominik, Telefon (0791) 72553. – Sonnabend, 21. November, 15 Uhr, traditionelles Grützwurstessen im Seniorenstift der Bausparkasse „Im Lindach“. Es beginnt mit einem Film „Das schönste aus Elfis Ostpreußenfahrten“, Grützwurstessen ist um 18 Uhr. – Mittwoch, 2. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe „Im Lindach“.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 12. November, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in den „Ulmer Stuben“.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 14. November, 14 Uhr, Treffen am Denkmal auf dem Waldfriedhof zum Gedenken am Volkstrauertag. 16 Uhr, Königsberger Klopse Essen in der „Orangerie“.

Erlangen – Donnerstag, 12. November, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zum Grützwurstessen mit Mundartvorträgen im Freizeitenzentrum Frankenhof, Raum 20. – Bei der letzten Zusammenkunft zeigte Lm. Klingenberg einen ausgezeichneten Film. Mit Musikuntermalung hatte er den Film anschaulich besprochen. Man sah die Frische Nehrung, Kahlberg und viele andere Orte mehr. Besonders anhand von Bildern Elbings vor der Zerstörung, die zerstörte Stadt sowie das wiederaufgebaute Elbing verdeutlichte das Schicksal dieser Stadt. Eine Besichtigung des Frauenburger Doms schloss sich an, und die Zuschauer kamen sogar in den Genuss einiger Ausschnitte eines Orgelkonzertes. Alle waren begeistert und dankten mit Applaus.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 6. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kulturnachmittag im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 12. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Altdeutschen Bierstube“, Marienstraße, Hof. Thema: „Seedienst Ostpreußen“. – Der Erste Vorsitzende Christian Joachim freute sich, eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Gästen an den herbstlich geschmückten Tischen zum Erntedank begrüßen zu können. Nach einem gemeinsam gesungenen Lied erinnerte Hildegard Drogomir traditionsgemäß an einen Prominenten, diesmal an den ermländischen Bildhauer Georg Fugh. Seine Werke sind heute noch zu bewundern, wie zum Beispiel die lebensgroße Bronze des Trakehners „Hessenstein“ in Bad Pyrmont, sein „Einhorn“ vor der Wittorfer Schule in Neumünster oder die Büsten von Agnes Miegel, Kant und Copernicus. Seine Gedanken zur Ernte in Ostpreußen im Wandel der Jahrhunderte führte Christian Joachim aus: Seien es die Früchte des Waldes, die Ernteerträge der Felder, die großen Viehbestände, aber auch von großen Anstrengungen und Entbehrungen bis die Ernte eingebracht war, nie wurde vergessen, für die Gaben des Himmels und der Ernte zu danken, das trockene Roggenbrot gab Kraft, die Bauernhöfe zu erhalten. Kreisbäuerin und Kreisrätin Karin Wolfrum gab als Referentin Einblick in die wirtschaftliche Situation auf den hiesigen Höfen. Die eigenen Tiere und Äcker sicherten das Auskommen auf dem Bauernhof. Es ist ein karges Land, das zu bewirtschaften ist, aber der Erntetag wird mit dem Kirchgang und einem Geflügelessen gefeiert. Mit einer heiteren Geschichte vom Heimatdichter Otto Knopf schloss die Rednerin. Es war ein interessanter, fesselnder Vortrag, der mit großem Beifall bedacht wurde. Viele Fragen gab es dazu noch zu beantworten.

Kitzingen – Sonntag, 1. November, Kranzniederlegung am „Kreuz der Vertriebenen“ auf dem „Neuen Friedhof“, Kitzingen.

Landshut – Dienstag, 3. November, 13.30 Uhr, Treffen der Gruppe am Hauptfriedhof, Eingang Marschallstraße, zum Gedenken der verstorbenen Landsleute. Anschließend (15 Uhr) Treffen im Café Himmel, hinteres Stüberl.

Memmingen – Sonntag, 1. November, 10.15 Uhr, Totengedenken zu Allerheiligen auf dem Waldfriedhof.

Weiden – Sonntag, 1. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Heimgarten“.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 30. Oktober, 19 Uhr, gemeinsames Abendessen (Hering mit Pellkartoffel) im Gasthaus Engel-Stuben, Bahnhofstraße, Gunzenhausen. Dazu gibt es „Neue Bilder und Berichte aus Danzig, Westpreußen und Pommern“, aktuelle Berichte der Teilnehmer der Danzig-Reise.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: bdvberlin@cityweb.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 8. November, 15 Uhr, Stammhaus, Rohrdamm 24 b. 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 11. November, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 102, 10963 Berlin, Referat über Ostpreußen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 771235.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremen – Mittwoch, 4. November, 16 Uhr, Literarischer Nachmittag: „Elsa Faber von Bockelmann, Märchen und Begegnungen“ im Hotel zur Post, Raum Indonesien/Equador, Bahnhofsplatz 11. Elsa Faber von Bockelmann, geb. 1890 in Danzig, gestorben 1980 in Göttingen, wurde im Ersten Weltkrieg Krankenschwester und kam auf die Idee, neben ihrer Pflege den Verwundeten eigene Märchen zu erzählen, die sie später in Büchern und auf Schallplatte veröffentlichte. Nach dem Ersten Weltkrieg zog sie durch Ostpreußen und verdiente ihr Geld als Märchenerzählerin und wurde so in West- und Ostpreußen als Danziger Märchenfrau bekannt. 1963 wurde sie mit dem „Kulturpreis Danzig“ ausgezeichnet. Gesine Reichstein (Übersetzerin und Redakteurin der Plattdeutschen Nachrichten/Radio Bremen) wird Kostproben dieser Danziger Märchen und die im „Wandertagebuch einer Märchenfrau“ beschriebenen Begegnungen in Dörfern und Kleinstädten Ostpreußens der 20er Jahre vortragen und über heutige Reflexionen dieser Literaturform berichten. Eintritt: 10 Euro, hierin ist die Bewirtung mit einem Stück Torte und Kaffee/Tee enthalten. Die Geschäftsstelle der Gruppe befindet sich in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon 3469718. – Donnerstag, 12. November, 12 Uhr, lädt die Frauengruppe alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft zum Entenessen wieder in die „Hermann Post“, Oberneulander Landstraße 163. Haltestelle „Oberneulander Heerstraße“ der BSAG-Linie 33 (verkehrt zwischen Horner Kirche und Sebaldsbrück) ein. Es gibt Hochzeitssuppe und Ente satt mit Beilagen. Preis pro Person und Essen: 17 Euro. Anmeldung bei Frau Richter, Telefon 405515, bei der Wandergruppe oder in der Geschäftsstelle (Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon 3469718, auch auf Anrufbeantworter). Eine Vorkasse ist nicht erforderlich.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 14. November, 10 Uhr (Ende 17 Uhr), **Christkindelmarkt aller ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften** im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke beziehungseise U3-Station Rödingsmarkt). Die Besucher erwartet ein reichhaltiges Angebot an heimatlichen Spezialitäten und diverser Literatur. Die Landesgruppe ist mit ihrem Stand vertreten und freut sich auf Ihr Kommen.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Sonnabend, 28. November, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in Hamburg wohnen. Gemeinsam will man sich mit Gedichten, Liedern und Geschichten auf das kommende Weihnachtsfest einstimmen. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab U-Bahn Billstedt, U-Bahn Wandsbek-Markt und U-Bahn Hammer-Kirche, bis Bauerberg. Von dort sind es nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldungen bis zum 27. November bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 4. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Im grauen Monat November gibt es einen Dichter- oder Videovortrag. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Sensburg – Sonntag, 8. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Fortsetzung von Seite 16

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 3. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg. Kulturveranstaltung nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Hanau – Mittwoch, 11. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Kassel – Dienstag, 10. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum beliebten Grützwurstessen im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Erforderliche Anmeldung bei Frau Hebaum, Telefon 311729. Anschließend liest Ruth Barthel wieder originelle Tiergeschichten aus der Heimat.

Wetzlar – Montag, 9. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128. Charlotte Kaufmann hält einen Vortrag über die „Geschichte und die Verarbeitung von Bernstein“. – Einen kulturhistorischen Einblick in die Geschichte der „Schucke“, wie die Kartoffel im ostpreußischen Dialekt genannt wird, hat die Kulturbeauftragte der ost- und westpreußischen Landesgruppe, Karla Weyland, vermittelt. Die Kartoffel, ursprünglich im südamerikanischen Andengebirge beheimatet, ist neben Weizen, Reis und Mais, das wichtigste Nahrungsmittel der Welt. Auf europäischem Boden sei das Knollengewächs erstmals auf der irischen Insel Anfang des 17. Jahrhunderts angebaut worden, ehe es seinen Siegeszug auf dem Kontinent antrat. Friedrichs der Große (1712–1786) hatte in Preußen seinen Bauern den Kartoffelanbau verordnet und setzte dieses auch mit Nachdruck durch. Wie notwendig der persönliche Einsatz Friedrich des Großen für den Kartoffelanbau war, zeigte eine Eingabe von Kolberger Bürgern an den Landesherrn. Karla Weyland zitierte aus dem Schreiben aus dem Jahre 1774: „Die Knollen haben weder Duft noch Geschmack, nicht einmal Hunde wollen sie fressen, was sollen sie uns nützen?“ Längst haben die inzwischen 4000 auf dem Markt befindlichen Kartoffelsorten ihren gesundheitsfördernden Nährwert bewiesen.

Wiesbaden – Dienstag, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Helga Laubmeyer hält einen Diavortrag über eine Reise nach Ostpreußen und zeigt Bilder ihrer Heimatstadt Heiligenbeil. – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35. Unter dem Titel „Warum lässt man alles verfallen ...?“ erzählt Peter Gutzeit vom Untergang des Ritterguts seiner Eltern in Groß Polleiken und berichtet über die Situation im nördlichen Ostpreußen. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. – Mit einer Ansprache von Pfarrer Dr. Holger Saal, Gedichten rezitiert von Helga Kukwa und Lieselotte Paul, und Liedvorträgen des Frauenchores unter der Leitung von Ehrentraud Gerlach feierten die Mitglieder und Gäste das Erntedankfest. Im Mittelpunkt stand der liebevoll hergerichtete Erntetisch, flankiert von den Wappen Ost- und Westpreußens und geschmückt mit einem originalgetreuen Kurenwimpel. Unter den vielen Erntegaben wie zum Beispiel Kartoffeln, Weintrauben und Brot lag auch Königsberger Marzipan von der hiesigen Konditorei Gehlhaar, die früher in Königsberg ansässig war. In seiner Begrüßung ging der Vorsitzende Dieter Schetat, angesichts der Erntegaben, auf die Güte Gottes ein. Unter den Gästen Landtagsabgeordnete Astrid Wallmann, Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel, Stadtrat Manfred Laubmeyer, der Vorsitzende der Marktkirchengemeinde Eberhardt Krause und die Ehrenvorsitzende der Landesgruppe, Anneliese Franz. Dank gesagt wurde auch den Mitgliedern Dr. Hermann Pauls und Erhard-Werner Jelonnek, die für ihre Mitgliedschaft von über 25 Jahren das Treuezeichen in Gold erhielten. Für mehr als 20jährige Zugehörigkeit überreichte Anneliese Franz das Treuezeichen in Silber an Erika Borutta und Traute Bauer. Das Vorstandsmitglied Reinhard Kayss wurde für seine engagierte Arbeit mit dem silbernen Ehrenzeichen der Landesgruppe Hessen ausgezeichnet. In Preußen galt der Erntedanktag seit 1773 als offizielles Fest. Der preußische König Friedrich II. hatte den Dank-Tag durch einen Erlass eingeführt und ihn auf den ersten Sonntag nach Michaeli (29. September) festgesetzt. Und noch etwas ist mit dem Preußenkönig verbunden: die Einführung der Kartoffel in Preußen durch ihn. „Unvergessen bleiben mir die Tage in den Nachkriegsjahren“, erinnerte sich Dieter Schetat. In den ländlichen Gegenden ging man auf in den ländlichen Orten auf die geernteten Kartoffelfelder und suchte nach zurückgebliebenen Kartoffeln. Manchmal wurde dabei nicht einmal ein Korb oder Eimer voll. Zu viele waren mit derselben Absicht unterwegs. Am Ende der Veranstaltung wurden all die schönen Erntegaben verlost, und jeder Besucher konnte etwas mit nach Hause nehmen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 31. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Großes Herbsttreffen der Ostpreußen in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48–49 / Nähe Markt, statt. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten herzlich eingeladen. Das Kulturprogramm gestalten der Shanty-Chor „De Klaashahns“ Rostock-Warnemünde mit Seemannsgarn und -liedern, der Heimatchor Ducherow und Ostpreußensänger „BernStein“. Mit dem Harmonika-Duo Ulla & Willi ist wieder gemeinsames Singen angesagt. Außerdem gibt es Informationen zum Landestreffen in Neubrandenburg, und die Johanniter-Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“ wird gestartet. Die Heimatkreise sind wie immer ausgeschildert. Für das leibliche Wohl mit Königsberger Klopsen, Kaffee und Kuchen sowie der obligatorischen Saalrunde Bärenfang ist gesorgt. Parkplätze sind in der Nähe.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Dienstag, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Ratskeller Göttingen.

Helmstedt – Donnerstag, 5. November, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 12. November, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 12. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4, Helmstedt. – Sonnabend, 14. November, 12.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Volkstrauertag auf dem St.-Stephani-Friedhof.

Oldenburg – Mittwoch, 11. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten, Oldenburg. Auf dem Programm steht ein Diavortrag: „Unbekanntes Arabien. Ein Besuch in Dubai“. Es berichtet das Ehepaar Detlef und Renate Lubenau. – Der Monat Oktober ist dem Erntedank gewidmet und dazu hatte sich die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen die Ernte in der Heimat zum Thema genommen. Der Dialog einer ostpreußischen Marktfrau aus Königsberg mit einer Kundin in ihrer neuen Heimat Oldenburg beschrieb die Ernte über das ganze Jahr: vom Sauerampfer im Frühjahr über das Heuen, die Kornernte bis zur Obst- und Kartoffelernte im Herbst. Untermalt von Gedichten und ergänzt von ostpreußischen Ernteliedern, sowohl selber gesungen als auch von der CD, umrahmte ein unterhaltsamer Nachmittag den reichhaltigen Erntedanktisch, gedeckt mit vielen Gaben unserer Gärten. Dieser Basar wurde zügig in der Pause abgewickelt und fand viel Interesse, so dass nichts übrig bleib. Der Nachmittag ging kurzweilig und schnell vorbei und endete mit Herbstliedern und dem Ostpreußenlied.

Rinteln – Donnerstag, 12. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42 in Rinteln. Dr. Hans-Walter Butschke wird zum Thema „Die Überlebensstrategien in der Tierwelt für den Winter“ referieren. Neben den Mitgliedern sind Freunde und Interessierte als Gäste herzlich willkommen. Informationen über die landsmannschaftliche Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 2. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Weilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 5. November, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Weilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 12. November, 15 Uhr, „Ostpreußisch Platt“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Dienstag, 3. November, 19 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74. Vortrag von Axel Voss, MdEP, über: „Lissabon – Karlsruhe – Wohin führt der Weg der EU?“

Düsseldorf – Freitag, 30. Oktober, 19 Uhr, Konzert des „Archaeus-Ensemble“ aus Bukarest, Eichendorff-Saal, GHH. – Sonnabend, 31. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest mit der Wesler Volkstanzgruppe „Silesia“, der Düsseldorfer Chorgemeinschaft und der Musikkapelle „Freunde der Volksmusik“ im Eichendorff-Saal, I. Etage, GHH. Eintritt 8 Euro. – Mittwoch, 4. November, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Mittwoch, 4. November, 19 Uhr, Prof. Dr. Helga Grebing stellt das Buch „Willy Brandt – Der andere Deutsche“ vor, Eichendorff-Saal, GHH. – Donnerstag, 5. November, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH.

Gütersloh – Montag, 2. November, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Donnerstag, 5. November, 15.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Güterloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9. Interessierte Frauen und Männer sind stets willkommen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Montag, 9. November, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Donnerstag, 5. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Kolpingtreff.

Wesel – Sonnabend, 14. November, 16 Uhr, Ostdeutscher Kulturabend der Gruppe in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Die Gruppe wird ihr 55jähriges Bestehen mit einem ansprechenden Programm durch. Die musikalische Umrahmung der Veranstaltung, sowie die besinnlichen gesprochenen Worte über die Heimat, werden vom Sing- und Mundharmonikakreis gestaltet und ausgeführt. Festredner ist der Vorsitzende der Landesgruppe Jürgen Zauner. Ehrungen für 25 und 40 Jahre Mitgliedschaft stehen an. Festessen: geräucherte Gänsebrust-Schnittchen. Verbindliche Anmeldung bis zum 7. November an H. Koslowski, Telefon (0281) 64227, oder U. Paehr, Telefon (0281) 1637230.

Wuppertal – Sonnabend, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Viktoria-Haus, Neumarkt 2. – Mit einer Matinee beging die Gruppe ihr 60jähriges Bestehen. Das Rednerpult war mit dem Königsberger Wappen geschmückt und um den Bühnenrand standen die von der Handarbeitsgruppe gestickten Wappen ostpreußischer Städte. Die Erste Vorsitzende Renate Winterhagen begrüßte Vertreter der Stadt Wuppertal, unter anderem den Oberbürgermeister Peter Jung, den Vorsitzenden der Landesgruppe Jürgen Zauner, mit Vorstandsmitgliedern, sowie Abordnungen der befreundeten Landsmannschaften aus der Umgebung und Wuppertal. In ihrer Totenehrung gedachte sie der Opfer von Flucht und Vertreibung und der im Westen Verstorbenen. Einfühlsam und gekonnt trug der Konzertpianist und Dozent an der Folkwangschule Essen, Arthur Keilmann, Kompositionen Chopins vor. Jürgen Zauner gratulierte der Gruppe und sprach über das Unrecht der Vertreibung aus Ostdeutschland und dem Sudetenland. Renate Winterhagen berichtete über die Entstehung der Gruppe in einer für alle schwierigen Zeit vor 60 Jahren. Jeder Vorsitzende setzte andere Akzente, hatte neue Ideen. Unter dem Vorsitz von Walter Stark wurden die ersten Bälle in den Zoo-Sälen veranstaltet. Gerhard Keppke legte Wert auf kulturpolitische Arbeit und Betreuung der Aussiedler. Dora Kalkhorst hat, neben anderen Veranstaltungen Kinderfeste organisiert und sich um eine Begegnungsstätte für alle Landsmannschaften mit Erfolg bemüht. Ein voller Erfolg war auch der Besuch eines Chores Deutschstämmiger aus Memel im Jahre 1992. Margarete Caspar, die nächste Vorsitzende, hatte zuvor schon 20 Jahre besonders aktiv in der Aussiedlerbetreuung gewirkt, tat dies auch mit großem Engagement weiter neben ihrer Tätigkeit als Vorsitzende. Leider mussten die Vertriebenen nach zehn Jahren das gastliche Haus im Stennert verlassen und bekamen andere Räume. Frau Winterhagen hat in ihrer reizenden, charmanten Art dem Oberbürgermeister und die Stadtverordneten an ihr Versprechen erinnert, Haltemöglichkeiten für Pkw zum be- und entladen zu schaffen. Desweiteren hat sie, ohne die Leistungen der Älteren zu schmälern, geschickt die jüngeren Leute im Vorstand persönlich vorgestellt, somit demonstrierte sie, dass die Zukunft der Gruppe gesichert ist. *(Aufgrund eines technischen Übermittlungsfehlers, sind Teile dieses Artikels schon in der Folge 41 zum Abdruck gekommen).*



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 7. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Freitag, 6. November, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zum Gänsekeule-Essen in der Gaststätte Mayer Bräu, Schillerstraße, Ludwigshafen-Oggersheim.

Mainz – Freitag, 30. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 7. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Diavortrag über Königsberg im Blindenzentrum, Untere Zahlbacher Straße 68, 55131 Mainz. Anschließend Grützwurstessen. Anmeldungen bei Frau Biniakowski, Telefon (06131) 5843947.

Neustadt a.d.W. – Sonnabend, 14. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Klaus Trautmann

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Adventsfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 30. November bis 7. Dezember 2009 findet im Ostheim wieder die alljährliche Adventsfreizeit statt. In dieser vorweihnachtlichen Zeit wollen wir zusammen ein Stück auf die Weihnachtszeit zugehen. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen und einem Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark lädt zu einem Bummel ein. Bei den täglichen Kurkonzerten finden Sie angenehme Entspannung und Unterhaltung. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein. Am letzten Abend stimmen wir uns mit einem „Adventsabend“ auf das kommende Weihnachtsfest ein. Für diese siebentägige Adventsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 337 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 291,50 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax: (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

hält einen Vortrag: „Wir wollten im heutigen Ostpreußen leben.“ Ein Fernsehen-Team begleitete Trautmann, als er sich mit seinen Angehörigen und vielen Rindern in einem Konvoi in den nördlichen Teil Ostpreußens begab. Mit seinem Vortrag schaut er auf diese Zeit zurück.



SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826.

Landesgruppe – Sonnabend, 31. Oktober, 10.30 Uhr, Neuwahl des Landesvorstandes im Chemnitzer „Platner Hof“, Platnerstraße 35. Alle Delegierten sind recht herzlich eingeladen.

Dresden – Dienstag, 3. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der BdV-Begegnunsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden. Dr. Gresch referiert über „Ostpreußen und die Reformation des Franzosen Calvin“.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 4. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben. – Donnerstag, 12. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Wahl im „Bestehornhaus“, Heknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 2. November, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14. – Montag, 9. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Gedenken der Kriegstoten im „Krötenhof“.

Magdeburg – Dienstag, 3. November, 13.30 Uhr, Treffen der Handarbeitsgruppe „Stickerchen“ in der Immermannstraße 19. – Dienstag, 3. November, 16.30 Uhr, Vorstandssitzung im „SV Post“. – Freitag, 6. November, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 8. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte SV Post.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – „Erntedank“ war das Thema der letzten Zusammenkunft, passend dazu stand auf der herbstlichen Kaffeetafel ein Korb mit Äpfeln. Nach der Begrüßung durch die Zweite Vorsitzende gedachte die Gruppe ihres Mitgliedes Ilse Feddern. Diese war am Abend zuvor verstorben. Sie war immer gern bei der Gruppe, und trug auch zum Gelingen der Nachmittage bei. Dann las Giesela Brauer das „Herbstlied“ von Friedrich Hebel und ihren Beitrag „Unser täglich Brot gib uns heute“. Anschließend ging Katharina Makarowski zum goldenen ostpreußischen Humor über. Dazu gehörten auch Witze und Rätsel. Richtiges Raten wurde mit einem Apfel belohnt, und da konnte Erna Drescher mit ihrem Scharfsinn gleich viele Äpfel für sich verbuchen. Zum Abschluss las Georg Baltrusch die Schmunzel-Geschichte „Wo liegt Deutschland?“. Dabei geht es um die Kümmernisse eines Beamten, der aus dem „Reich“ ins tiefste Ostpreußen strafversetzt wurde und sich dort mit den Menschen, ihren besonderen Familiennamen und ungewöhnlichen Ortsnamen plagen muss.

Bad Schwartau – Mittwoch, 11. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Samos“, Eutiner Ring 7, 23611 Bad Schwartau. Harald Breede wird aus Königsberg (Kaliningrad) berichten.

Neumünster – Mittwoch, 11. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Restaurant am Kantplatz“. Anna-Luise Hansen berichtet in Wort und Bild von ihrer Russland-Erlebnisreise. Gäste sind herzlich willkommen. – Der Erntedank-Nachmittag wurde nach der Begrüßung von der Vorsitzenden Brigitte Profé mit einem Gedicht von Agnes Miegel eingeleitet. Die reichlich und gut geschmückten Tische und die Erntedankgaben erfreuten wieder die vielen Mitglieder und Gäste. Gerd Höpfner grüßte alle, die Geburtstag hatten, und das Geburtstagsständchen, begleitet von Nora Kawlath auf dem Akkordeon, durfte nicht fehlen. Nach der Kaffeepause trug Brigitte Profé einige Gedichte vor, die sich alle auf Erntedank bezogen. Danke für die Ernte, sie war der ursprüngliche Anlass für die vielfältigen Dankfeste in den Kulturen der Menschheit. Heute, wo so unendlich vieles gefährdet ist, weiß man, dass man so vieles in die Achtsamkeit und Dankbarkeit einbeziehen sollte: die Luft, das Wasser, den Frieden und die Freiheit. Viele Lieder mit musikalischer Begleitung lockerten den Nachmittag auf. Die „Küchen-Weisheit“ wurde den Besuchern noch mit auf den Heimweg gegeben. Sagte die Kartoffel zum Spargel: „Ich verstehe nicht, warum du teurer bist. Ich bin doch viel dicker und schwerer als du.“ „Ja“, sagt der Spargel, „aber dafür habe ich Köpfchen!“ Und wieder gab es ein lustiges „Vertellchen“ zum Abschluss von Gerd Höpfner.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Geschäftsstelle und Archiv sind umgezogen – Im Erweiterungsbau des Instituts für Heimatforschung befand sich seit dem 13. Mai 1988 auch unsere Geschäftsstelle mit dem Archiv der Kreisgemeinschaft. Das war eine gute Lösung. Diese Zeit ist nun mit dem erfolgten Umzug in – uns vom Landkreis Rotenburg (Wümme) zur Verfügung gestellte – Ersatzräume in der Innenstadt von Rotenburg (Wümme) als Zwischenlösung zu Ende gegangen. Der Verein Heimatbund war finanziell nicht mehr in der Lage die Personal- und Unterhaltungskosten für das Gebäude am Schloßberg 6 in Rotenburg (Wümme) zu tragen. Bereits vor längerer Zeit war die von der Universität Göttingen getragene wissenschaftliche Arbeit eingestellt worden. Die Aufgaben des Instituts für Heimatforschung werden künftig vom inzwischen gegründeten Verein der Freunde des Archivs für Heimatforschung Rotenburg (Wümme) e. V. in anderer Form ehrenamtlich fortgesetzt. Unsere Geschäftsstelle mit Archiv wird nach einem noch vorzunehmenden Um- beziehungsweise Erweiterungsbau durch den Landkreis am Weicheler Damm, Rotenburg (Wümme), neue Räume erhalten. Bis dahin ist unsere Geschäftsstelle mit Archiv in vom Landkreis gemieteten Räumen, Große Straße 49 (Kaufhaus Vögele), Rotenburg (Wümme), untergebracht. Aus Platzgründen musste einiges im Aktenkeller des Hauses eingelagert werden. Ludmilla Mischok, die bisher im Institut für Heimatforschung als Teilzeitkraft tätig war, wird künftig sowohl für den Verein der Freunde des Archivs für Heimatforschung als auch für die Angerburger als Ansprechpartnerin an folgenden Tagen zur Verfügung stehen: dienstags von 9 bis 17 Uhr, mittwochs von 9 bis 12.30 Uhr und donnerstags von 9 bis 17 Uhr. Ab sofort sind wir unter folgender Anschrift zu erreichen: Kreisgemeinschaft Angerburg e. V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100 (Landkreis), Fax (04261) 983883100 (Landkreis). Für etwaige Unzulänglichkeiten, die sich durch den Umzug beziehungsweise durch den Personalwechsel in der Geschäftsstelle ergeben, bitten wir um Verständnis. Vielen Dank!



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Die Festliche Stunde *(Fortsetzung aus Folge 43 der PAZ/OB)* – wurde umrahmt von Darbietungen der Galaxi-Brass-Gruppe Münster. Sowohl am Sonnabendabend als auch am Sonntagnachmittag gab es natürlich viele Gespräche unter den alten Braunsbergern. Eindrucksvoll ist, wie die Braunsberger, die Flucht und Vertreibung als Kinder und Jugendliche bewusst miterlebt haben, davon gerade jetzt den nachgeborenen Braunsbergern berichten. Wer weiß schon, dass nicht nur russische, sondern auch englische Flieger die Flüchtlingstrecks auf dem Eis beschossen haben? Dass sich also selbst die Engländer hier nicht um das Kriegsvölkerrecht scherten, verwundert schon. Ein Teilnehmer, damals ein Junge, berichtete davon. Er sei sich sicher, dass es Engländer waren, denn mit zwei abgeschossenen Piloten, die sich per Fallschirm gerettet hatten, hätte er unmittelbaren Kontakt gehabt. Die Feldjäger hätten dann die beiden Piloten zusammen mit einem Soldaten, der sich gegen einen Offizier aufgelehnt und ihn angeschossen hatte, mit in den Wald genommen ... und man hörte Gewehrfeuer. Auch das war gegen das Kriegsvölkerrecht, doch eben auch das bei den beiden Engländern – und bei denen ohne jede Not. Das Treffen im kommenden Jahr wird wieder am vierten Wochenende im September sein, also am 25. und 26 September 2010, und zwar wieder in der Johanniter-Akademie Münster. Wer helfen möchte und kann, wende sich an den Vorstand der Kreisgemeinschaft. Bitte teilen Sie auch persönliche Veränderungen der Kreisgemeinschaft mit.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Busreise 2010 nach Ostpreußen – Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil bietet für 2010 eine sehr interessante Busreise nach Ostpreußen an. Wir besuchen unter anderem den südlichen und den nördlichen Teil unseres Kreises, Königsberg und die Kurische Nehrung. Neuntägige Ostpreußenreise: 1. Tag: Anreise über Hamburg, Hannover, Michendorf nach Schneidemühl. 2. Tag: Nach dem Frühstück geht die Reise weiter durch Schlochau, Konitz, Pr. Stargard nach Marienburg. Nach Besichtigung der imposanten Burganlage Weiterfahrt durch Elbing nach Frauenburg. 3. Tag: Nach einem gemeinsamen Spaziergang zum Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff beginnt die Rundfahrt durch den südlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. 4. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Frauenburg und fahren durch Braunsberg zur Grenze Grunau / Heiligenbeil. Rundfahrt durch Heiligenbeil / Rosenberg und Weiterfahrt nach Königsberg. Nach einer Stadtrundfahrt durch die Hauptstadt Ostpreußens Fahrt zum Hotel. 5. Tag: Kreisrundfahrt durch den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. 6. Tag: Tagesfahrt auf die Kurische Nehrung mit Besichtigung der „Fringilla“ Station, Wanderung zur Düne „Epha“ und Aufenthalt am Ostseestrand. 7. Tag: zur freien Verfügung. 8. Tag: Heute verlassen wir Königsberg und fahren zum Grenzübergang Heiligenbeil / Grunau. Weiterfahrt vorbei an Elbing nach Schneidemühl oder Posen. 9. Tag: Schneidemühl / Posen – Heimreise. Termin: 27. Mai bis 4. Juni 2010. Fahrpreis pro Person: 735 Euro, Einzelzimmerzuschlag: 137 Euro, Visagebühr: zur Zeit 55 Euro, Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen, ab 35 Personen Fahrpreis 699 Euro pro Person / DZ. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreiseomnibus, Hotelübernachtungen mit Halbpension, Rundfahrten laut Programm, Gebühren Polen / Russland, Eintritt / Führung Marienburg, Naturschutzgebiet Kurische Nehrung, Führung „Fringilla“ Station, deutschsprechende Reiseleitung und Betreuung im Königsberger Gebiet, Hotelregistrierungsgebühren, Visabeschaffung, Reisebegleitung.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Weingartenstr. 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (0322) 23721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Siegfried Beckerat, Schulstr. 4 b, 21465 Reinbeck, Tel.: (040) 7278228, Fax: (040) 71001752, E-Mail: rus.beckerat@t-online.de. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Insterburger Treffen: Erinnerung an die „Kindheitserde“ – Vom 9. bis 11. Oktober 2009 trafen sich die Insterburger aus Stadt und Land zum 57. Mal in der Patenstadt Krefeld. „Kindheitserde – unendlich geliebtes Land“ umschrieb Carola Maschke im Festprogramm den Begriff Heimat mit Worten von Gottfried Benn. Die Erinnerung daran vereinte wieder die Erlebnisgeneration, das Empfinden dafür deren Nachkommen in Krefeld. Im Vorfeld des Treffens kamen Rat und Kreisversammlung im Krefelder Rathaus zur öffentlichen Jahreshauptversammlung zusammen. Dort beschließt das von den Landsleuten gewählte „Parlament“ der Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt und Land e. V. vereinsinterne Dinge und berät über zukünftige Strategien. Ein Gottesdienst mit Pfarrer und Propst i. R. Claus Burmeister (Georgenburg) bildete den Auftakt des Heimattages. Die Kollekte kommt der evangelisch-lutherischen Gemeindearbeit in Insterburg zugute. Traditionell folgte das Gedenken mit Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer von Gewalt, Flucht und Vertreibung. Reiner Buslaps, Vorsitzender von Insterburg Stadt, betonte auf dem Treffen die Bedeutung der Gemeinsamkeit, die durch den Geburtsort, die Wohnstatt der Großeltern und Eltern, und durch die Sehnsucht, dort zu sein, geprägt werde. Er hoffe, dass diese Gemeinschaft nie verloren gehe, dass in sie hinein neue Freunde der alten Heimat treten. Dies zu fördern, sei Aufgabe des Heimatbriefs „Insterburger Brief“ und im Internet: www.insterburger.de. Mit Erfolg: Unter den Besuchern war nicht nur die Erlebnisgeneration, sondern auch deren Nachkommen – bis hin zum Urenkel einer Teilnehmerin. Ständige Gäste sind auch Vertreter der Patenstadt Krefeld. CDU-Ratsfrau Heidrun Hillmann freute sich, dass die Patenschaft bis heute andauert und die Stadt Krefeld den Insterburgern ideelle Heimat geworden sei. Zusammenkünfte wie diese seien Vorbild, weil viele heute gar nicht mehr so recht wüssten, was „Tradition und Heimatverbundenheit“ seien. Hier würden diese Begriffe nachvollziehbar mit Leben gefüllt.

Noch einmal zurückkehren dahin, wo die Seele lebte und lebt, das bescherten den Insterburger auch ihrer Dichterin Frieda Jung. Im Rahmen eines zweijährigen Literatur- und Musikprojekts aus Anlass ihres 80. Todestages im Dezember 2009 brachten sie Frieda Jung wieder zurück in ihre Stadt. Seit dem 4. September 2009 steht in der alten Friedrichstraße 16 ein strahlend gelb renoviertes Haus mit einer Gedenktafel aus rotem Granit, auf der in russischer und deutscher Schrift zu lesen ist: „In diesem Haus lebte von 1916 bis 1929 die ostpreußische Dichterin und Ehrenbürgerin der Stadt Insterburg Frieda Jung.“ Neben einem Festakt in Insterburg im September war die Aufnahme einer CD mit vertonten Gedichten von Frieda Jung mit Unterstützung von Musikpädagogen und Schülern eines deutschen Gymnasiums einer der Höhepunkte. Initiator Klaus Marczinowski setzte sich auch mit einer Ausstellung auf dem Krefelder Treffen dafür ein, dass die große Heimatdichterin unvergessen bleibt.

Insterburger Teutonen – Sonnabend, 7. November, 14 Uhr, Treffen der „Insterburger Teutonen“ in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, Osnabrück, zu einem gemütlichen Beisammensein. Alle aus Insterburg Stadt und Land Stammenden sind herzlich eingeladen.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Neue Vorsitzende – Die Neidenburger Gesellschaft der deutschen Minderheit hat am 14. Oktober aus den Reihen ihres Vorstandes einen neuen Vorsitzenden gewählt. Es ist die 33jährige Lehrerin Sabine Wylengowski, Enkelin unseres vor kurzem verstorbenen

Fortsetzung auf Seite 20

Lebendiges Bekenntnis zur Heimat

Landeskulturtagung der Landesgruppe Baden-Württemberg

Bei der diesjährigen Kulturtagung der Landesgruppe Baden-Württemberg war Ministerialdirigent Herbert Hellstern, Leiter der Vertriebenenabteilung im Innenministerium Baden-Württemberg, Hauptredner und Ehrengast. Hellstern betont, dass es ihm schon immer ein großes Anliegen war, dass die Heimatvertriebenen keine Migranten und schon gar keine Ausländer sind. Er gratuliert der Landesgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen zur Kulturtagung, welche ein lebendiges Bekenntnis zur Heimat darstellt, obgleich diese Heimat in weite Ferne gerückt ist. Ostpreußen übt immer noch Faszination aus und hat uns, mit seiner 750-jährigen Geschichte, nach wie vor viel zu sagen.

Die Vertreibung war absolut keine Umsiedlung, so Hellstern. Die Aufnahme von 14 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen stellte den damals jungen Staat vor eine große Herausforderung. Das Lastenausgleichsgesetz wurde gleichermaßen bewundert wie gescholten. Fest steht, dass nur durch den Selbstbehauptungswillen der Vertriebenen das so genannte Wirtschaftswunder möglich war. Mit der Zeit verblassten die anfangs großen Gegensätze zwischen Einheimischen und Vertriebenen. Später jedoch wurden sie zu Revanchisten abgestempelt. Doch Heimatliebe ist kein Revanchismus, ein Volk ohne Erinnerung ist wie eine Pflanze ohne Wurzeln. So wurde von den Heimatvertriebenen das Schwerste abverlangt.



Teilnehmer der Kulturtagung: Friedrich Wilhelm Böld und Uta Lüttich
Bild: privat

Heute sind sie vollständig integriert. Leider identifizieren sich zwar die jüngeren Nachkommen noch mit der Heimat ihrer Altvorderen, jedoch leisten sie keine Arbeit in den Landsmannschaften. Daher ist es wichtig, Zukunftsvorsorge zu treffen, wie zum Beispiel Museen oder Stiftungen ins Leben zu rufen, welche jedoch die persönlichen Erlebnisse nicht ersetzen können. Daher muss es ein Ziel sein, die Erinnerungskultur nachhaltig zu bewahren, da die Erlebnisgeneration in wenigen Jahren verschwunden sein wird. Weiterer Gastredner war Friedrich Wilhelm Böld, der Landesvorsitzender, Bayerns und Bundesschatzmeister der Landsmannschaft Ostpreußen (LO).

Böld ist, wie er sagt, kein Politiker, kein Beamter, sondern nur der Landesfürst von Bayern. Mit seinen 58 Jahren gehört er zur Bekenntnisgeneration. Für den Fortbestand der LO ist er guter Dinge!

Die Vertriebenen und Flüchtlinge hatten einen großen Anteil am Wiederaufbau und waren, durch ihre preußische Verbundenheit mit dem Staat, ein politischer Stabilitätsfaktor. Sie sind und waren die größte Friedensbewegung der Welt und ein Wegbereiter für ein friedliches Europa. Hierfür legten sie 1950 in Stuttgart den Grundstein mit der Charta der Deutschen Heimatvertriebenen, so Böld in seinen weiteren Ausführungen. Der Schrumpfungsprozeß der Landsmannschaften ist unterschiedlich. Kreisgemeinschaften haben eine längere Lebenserwartung als Landesgruppen. Hier haben Baden-Württemberg und Bayern Vorsorge getroffen.

Die LO ist sehr homogen, die Strukturen wurden schlanker gemacht und ein Generationenwechsel wurde vorgenommen. Wir müssen weiterhin helfen, die deutsche Identität in Ostpreußen zu bewahren. Die Vertriebenen und nicht die Politiker sind es, die Kontakte knüpfen und ein positives Nachbarschaftsverhältnis gestalten.

Andreas Praß

Die Seiten der »Heimatarbeit«
finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Fortsetzung von Seite 19

Vorsitzenden seit der Gründung der Gesellschaft, Albert Wylengowski. Bisher war die für das Fach Deutsch an der Neidenburger Schule tätige Lehrerin innerhalb des Vorstandes der deutschen Volksgruppe für die Kultur- und Jugendarbeit zuständig. Zu Stellvertretern wurden Ulrich Nischk und Walter Malonek gewählt. Des Weiteren gehören dem Vorstand der neu gewählte Robert Freitag, Agathe Karuc, Gertrud Wylengowski, Magdalene Wylengowski und Horst Zygmunt an. Sabine Wylengowski ist unter der Adresse: Borowy Mlyn 6, 13-100 Nidzica und Fax 0048 (89) 6252264 (wie bisher) zu erreichen. Telefonisch bitte nur abends unter der Nummer 0048 (89) 6252312. Wir wünschen der neuen Vorsitzenden und ihrem Vorstand bei ihrer Arbeit viel Erfolg. Die Kreisgemeinschaft wird der deutschen Minderheit in Neidenburg weiterhin nach ihren Möglichkeiten zur Seite stehen.



POGEGEN

Kreisvertreter: Gerhard Schikschnus, Geschäftsstelle für alle vier Kreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Fax (06203) 43200.

Auch diesen September ist Pogegens Kreisvertreter Gerhard Schikschnus mit Hilfsgütern, die er in Dortmund und Umgebung von Landsleuten gesammelt hatte, durch den Kreis Pogegen gefahren, um diese in den Gemeinden zu verteilen. Dabei konnte er sich einen aktuellen Eindruck vom Zustand der dortigen Kirchen verschaffen. Groß war der Dank der Kirchen- und Gemeindevorsteher. Dieser schloss dabei die Hilfsgüter mit ein, die der Kreisvertreter bereits im Mai dieses Jahres geschickt hatte. Auf dem Lande, in den Dörfern ist die Armut noch immer enorm, und Hilfsgüter und Sachspenden werden immer noch mit großer Dankbarkeit angenommen. Mit den Kirchenvorsteherinnen hat Schikschnus Familien zu Hause besucht und dabei festgestellt, dass man den alten Menschen eine große Freude bereiten kann, wenn man sie als Kreisvertreter persönlich besucht. Wenn das Mitbringsel auch nur ein Päck-chen Kaffee aus der Bundesrepublik, eine Tafel Schokolade oder eine Heimatzeitung ist, die alten Menschen sind sehr glücklich und möchten sich noch lange unterhalten, insbesondere über alles, was so in der Bundesrepublik passiert ist. Schikschnus musste feststellen, dass zurzeit im Kreis Pogegen immer mehr jüngere Familien hilfsbedürftig werden, denn die Wirtschaftskrise hat auch Ostpreußen erreicht. Viele Baufirmen schließen, weil sie keine Aufträge mehr bekommen, und deren Mitarbeiter werden entlassen. Und die, die noch Arbeit haben, haben teilweise schon zwei Monate kein Gehalt bekommen, weil die Firmen zahlungsunfähig sind. Arbeitslosengeld wird nur sechs Monate gezahlt und dann ist Schluss, Sozialhilfe gibt es nicht und Kindergeld auch nicht; wie die jungen Familien auskommen, ist ihnen selbst überlassen. Gut, wenn die Eltern noch einen kleinen Bauernhof besitzen, dann können sie wenigstens mit Nahrungsmitteln unterstützt werden. Schikschnus hat mit den Kirchenvorstehern lange über die Verteilung der Bruderhilfe diskutiert und man ist zu dem Entschluss gekommen, mehrere Familien in den Genuss der Bruderhilfe kommen zu lassen, auch wenn dann nur kleinere Beträge ausgezahlt werden können. Schikschnus nutzte die Gelegenheit, sich ein aktuelles Bild von den Kirchen im Kreis Pogegen zu machen. Das Gotteshaus in Coadjuthen hat dank großer Mühe, Strebsamkeit und Aufwendungen der Kirchenvorsteherin Ella Jonaitiene einen neuen weißen Außenanstrich bekommen. Der Sakralbau strahlt jetzt von weitem und Frau Jonaitiene ist stolz und liebt ihre Kirche. Sie zeigte Schikschnus die Innenräume der Kirche, die sie so liebevoll pflegt, wie es die Umstände zulassen. Wenn Sie auch nicht mehr die jüngste ist und die Kräfte nachlassen (wie sie Schikschnus erzählte), hat sie dennoch einen ehrgeizigen Plan. Sie möchte noch gerne die Innenräume der Kirche anstreichen. Nur hat sie noch nicht das fehlende Geld zusammen.

Die Kirche Natkischken wurde in diesem Jahr mit Hilfe eines Projektzuschusses der Landsmannschaft Ostpreußen renoviert. Die Haupteingangstür wurde neu eingesetzt und im Gemeindezimmer wie im Jugendzimmer wurde ein neuer Fußboden gelegt. Daneben wurden Verputz- und Anstreicharbeiten vorgenommen. Die Kirchenvorsteherin Waltraut Krisciuniene und Pfarrer Reinholdas Moras bedankten sich ganz herzlich beim Kreisvertreter für die Unterstützung durch die Landsmannschaft Ostpreußen. Ihr besonderer Dank galt dabei dem Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Wilhelm v. Gottberg, und dem LO-Bundesgeschäftsführer Sebastian Husen. Um die Kirche Rucken wurden fünf Bäume gefällt, um dem Eindringen von Feuchtigkeit in das Kirchengemäuer vorzubeugen. Jetzt ist die Kirche von hellen Sonnenstrahlen umringt und das Dach und die Wände sind vor Feuchtigkeit geschützt. Des Weiteren hat der Kirchenvorsteher Augustas Dravininkas die Balken am Dachstuhl und die Holzdecke ausgewechselt. Sie waren vom Pilz befallen und drohten einzustürzen. Auf der Wunschliste stehen nun noch Verputzarbeiten und die Erneuerung der Fenster. Der mittlerweile verstorbene ehemalige Kreisvertreter von Pogegen und gebürtige Rukker Walter Kubat hatte vor seinem Tod der Kirche Rucken eine finanzielle Unterstützung bei der Renovierung versprochen. Dravininkas hat schon mit den Renovierungsarbeiten begonnen, aber seit Kubats Ableben ist bisher noch keine Unterstützung gekommen, auch keine Nachricht, und so kann der Kirchenvorsteher die Arbeiter nicht bezahlen. Was die Orgel in Rucken betrifft, hat Schikschnus den Orgelbauer Nass gebeten, die Orgel zu begutachten. Er war im September dort und hat die Schäden an der Orgel als reparabel eingeschätzt; das passende Gebläse hatte er gleich mitgebracht. Was jetzt nur noch fehlt, ist das nötige Geld. Um die Orgel in Stand zu setzen, würde es an die 4000 Euro bedürfen.

Wenn man die Willkischker Kirche mit ihrem schönen Turm von außen betrachtet und dann hineingeht, kann man nur bewundern und staunen, was da alles mit Hilfe und Eigeninitiative der Familien Waltraut und Werner Boes, Edith und Hans Frederici, Christel und Herbert Meier sowie vieler Spender aus der Bundesrepublik aufgebaut wurde. Die Pogegener Kirche ist mit Hilfe von vielen Spendern aus der Bundesrepublik wunderbar aufgebaut und hat zurzeit keine Probleme. Die Kirchenvorsteherin Erna Vaisvila betreut die Gemeinde gut. Für arme Kinder wird im Gemeindehaus Mittagessen gekocht. Und beim Verteilen der Hilfsgüter hilft die Kirchenvorsteherin dem Kreisvertreter nach Kräften. Denn sie kennt die Bedürfnisse vor Ort wie kaum ein anderer. Im Gemeindehaus sind Gästezimmer eingerichtet. Dort kann man günstig übernachten. Es ist daher zu empfehlen, vor allem in der Sommerzeit frühzeitig zu reservieren. Nähere Informationen über die Kirchen und Möglichkeiten zu helfen erteilt gerne Gerhard Schikschnus. Der Kreisvertreter ist über Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Fax (0621) 723637, zu erreichen.

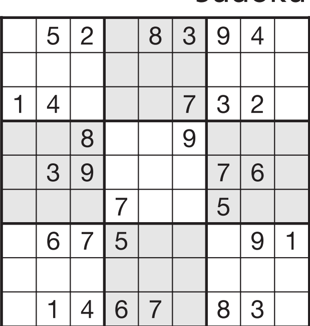


TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 460234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Begegnungen mit Ostpreußen – Mit Klaus-Dieter Metschulat vom Vorstand der Kreisgemeinschaft ging es in das Land der dunklen Wälder. Bei der Zusammensetzung der Reisegruppe zeigte sich Erstaunliches: Mehr als die Hälfte stammte nicht von dort, denn auch bei Menschen ohne ostpreußische Wurzeln erfreuen sich Reisen dorthin wachsender Beliebtheit. Nach einer Zwischenübernachtung passierten wir die Weichsel und sind endlich in Tilsit. Die Stadt mit dem großen historischen Attribut „Tilsiter Friede“ und dem Gütesiegel „Tilsiter Käse“ ist eine Sache des Blickwinkels: Der Tristesse löchriger Nebenstraßen und russischer „Neubauten“ steht der Blick vom Hotel auf die Hohe Straße entgegen. Bei so viel alter Schönheit stört selbst die Lenin-Statue vor dem Hotel kaum, zumal sie aufmerksam vom bronzenen Elch bewacht wird. Am nächsten Tag gibt die Fremdenführerin Larissa bei einer Rundfahrt Erläuterungen. Wir besuchen den Waldfriedhof, auf dem viele deutsche und russische Kriegsgefallene ruhen. Für den ausgezeichneten Zustand zeichnet der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge verantwortlich. Über Ragnit geht es weiter nach Kraupischken / Breitenstein / Uljanowo, dem Heimatort von Metschulat. Dass so ein kleines Kirchspiel bei heute Lebenden unter drei Namen auftritt, spiegelt den manchmal brachialen Wahnsinn der Geschichte wieder. Der jahrhundertealte Name „Kraupischken“ klang nicht germanisch genug; deshalb 1938 die Eindeutschung des Namens in „Breitenstein“. Den anderen Machtmenschen, die den Krieg gewonnen hatten, fiel auch nichts anderes ein als eine Umbenennung, dieses Mal in „Uljanowo“, dem Nachnamen Lenins. Lehrer Juri Userzow ist hier der Verbindungsmann zu den alten Tilsit-Ragnitern. Er hat ein wirklich bemerkenswertes Museum aufgebaut, in dem er unterschiedslos alle russischen und deutschen Exponate aufgestellt hat, derer er habhaft werden konnte. Man kann jahrhundertealte Kulturen halt nicht auf Dauer unterdrücken. Dass die „alten“ Ostpreußen – 700 Jahre sind eine sehr lange Zeit – den jetzt dort lebenden Menschen die Hand reichen, ist nicht nur schön, es ist auch klug. Am Nachmittag die bekannten Städte Insterburg und Gumbinnen. Auffallend ist der große Unterschied im baulichen Zustand der beiden Städte. Die Letztgenannte hat nicht nur auch einen Elch, sondern das Zentrum selbst hat westeuropäisches Niveau. Die Salzburger Kirche erinnert an die tüchtigen Migranten, die im religiös sehr liberalen Ostpreußen hoch willkommen waren. Dann Königsberg, Kant. Was für ein Titan, schafft es mehr als 160 Jahre nach seinem Tod, dass Breschnew wegen seines Grab die Sprengung des Königsberger Doms untersagt. Überzeugende Ausstellung zu Kant im Dom. Die Stadt hat bei Kriegsende einen hohen Tribut zahlen müssen. Das alte Königsberg gibt es nicht mehr, aber was wir gesehen haben, war beeindruckend genug. Das Zentrum mit dem Hansaplatz hat hohes europäisches Niveau. Man spürt in Königsberg die ökonomische Dynamik, die sich Bahn brechen will. Anlässlich der 750-Jahrfeier Königsbergs kam es in Kooperation zwischen der RWTH-Aachen und der „Kaliningrader Technischen Universität“ zur Gründung des Europainstituts Klaus Mehnert. In Kooperation mit der Bergischen Universität Wuppertal ist es für russische Studierende möglich, ein deutsches Diplom in Form eines Master of European Studies zu erlangen. Das sind Studiengänge mit Zukunftspotenzial, das ist ein Weg zur Versöhnung. Nach vier intensiven Tagen im Königsberger Gebiet ging es über die Königin-Luise-Brücke ins Memelland. Was soll man zur viel beschriebenen Kurischen Nehrung noch sagen? Einfach traumhaft. Zwei Tage dort waren von unserem tüchtigen Reiseleiter „bewilligt“ worden. Thomas-Mann-Haus, der Hexenberg, Ostsee, Kurisches Haff – da wird selbst eine Rheinländer ganz ruhig. In diesen zehn Tagen haben die Reiseteilnehmer unglaublich viel gesehen und gelernt. Metschulat hat allen einen „neuen“ Raum erschlossen. „Kulturelles Verlustgefühl“ wurde verwandelt in neues Wissen um vorhandene und zum Teil auch hoffnungsvolle Realitäten.

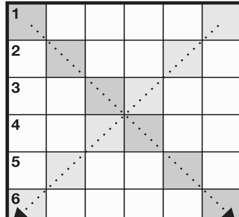
Sudoku



	5	2		8	3	9	4	
1	4				7	3	2	
		8			9			
	3	9				7	6	
			7			5		
	6	7	5				9	1
	1	4	6	7		8	3	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



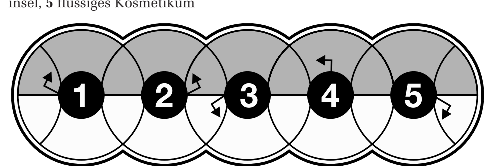
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Wasserfahrzeuge.

1 entgegenkommend
2 orientalischer Herrschertitel
3 Sohn Alberichs (deutsche Sage)
4 Stachelpflanze
5 Sprossenstiege
6 Schreitvogel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Entmutigung.

1 Gartenzierpflanze, 2 Frauenname, 3 geneigte Bergseite, 4 Gesellschaftsinsel, 5 flüssiges Kosmetikum



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. kulant, 2. Sultan, 3. Ortnit, 4. Kaktus, 5. Leiter, 6. Reiher – Kutter, Tanker

Kreiskette: 1. Reseda, 2. Gisela, 3. Abhang, 4. Tahiti, 5. Lotion – Resignation

Sudoku:

Auf der Suche nach den Wurzeln

Viele Adoptivkinder versuchen, ihre leiblichen Eltern aufzuspüren – Oft bleibt es nur bei wenigen Treffen

Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 4201 Kinder und Jugendliche adoptiert. 2007 waren von den Adoptionsvermittlungsstellen 4509 Adoptionen gemeldet worden. 30 Prozent der adoptierten Kinder waren unter drei Jahre alt. Für eine Adoption vorgemerkt waren 2008 insgesamt 774 Kinder. Wie leben diese Kinder mit dem Wissen, nicht bei den leiblichen Eltern aufzuwachsen?

„Jetzt weiß ich endlich, woher ich komme“, sagt Mona, „ich kann aufhören, ständig zu grübeln, wo meine Wurzeln liegen.“ Eine Träne rinnt der jungen Frau über die Wange, die Erleichterung ist ihr deutlich anzumerken. Mona wurde adoptiert, als sie drei Monate alt war. Mit 14 erfuhr sie, dass ihre Eltern gar nicht ihre Eltern sind,

Zusammentreffen werden in der Regel positiv empfunden

dass sie von anderen, von fremden Menschen abstammt. Über die Mutter, die Mona damals weggab, ist den jetzigen Eltern nichts bekannt. „Ich hatte das Gefühl, dass ich nicht weiß, wer ich wirklich bin“, erzählt die heute 24-Jährige, „immer wieder dachte ich darüber nach, was mit meinen richtigen Eltern ist, warum meine Mutter mich damals nicht behalten wollte und ob es noch Geschwister gibt.“

„Es ist für jeden Menschen wichtig, die eigenen Wurzeln zu kennen, denn die Herkunft ist Teil der Identität“, erklärt Gisela Rust von der Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle (GZA) der Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. „Auch für Menschen, die nicht bei ihren leiblichen Eltern aufgewachsen sind, ist die Ursprungsfamilie von Bedeutung“, fährt die Psychologin fort, „realitätsnahe Informationen über die damalige Lebenssituation der leiblichen Eltern sowie etwaige persönliche Kontakte zu ihnen können für Adoptierte hilfreich sein, die Hintergründe der Entscheidung nachzuvollziehen.“

„In mir wuchs immer stärker der Wunsch, meine leiblichen Eltern ausfindig zu machen“, erzählt Mona. „Ich habe mich dann dazu entschlossen, erst mal heimlich zu forschen und meinen Adoptiveltern nichts davon zu erzählen, da ich sie nicht verletzen wollte.“

Elisabeth ist mit dem Wissen groß geworden, adoptiert zu sein. „Schon in meinen frühesten Kindertagen wurde mir erklärt, dass es noch eine andere Mutter gibt. So kam mir lange Zeit nicht der Gedanke, dass es für mich wichtig sein könnte, zu erfahren, woher ich eigentlich komme und wo meine Wurzeln sind“, sagt die 27-Jährige. „Mit 17 oder 18 befiel mich dann das erste Mal der Gedanke, herausfinden zu müssen, was damals eigentlich wirklich passiert ist.“

Die Suche nach den Wurzeln ist oft mit Angst und Verunsicherung verbunden. Adoptivkinder benötigen dabei die verständnisvolle Begleitung der Adoptiveltern. Hierbei sind dann auch umfangreiche Recherchearbeiten notwendig. Die Adoptiveltern haben in der Regel von den Adoptionsvermittlern nur wenige Angaben über die Herkunft ihrer Kinder erhalten. In vielen Familien sind auch die Themen „Adoption“ und „biologische Eltern“ tabuisiert. Adoptierte können sich mit ihrem Anliegen der



„Ich hab dich lieb“: Kinder brauchen Halt. Bild: Slawomir Jastrzebski, Fotolia

Suche nach der Herkunftsfamilie an die Adoptionsvermittlungsstelle der Jugendämter wenden und erhalten dort Beratung und Unterstützung. Soweit es gewünscht wird, versucht diese Stelle, den ersten Kontakt mit den leiblichen Eltern herzustellen. Dabei wird eine direkte Konfrontation zwischen Suchenden und Gesuchten zunächst vermieden. „Manchmal gibt es Situationen, in denen die leiblichen Eltern Kontaktwünsche nicht zulassen können oder wollen“, weiß Gisela Rust. Die Adoptionsvermittlungsstelle hat aber Möglichkeiten, sich an die leibliche Mutter zu wenden, ohne den Datenschutz zu verletzen. Sind die leiblichen Eltern zu einem Kontakt bereit, unterstützen die Sozialarbeiterinnen der Jugendämter alle Beteiligten auch bei diesem wohl schwersten Schritt. „Bis zu unserem ersten Treffen hatte ich nie wirklich die Befürchtung gehabt, dass es eventuell auch schiefgehen könnte. Der Gedanke kam mir erst, als ich ein paar Tage später auf dem Weg zu meiner Mutter war“, erzählt Elisabeth.

Lernen Adoptierte ihre leiblichen Eltern kennen, so bleibt es oft bei wenigen Treffen. Zumeist geht es darum, ganz bestimmte Fragen zu klären. In vielen Fällen wird aber auch ein lockerer Kontakt zwischen beiden Seiten aufrecht erhalten; eher selten kommt es zur Ausbildung einer engen Beziehung. „Adoptierte erleben ein Zusammentreffen mit den leiblichen Eltern oder Geschwistern in der Regel positiv, sind danach erleichtert und leiden weniger unter Identitätskonflikten“, berichtet Gisela Rust.

Immer häufiger werden Adoptionsvermittlungen auch als halboffene Adoption durchgeführt. Hierbei lernen sich die leiblichen Eltern und die Adoptiveltern ohne Namensnennung in der Vermittlungsstelle kennen. Oft bleibt dann ein Briefkontakt über die Adoptionsvermittlungsstelle zwischen leiblichen Eltern und Adoptiveltern bestehen.

Diese Form kann auch zu einer offenen Adoption führen, bei der alle Beteiligten in persönlichem Kontakt miteinander stehen. Der fünfjährige Mirko hat hierdurch zwei Elternpaare: „Mama“ Sabine und „Papa“ Klaus, bei denen er aufwächst, und Jana, „bei der er im Bauch war“, wie der Knirps erklärt, und Sebastian, „der auch sein Papa ist, aber den er nur von Fotos kennt“. Jana telefoniert regelmäßig mit Sabine und Klaus; so oft es geht, besucht sie Mirko, um ihn trotz der Adoption an ihrem Leben teilhaben zu lassen und einen festen Platz in seinem einzunehmen.

Corinna Weinert

Weitere Informationen im Internet unter www.adoption.de

IN KÜRZE

Nachsorge sichert Kurerfolg bei Müttern

Wenn Mütter aus der Kurmaßnahme nach Hause kommen, sind sie gestärkt, können und wollen ihren vielfältigen Aufgaben in Familie und Beruf wieder gerecht werden. Aber wie können die gewonnenen Kräfte erhalten bleiben? Zu viel strömt oft auf die Mütter ein, zu viel Aufgaben müsen bewältig werden. Die bedarfsgerechten Nachsorgekonzeptionen im Müttergenesungswerk (MGW) machen die Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen des MGW nachhaltig effektiv.

Damit der Kurerfolg im Alltag lange anhält, ist der Bedarf der Frauen an Nachsorgeangeboten sehr unterschiedlich. Die Wohl-

In den Alltag mit neuem Lebensmut gehen

fahrtsverbände im Müttergenesungswerk tragen dem mit verschiedenen Konzeptionen Rechnung. Alle bieten über ihre Beratungsstellen für Müttergenesung in der Regel wohnortnahe Nachsorge an, als Einzel- oder Gruppengespräch oder auch als Workshop, am Wochenende oder als regelmäßiges wöchentliches oder monatliches Treffen zu speziellen Themen. Die Frauen sollen ermutigt werden, ihren Alltag zu verändern und mit neuem Lebensmut ihren Aufgaben in der Familie wieder nachzukommen, ohne erneut krank zu werden. Die Beratungsstelle in Wohnortnähe ist im Internet unter www.muettergenesungswerk.de oder über das Kurtelefon (030) 33002929 zu ermitteln. *PAZ*

Naiver Schelm oder trauriger Clown?

Filmlegende Heinz Rühmann hatte sein erstes Engagement am Theater in Breslau – Erinnerung an einen großen Mimen

Wenn er mit einschläfernder Stimme davon singt, wie stürmisch und leidenschaftlich er doch sei, schmilzt auch heute noch manches Herz dahin. Dass man nicht besonders groß sein muss, um im Film die Herzen der Frauen zu brechen, hat Heinz Rühmann auch bewiesen. Sein Publikum gewinnt er mit seinem verschmitzten Lächeln im Ufa-Klassiker "Die Drei von der Tankstelle" und als braver Soldat Schwejk. Für viele ist seine Paraderolle aber die des Schlingels Pfeiffer in der „Feuerzangenbowle“.

Geboren wird Heinrich Wilhelm Rühmann am 7. März 1902 in Essen, wo sein Vater am Hauptbahnhof ein Hotel betreibt. Als die Gäste während des Ersten Weltkriegs ausbleiben, gibt die Familie das Unternehmen auf. Rühmanns Eltern lassen sich scheiden, der Vater begeht 1916 Selbstmord. Der junge Heinz ist zu diesem Zeitpunkt 14 Jahre alt. Die Familie zieht nach München. Der Legende nach soll Rühmann als Dreijähriger Szenen aus Illustrierten nachgestellt haben. Während der Schulzeit wird das Theater zu einer Obsession. Der Primaner bringt Stunden damit zu, vor dem Spiegel zu posieren, und hat selbst doch erst einige Märchenvorstellungen gesehen. Theaterlehrer Friedrich Basil lässt sich nach mehrfachem Vorsprechen erweichen und nimmt den jungen Mann als Schüler an. Der bekommt unter diesen Umständen das Einverständnis seiner Mutter, die Schule zu verlassen und hat seine Profession gefunden.

Schon nach einem halben Jahr holt ihn der Direktor des Breslauer Theaters, Richard Gorter, an sein Haus. Die ersten Lacher, die der kleingewachsene Heinz auf der Bühne erntet, kommen leider an Stellen, an denen keine vorgesehen sind. Nach einem Jahr läuft sein Vertrag angesichts der mangelnden Begabung fürs dramatische Fach aus. Nach Stationen in Hannover, wo Theo Lingen ihm das Stepptanzen beibringt, Bremen und Braunschweig gelingt es dem Nachwuchsschauspieler aber, sich in der deutschen Theaterlandschaft zu etablieren. Engagements in München und in Berlin, wo er mit Marlene Dietrich auf der Bühne steht, folgen. Angetan hat es ihm aber nicht der blonde Vamp aus dem Norden, sondern die Münchner Kollegin Maria Bernheim. 1924 heiratet Heinz Rühmann die Schauspielerin, die für ihre Liebe den Beruf erstmal an den Nagel hängt – Rühmann ist eben konservativ. 1927 ist das Jahr, in dem der frisch gebackene Ehemann seinen ersten Spielfilm dreht. Als er gemeinsam mit seiner Mutter den Stummfilm „Das deutsche Mutterherz“ anschaut, ist sie so entsetzt von den gespielten Bosheiten ihres Sohnes, dass sie ernsthaft krank wird.

In Breslau kamen die Lacher an den falschen Stellen

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten wird jeder Künstler in Deutschland mit der Frage konfrontiert, wie er sich dem Regime gegenüber verhält. Viele kooperieren, andere wandern aus. Heinz Rühmann zieht sich auf die



Bombenerfolg: Heinz Rühmann als Schuster Voigt in der Rolle des Hauptmanns von Köpenick Bild: Internet

Rolle des unpolitischen Künstlers zurück. Aus Karrieregründen lässt er sich im November 1938, nur zwei Wochen nach der Reichspogromnacht, von seiner jüdischen Ehefrau Maria scheiden. Es wird eine Scheinehe mit dem schwedischen Schauspieler Rolf von Nauckhoff arrangiert, die Rühmann einen Sportwagen kostet und es Maria ermöglicht, bis 1943 in Berlin wohnen zu bleiben. Danach muss sie nach Stockholm emigrieren.

Zu den Verstrickungen mit den Nationalsozialisten gehören auch Auftritte in den Propagandafilmen „Wunschkonzert“ (1940) und „Frontheater“ (1942). Im Juli 1939 heiratet er mit Hertha Feiler eine Frau, die nach nationalsozialistischer Terminologie Vierteljüdin ist. Bis ins hohe Alter verfolgen ihn Vorwürfe, zwar keine plumpe Nazi-Propaganda gedreht zu haben, aber dem Regime mit Unterhaltungsfilmen und mangelnder Distanzierung gedient zu haben.

Kriegsende und Nachkriegszeit waren für den Staatsschauspieler nicht leicht. Seine Tätigkeit für die Ufa steht einer Tätigkeit als Schauspieler entgegen.

Erst im Sommer 1946 kann Rühmann mit einer kleinen Theatertruppe auf Tournee gehen. Er gründet die Filmgesellschaft Comedia und geht mit ihr 1953 in Konkurs; Rühmann haftet mit eineinhalb Millionen D-Mark. Jahrelang bekommt er kaum Rollenangebote. Der Gerichtsvollzieher steht jede Woche zweimal vor der Tür. Der arbeitslose Filmschauspieler kehrt gezwungenermaßen zur Bühne zurück, spielt in Stükken von Samuel Beckett und Arthur Miller.

In den folgenden Jahrzehnten folgen Produktionen unterschiedlicher Qualität. Rühmann selbst gesteht: „Die mäßigen Filme waren gegen den Hunger – die guten für den Aufstrich.“ Zwei der besseren waren Helmut Käutners „Hauptmann von Köpenick“ (1956) und Axel von Ambessers „Soldat Schwejk“ (1960). Rühmanns Rollen bleiben schelmisch, kleinbürgerlich und deutsch.

Im Alter entdeckte der Schauspieler die leisen Töne

Vielleicht kommt er im Ausland deshalb nicht an und vielleicht liebt ihn das deutsche Publikum gerade deshalb so innig. In den Jahren von 1962 bis 1990 bekommt er insgesamt 14 Bambis. Die Bundesrepublik Deutschland verleiht ihm das Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband.

Der hoch dekorierte Schauspieler schlittert in den 1970er Jahren nach dem Tod seiner Frau Hertha in eine weitere schwere Krise. Längst nicht mehr der unbeschwerte Lausbub seiner frühen Filme, will er nie wieder vor die Kamera treten.

Seine letzten Auftritte sind melancholisch, er entdeckt leisere Töne. Nach einem Resümee seines Lebens gefragt, antwortet er: „Ich möchte allenfalls sagen: Ich bin doch nicht das geworden, was ich eigentlich gern geworden wäre, nämlich ein großer Clown.“

Dieser Traum wird ihm dann doch noch erfüllt. 1977 tritt Rühmann als Clown im Münchner Zirkus Krone auf. 1980 hat er einen Auftritt mit dem weltberühmten Clown Oleg Popov. In der TV-Show „Wetten, dass ...?“ verabschiedet er sich am 15. Januar 1994 von seinem Publikum. Minutenlange stehende Ovationen der Zuschauer rühren ihn zu Tränen.

Eine Goldene Schallplatte, die der Schauspieler im gleichen Jahr für eine Neuaufnahme seines Schlaflieds „La-Le-Lu, nur der Mann im Mond schaut zu“ bekommen soll, kann er nicht entgegennehmen. Heinz Rühmann stirbt am 3. Oktober 1994 und wird 500 Meter von seiner Villa entfernt im kleinen Aufkirchen beigesetzt. *André Weikard*

Verkommene Gesellschaft

Eine Stadt schaut weg



30 Jahre lang ging Eduard Zimmermann in der Sendung „Aktenzeichen XY ... ungelöst“ auf Verbrecherjagd. Kürzlich ist der beliebte Fernsehmoderator verstorben. Doch für diesen Kriminalfall würde „Ganoven-Ede“ vielleicht noch einmal aus dem Grabe steigen. Der schottische Autor John Burnside erzählt in seinem neuen Roman „Glister“, wie in einer englischen Kleinstadt mehrere Jungen verschwinden. Die Eltern und die meisten Bewohner geben sich mit der Erklärung zufrieden, die Jugendlichen seien von daheim abgehauen.

Es scheint, als hätten die giftigen Substanzen aus der stillgelegten Chemiefabrik die Menschen nicht nur physisch („Manche Jugendliche schaffen es nicht einmal bis zu ihrem 20. Lebensjahr.“), sondern auch psychisch krank gemacht und abgestumpft. Die verlassene Anlage strahlt eine seltsame Faszination aus. Sie zeugt von einer besseren Vergangenheit, als Hoffnung und Wohlstand die Stadt belebten. Während die ehemaligen Werksleiter weggezogen sind, bleiben die Arbeiter frustriert über Jobverlust und Armut zurück. Die Kinder sind sich selbst überlassen. Sie lungern auf der Straße, bilden Banden, jagen mutierte Tiere oder vertreiben sich die Langeweile mit Sex. Innertown nennt Burnside seine Stadt, in der die Bewohner „wie Fliegen auf einem Klebestreifen gefangen“ sind. Sie steht symbolisch für jeden beliebigen Ort der westlichen Welt, der von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen geprägt ist.

Jungen verschwinden spurlos

Die verseuchten Wälder am Stadtrand werden schließlich zum Schauplatz des Verbrechens. Eines Tages findet Wachtmeister Morrison hier einen der vermissten Jungen ermordet auf. Doch bald stellt er auf Druck des einflussreichen Firmenbosses Brian Smith die Ermittlungen ein und auch der Rest der Bevölkerung schweigt.

Burnside bezeichnet diese Gleichgültigkeit als Sünde: „Die Sünde, nicht wissen zu wollen; die Sünde, alles zu wissen und nichts dagegen zu tun.“ Nur der 15jährige Außenseiter Leonard Wilson begibt sich auf Spurensuche nach seinem verschwundenen Freund Liam. Bei seinen Streifzügen durch die Wälder und das Fabrikgelände wandert der Leser durch Leonards Gedanken- und Gefühlswelt. Diese beherrscht eine ohnmächtige Wut und Trauer über die Zustände der Gesellschaft: „Dafür sind Schulen schließlich da. Sie trainieren uns in der lebenswichtigen Disziplin, machtlos zu sein.“ Filme und Bücher sind für den sensiblen Jungen die einzige Verbindung zur Außenwelt. Wird er gemeinsam mit dem Bibliothekar John die Wahrheit aufdecken?

Burnsides „Glister“ ist ein spannender, verstörend poetischer Thriller. Auffällig sind die vielen religiösen Elemente von Lichtern und Erscheinungen über Tore zu einer anderen Welt bis hin zum ominösen Engelswesen des Mottenmanns. Häufig ist die Rede von Sünde und Erlösung. Leonards Gedankenmonologe halten einer moralisch verwahrlosten und einsamen Gesellschaft den Spiegel vor. Ein düsteres Porträt, das angesichts von Tschernobyl, Wirtschaftskrise und Kindesmisshandlungen nahegeht.

Sophia E. Gerber

***John Burnside: „Glister“**, Knaus Verlag, München 2009, geb., 288 Seiten. 18 Euro*

Sohn des falschen Volkes

Roman über die Verschleppung Rumäniendeutscher in die Sowjetunion



Am 23. Juli diesen Jahres veröffentlichte die rumäniendeutsche Schriftstellerin Herta Müller in der Wochenzeitung „Die Zeit“ den Artikel „Die Securitate ist noch im Dienst“. Darin hat sie grauenvolle Einzelheiten ihrer Verfolgungsgeschichte durch den rumänischen Geheimdienst, der auch noch nach 1989/90 unter dem neuen Namen „Rumänischer Informationsdienst“ seine Verbrechen fortsetzt, aufgezählt: So wurden die drei deutschen Minderheiten in Rumänien, die Banater und Sathmarer Schwaben sowie die Siebenbürger Sachsen, unter dem Negativbegriff „Deutsche Nationalisten und Faschisten“ erfasst; Herta Müller selbst, die in den Akten (914 Seiten) seit 8. März 1983 als „Cristina“ geführt wurde und der wegen ihres Erzählungsbandes „Niederungen“ (1982) „tendenziöse Verzerrungen der Realitäten“ vorgeworfen wurden, hat die gnadenlose Verfolgung vier Jahre hindurch erdulden müssen, mit zwei Anwerbungsversuchen und, nach der Verweigerung, mit der Drohung: „Es wird dir noch leid tun, wir ersäufen dich im Fluss.“ Und ein Jahr, nachdem sie 1987 nach West-Berlin ausgereist war, erschien ihre angeblich beste Freundin zu Besuch, die inzwischen vom Geheimdienst angeworben worden war.

Wenn man das alles weiß, was gewiss nur ein Bruchteil dessen ist, was Herta Müller erlebt und verinnerlicht hat, dann versteht man, dass sie nur ein Thema kennt: die fortwährende Entwürdigung des Menschen durch die kommunistische Diktatur, die 44 Jahre lang die Staaten Osteuropas wie ein Krebsgeschwür überzog. Mit ihrem neuen Roman „Atemschaukel“ aber greift die Literaturnobelpreisträgerin weit über ihr Geburtsjahr 1953 hinaus in eine Zeit, als das Ende des Zweiten Weltkriegs abzusehen war. Am 25. August 1944 hatte Rumänien die Fronten gewechselt und dem Deutschen Reich den Krieg erklärt, am 31. August die „Rote Armee“ die Hauptstadt Bukarest besetzt. Auf sowjetrussischen Befehl wurden zwischen 11. und 16. Januar 1945 rund 80 000 Rumäniendeutsche zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. Davon waren alle drei Gruppen der deutschen Minderheit betroffen.

Herta Müller über Verletzung der Würde

Der Kern des Roman ist das Schicksal Oskar Pastiors, der 2006 verstorben ist. Es wurde der fiktiven Figur des 17jährigen Leo Auberg zugeordnet. Dieser junge Mann aus Hermannstadt in Siebenbürgen, dessen Verhaftung im ersten Kapitel „Vom Kofferpacken“ beschrieben wird, begreift nicht, was ihm geschieht und warum er von allen Verwandten, die hilflos zusehen müssen, beschenkt wird: „Es war 3 Uhr in der Nacht zum 15. Januar 1945, als die Patrouille mich holte. Die Kälte zog an, es waren minus 15 Grad. Wir fuhren auf dem Lastauto mit Plane durch die leere Stadt zur Messehalle. Es war die Festhalle der Sachsen. Und jetzt das Sammellager. In der Halle drängten sich an die 300 Menschen. Auf dem Fußboden lagen Matratzen und Strohsäcke. Die ganze Nacht kamen Autos, auch von den umliegenden Dörfern, und luden eingesammelte Leute aus. Gegen Morgen waren es an die 500.“

Es ist die Zeit des Hochstalinismus in Osteuropa, auch wenn dieses Wort und andere wie „Archipel Gulag“ nie erwähnt werden in den 34 Kapiteln dieses Buches. Menschenleben sind billig und besonders die einer deutschen Minderheit, der die „deutsche Schuld“ aufgebürdet wird. In den Lagern, in denen die Verschleppten, ohne die Befristung zu kennen, fünf Jahre bei Schwerstarbeit ausharren müssen, wird ununterbrochen gehungert: „Ich wollte langsam essen, weil ich länger was von der Suppe haben wollte. Aber mein Hunger saß wie ein Hund vor dem Teller und fraß.“ Der verschleppte Rechtsanwalt Paul Gast stiehlt ständig seiner Frau die karge Essensration, bis sie an Hunger stirbt. Der Hunger ist so übermächtig, dass Herta Müller die Gestalt des „Hungerengels“ erfindet, der alles und alle beherrscht.

Jörg Bernhard Bilke

***Herta Müller: „Atemschaukel“, Hanser-Verlag**, München 2009, geb., 304 Seiten, 19,90 Euro*

In der Sauna überrascht

Merkel schwitzte als die Mauer fiel – Bildband mit Zeitzeugenberichten



Farbenfroh wie die „Bild“-Zeitung ist der Bildband „Die längste Nacht, der größte Tag – Deutschland am 9. November 1989“, herausgegeben von „Bild“-Chefredakteur Diekmann. Das Buch verbindet Fotos zum Tag des Mauerfalls mit Berichten von 58 bekannten und unbekannten Zeitzeugen. In einer kurzen Einleitung heben Diekmann und sein Mit-Herausgeber, der Historiker Ralf Georg Reuth, besonders prägnante Details einiger Berichte hervor und gehen mit einigem Pathos auf den historischen Tag ein. Am Ende des Buches ist eine Chronik der Ereignisse um den 9. November 1989 herum abgedruckt. Eine zusätzliche Zeittafel über die Ereignisse im Herbst 1989 hätte die Einordnung des Ereignisses erleichtert.

Obwohl etliche der Zeitzeugen Politiker sind, wird es in dem Buch selten politisch – der menschliche Aspekt und die Beschreibung der einzigartigen Atmosphäre dieses Tages stehen im Vordergrund. Eine damals 36-jährige Physikerin namens Angela Merkel berichtet, dass sie an diesem Abend („wie immer donnerstags“) mit einer Freundin in der Sauna geschwitzt habe, und die Schwimmerin Franziska van Almsick schreibt von ihrer ersten Schokolade im Café Kranzler.

Die Berichte der Politiker unter den Zeitzeugen fallen gegen solche Anekdoten oft um einiges trockener aus. Da die Berichte alphabetisch geordnet sind, steht einer der aussagefähigsten fast am Ende: Die Erinnerungen des damaligen SED-Politbüromitgliedes Günter Schabowski verdeutlichen auch die Brisanz seiner Worte bei der legendären Pressekonferenz, die zur Maueröffnung führte. Erst hier wird klar, dass die uninformierten Grenzposten jederzeit auf ihre Landsleute hätten schießen können.

Zu Herzen geht die Erzählung einer Rentnerin namens Helga Fritzmann, die sich erinnert, wie am Tag des Mauerfalls plötzlich nach Jahren der Trennung ihre Ost-Verwandten in ihrem West-Berliner Wohnzimmer saßen. In dem Band überwiegen die Erinnerungen Prominenter, etwa der Schauspielerin Anja Kling und des Moderators Kai Pflaume. Sie sind spannend, man hat sie aber auch schon anderswo lesen oder hören können. *K. B./Bel*

***Kai Diekmann (Hrsg.): „Die längste Nacht, der größte Tag – Deutschland am 9. November 1989“**, Piper, 2009, gebunden, 223 Seiten, 14,95 Euro*

Genauer weggeschaut

Autorin widmet sich den Türken in Berlin, scheut aber vor Kritik zurück



„Türken in Berlin“ – so der Titel eines Buches von Hilke Gerdes – sind wegen ihrer ethnischen Vielfalt und von ihrem unterschiedlichen Selbstverständnis her schwierig zu beschreiben und korrekt zu benennen. Insgesamt ist diese Bevölkerungsgruppe wesentlich heterogener als gemeinhin angenommen. In Berlin leben insgesamt gut 180 000 Menschen türkischer Herkunft, davon ein Drittel Kurden. Rund 70 000 sind in Deutschland eingebürgert. Der Anteil von Angehörigen kleiner Ethnien aus der Türkei ist unbekannt. Neben den Einwanderern in erster Generation leben viele bereits in der dritten Generation in der deutschen Hauptstadt. Die Autorin hat sich denn auch nicht die Aufgabe gestellt, eine umfassende Darstellung der gegenwärtigen Situation zu erarbeiten, was in einem handlichen Format schier unmöglich wäre, sondern es geht ihr im Kern um eine Übersicht der jüngeren Entwicklung bis zur Gegenwart. Sie beginnt mit einer historischen Rückschau.

Das Osmanische Reich hatte seit 1877 in Berlin eine ständige Vertretung. Deutschland suchte nach neuen Absatzmärkten, und so kam es 1888 zum Abkommen über den Bau der Bagdadbahn. Die Autorin erinnert ebenfalls an die Waffenbrüderschaft während des Ersten Weltkriegs.

1961 wurde ein Anwerbeabkommen mit der Türkei abgeschlossen, so wie schon in den späten 50er Jahren mit Italien, Spanien und Griechenland. Es fehlten nach dem Mauerbau die vielen pendelnden Arbeitskräfte aus Ost-Berlin. 1964 bestand der Arbeitskräftemangel nach wie vor, und das zunächst festgeschriebene Rotationsprinzip für türkische Gastarbeiter wurde aufgegeben, zumal die Industrie monierte, dass die ständige Einarbeitung neuer Kräfte Mehrkosten verursachte. Erst nach der Wirtschaftskrise des Jahres 1967 stieg der Anteil türkischer Arbeitnehmer rasch an. Ihre Familien lebten zumeist abseits vom deutschen Umfeld in Kreuzberg und anderen Vierteln der Stadt, was dem oft nicht besonders ausgeprägten Willen entsprach, die deutsche Sprache zu lernen. Heute ist das Sprachproblem besonders eines von Frauen, die vor ihrer Heirat in der Türkei lebten und in ihrem neuen Wohnort kaum persönliche Kontakte zu Deutschen pflegen. Dieser Erscheinung hätte die Autorin sich intensiver widmen sollen, zumal häufig eine mangelnde Bereitschaft zur Integration damit einhergeht. Doch überall dort, wo eine ausführliche Beschreibung der Situation aus Gründen der politischen Korrektheit brenzlig werden könnte, begnügt sich Hilke Gerdes mit knappen Hinweisen. Statt einer komplexeren Betrachtung wird eine knappe, isolierte Ansprache jedes einzelnen Problembereichs in unterschiedlichen Kapiteln geboten, so etwa im Hinblick auf die Bildungsferne bestimmter Teile der türkischstämmigen Bevölkerung. Das reicht nicht aus, zumal Gerdes indirekt unermüdlich für mehr Verständnis auf deutscher Seite wirbt. Mit den notwendigen Informationen untermauert sie ihren Anspruch nicht. Am informativsten fallen daher die Kapitel über „unverfängliche“ Themen aus.

Probleme werden nur isoliert betrachtet

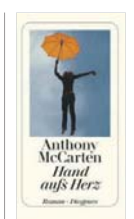
Zurück zu den 70ern. Damals gab es für Moscheeneubauten „weder die finanziellen Mittel noch den politischen Willen“. Woher die Spenden für die heutigen zahlreichen Neubauten von Moscheen stammen könnten, auch darüber wird kein Wort verloren. Auch kommt Gerdes auf „die Rolle der Religion zu sprechen“, ebenfalls vollkommen isoliert vom übrigen Inhalt. Bereits in der Überschrift heißt es, diese Rolle sei „vielstimmig“. In der Tat ist es schwierig, sich einen Überblick über die zahlreichen Richtungen sowie deren Werte und Normen zu verschaffen, da es kein Zentralorgan gibt, das für alle Muslime zuständig ist. Die Vorstellung des größten Dachverbands, der Türkisch-Islamischen-Union der Anstalt für Religion (DITIB), hat einen positiven Tenor, andere Stimmen werden nicht reflektiert. Dieses Buch ist ein einziges Werben darum, genauer hinzuschauen. Doch gerade dies ist an vielen Stellen konsequent vermieden worden.

Dagmar Jestrzemski

***Hilke Gerdes: „Türken in Berlin“**, be.bra verlag, Berlin-Brandenburg 2009, broschiert, 223 Seiten, 19,90 Euro*

Ganz unten

Bizarrer Wettbewerb um ein Auto



40 Personen, die um zwei Autos herum stehen, jeder hält eine Hand an einen der beiden Wagen. So beginnt in Anthony McCartens neuem Roman „Hand ans Herz“ der Versuch eines englischen Autoverkäufers, einen Guiness-Buch-Rekord zu erreichen. Der Gewinner erhält einen neuen Landrover, und der Autohändler erhofft sich durch den Wettbewerb benötigte PR. Doch die Medien und die dadurch erhofften Kunden bleiben aus und die beiden Angestellten des Autohauses wollen endlich ihren ausstehenden Lohn. Derweil versuchen die 40 Wettbewerbsteilnehmer draußen auf dem Hof, immer eine Hand am Auto zu lassen. Alle zwei Stunden dürfen sie kurz zur Toilette, ansonsten gibt es keine Pause.

Eigentlich ist die Geschichte nicht sonderlich handlungsstark, doch der Autor schildert die verschiedenen Beweggründe der Wettbewerbsteilnehmer dermaßen anschaulich, dass man fast jedem gönnt, dass er das Auto gewinnt. Von der alleinerziehenden Mutter, dem insolventen Unternehmer, dem aus dem Krieg heimgekehrten Soldaten, dem dicken Straßenjungen, dem einsamen Rentner, dem in einer Identitätskrise befindlichen Studenten; sie alle stellt der Autor vor.

Wobei sein Schwerpunkt auf den Charakteren Tom Shrift und Jess Podorowski liegt. Die beiden haben sich kurz zuvor in einer heiklen Situation im Alltagsleben kennengelernt und jetzt stehen sie bei dem Wettbewerb nebeneinander. Doch die anfängliche Abwehrhaltung schwindet: Der egozentrische Unternehmer Shrift begreift, dass die Politesse Jess nach dem Unfalltod ihres Mannes mindestens genauso schwer vom Schicksal getroffen wurde wie er selbst.

Der Leser entwickelt Sympathien beziehungsweise Antipathien für die einzelnen Figuren und fiebert mit einigen mit. Erstaunlicherweise gelingt es dem Autor, für Spannung zu sorgen, obwohl alles nur auf kleinstem Raum stattfindet. Am Ende gibt es noch einen Skandal, einen Todesfall und eine Moral von der Geschicht', die mit einer enttäuschten und einer glücklichen Liebe endet.

Rebecca Bellano

***Anthony McCarten: „Hand aufs Herz“**, Diogenes, Zürich 2009, geb., 319 Seiten, 22,60 Euro*

HARALD SAUL

Unvergessliche Küche Ostpreußen

Traditionelle Familienrezepte und ihre Geschichten

Kaum etwas weckt die Bilder der Kindheit so sehr, wie der Name oder der Duft einer Lieblingsspeise aus der frühen Zeit. Vor über 10 Jahren bat Harald Saul, Küchenmeister und Sammler von traditionellen Rezepten, im „Ostpreußenblatt“ um die Zusendung von Kochbüchern, Dokumenten und Erinnerungen aus der alten Zeit. Das Echo war überwältigend. Harald Saul kam in den Besitz von handgeschriebenen Kochbuchaufzeichnungen, private Fotoalben wurden für ihn geöffnet und in zahlreichen Gesprächen haben ihm die Menschen ihre ganz privaten Geschichten erzählt. Diese Buch berichtet von der kulinarischen Seite Ostpreußens und von seinen Bewohnern. Zahlreiche Postkarten und Fotos zeigen die Welt von damals und die 90 Rezepte lassen die Kindheit wieder auferstehen.



Gebundenes Buch, 128 Seiten

Best.-Nr.: 6820





Wulf D. Wagner

Kultur im ländlichen Ostpreußen, Bd. 1

Geb., 715 S., zahlr. Abb

Best.-Nr.: 6747, € 39,95



Kultur im ländlichen Ostpreußen, Bd. 2

Geb., 715 Seiten mit zahlreichen Abbildungen

Best.-Nr.: 6828, € 39,95

Modernes Antiquariat - Mängelexemplare – Nur wenige Exemplare vorhanden

Ulla Lachauer

Land der vielen Himmel

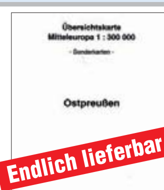
Memelländer Bilderbogen

Das alte Memelland, das Land der vielen Himmel, das von der Bernsteinküste mit ihren Dünen, den einsamen Gehöften der bäuerlichen Bevölkerung und den flachen Ebenen geprägt wurde, wahrte stets seine Eigenständigkeit. Die wie unter dem ewigen Seewind geduckten Holzhäuser, die ständig weiterziehenden Wanderdünen, die abgeschiedenen Gehöfte erwecken den Eindruck, als wären sie von den Zeitläuften unberührt geblieben. Der Bild-Text-Band »Land der vielen Himmel« entstand, als das alles noch Sperrgebiet des sowjetischen Militärs war. Ulla Lachauer zählte zu den Ersten, die Zutritt zum alten und neuen Memelland erhielten. Ihre Texte und die schönen alten Fotografien von Walter Engelhardt gelten dem Land und seinen Menschen.

Geb., 158 Seiten, Bild-/Textband

Best.-Nr.: 2018





Karte vom Ostpreußen

Maßstab: 1:300000, Nachdruck einer Karte des Reichsamtes für Landesaufnahme, Gefalzt, Format offen 87,0 cm x 123 cm, sechsfarbig

Best.-Nr.: 1879, € 15,00



Maja Schulze- Lackner

Wilde Rosen, weites Land

– Eine Liebe in Ostpreußen

Kart., 365 Seiten

Best.-Nr.: 6849, € 7,95



Hans Hellmut Kirst

Deutschland deine Ostpreußen

Geb., 160 Seiten

Best.-Nr.: 6825, € 16,80



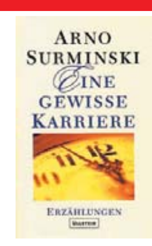
Hermann Sudermann

Das Bilderbuch meiner Jugend

Geb., 331 Seiten

Best.-Nr.: 6823, € 19,80

Arno Surminski



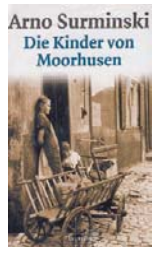
Eine gewisse Karriere

Erzählungen aus der Wirtschaft

Geb., 167 Seiten

Best.-Nr.: 6835

statt € 10,95 nur noch € 6,95



Die Kinder von Moorhusen

Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen

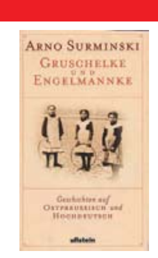
Best.-Nr.: 1039, € 16,95



Vaterland ohne Väter

Geb., 455 Seiten

Best.-Nr.: 3926, € 22,00



Gruschelke und Engelmannke

Geb., 244 Seiten

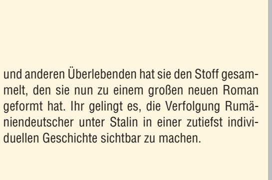
Best.-Nr.: 5990, € 16,95

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...



Herta Müller

Atemschaukel

Rumänien 1945: Der Zweite Weltkrieg ist zu Ende. Die deutsche Bevölkerung lebt in Angst. "Es war 3 Uhr in der Nacht zum 15. Januar 1945, als die Patrouille mich holte. Die Kälte zog an, es waren -15° C." So beginnt ein junger Mann den Bericht über seine Deportation in ein Lager nach Russland. Anhand seines Lebens erzählt Herta Müller von dem Schicksal der deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen. In Gesprächen mit dem Lyriker Oskar Pastior und anderen Überlebenden hat sie den Stoff gesammelt, den sie nun zu einem großen neuen Roman geformt hat. Ihr gelingt es, die Verfolgung Rumäniendeutscher unter Stalin in einer zutiefst individuellen Geschichte sichtbar zu machen.

Geb., 299 Seiten

Best.-Nr.: 6853

Nobelpreis für Litaratur 2009

€ 19,90



Der redliche Ostpreuße 2010

120 Seiten, Kart., 128 Seiten

Best.-Nr.: 6841



Michael A. Hartenstein

Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie

Geb., 286 Seiten mit 10 Karten

Best.-Nr.: 5996, € 24,90

Ingo von Münch

Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45



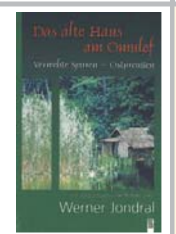
Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell mißbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verläßlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit. Demgegenüber befasst sich das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und hier unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder "nur" Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.



Geb., 208 Seiten mit Abb.

Best.-Nr.: 6847





Werner Jondral

Das alte Haus am Omulef

Verwehte Spuren-Ostpreußen

Geb., 256 Seiten

Best.-Nr.: 6797, € 16,80

Peter Walter (Hrsg.)

Deutschland in frühen Farbfotografien

Erstaunlich sind die ca. 380 Farbfotos aus der Zeit um 1913 bis 1930, einer Zeit, die wir heute meist nur aus dunkeln, unscharfen schwarz-weißen Aufnahmen kennen. Das auch diese Welt bunt war, zeigen diese Fotografien auf wunderbare Weise. Jedes Bundesland wird mit den schönsten Aufnahmen der Zeit dargestellt. Ein Ausflug in eine farbenprächtige Vergangenheit



Geb., wattiert, ca. 380 farbigen Abbildungen, 244 Seiten

Best.-Nr.: 6851, € 14,95



Ein schöner Tag zum Sterben

Als Bundeswehrärztin in Afghanistan

Geb., 272 Seiten

Best.-Nr.: 6838, € 18,95



Josef Kraus

Ist die Bildung noch zu retten?

Geb., 223 Seiten

Best.-Nr.: 6848, € 16,95



Heinz Buchholz

Iwan, das Panjepferd

Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden

Kart., 256 Seiten

Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Waltraut Schülke

Geliebtes Ostpreußen

Erinnerungen an Kindheit und Jugend

Kart., 48 S., Best.-Nr.: 5209



Wolfgang Budde

Die gescheiterten Kommandounternehmen

Kart., 191 Seiten

Best.-Nr.: 3800

statt € 9,90 nur noch € 4,95



Masuren-Fibel

Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbabbildungen, Format: 17 x 24 cm,

Best.-Nr.: 4787

statt € 16,95 nur € 9,95



Albrecht Müller

Meinungsmache

Geb., 448 Seiten

Best.-Nr.: 6836, € 19,95

Heimatklänge aus Ostpreußen

Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis ein Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.

So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.

Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m

Gesamtlaufzeit: 1:17:25

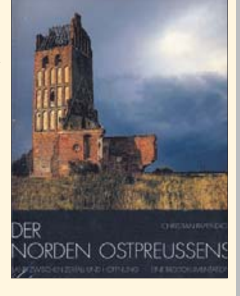
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Christian Papendick

Der Norden Ostpreußens

Land zwischen Zerfall und Hoffnung. Eine Bilddokumentation 1992–2007

Mit Textbeiträgen von Gertrud Papendick und Juri Iwanow und einem Vorwort von Albrecht Leuteritz

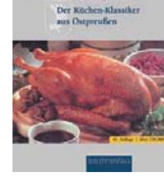


Geb., 488 Seiten, 1057 Farbabbildungen, 170 historische Schwarzweißabbildungen, 18 Karten, Leinen,

Erscheinungsjahr: 2009, Format: 24 x 29 cm

Best.-Nr.: 6794, € 59,00





Doennigs Kochbuch

Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten

Geb., 632 Seiten

Best.-Nr.: 1354, € 19,95

Elchschaufel-Schlüssel-anhänger rund





Schlüsselanhänger

mit der Elchschaufel. Durchmesser 30 mm.

Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger





Elchschaufel-Schlüsselanhänger

Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst 44/09

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst

Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4,00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:

Straße/Nr.: Telefon:

PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Protest gegen DNS-Tests

London – Groß ist die Entrüstung über den Plan der britischen Einwanderungsbehörde, per DNS-Test das Herkunftsland von Asylbewerbern zu ermitteln. So sage die DNS zwar aus, welcher Ethnie der Geprüfte entstamme, doch gerade in afrikanischen Ländern hätten Kriege mit ihren Flüchtlingsströmen zu Durchmischungen geführt. Die Behörde will so aber Asyl-Betrüger entlarven und abschrecken. *Bel*

Türken denken anders

Wien – Laut einer vom österreichischen Innenministerium in Auftrag gegebenen Umfrage unter „Personen mit Migrationshintergrund" fühlen sich 83 Prozent der Befragten gut integriert. Mehr als drei Viertel halten es für „sehr wichtig", dass Zuwanderer verpflichtet werden, Deutsch zu lernen. Von den Personen mit türkischem Hintergrund will allerdings mehr als die Hälfte, dass das islamische Recht in das österreichische Justizsystem einfließen solle. Für fast drei Viertel sind die Gebote der Religion wichtiger als die Demokratie. *RGK*

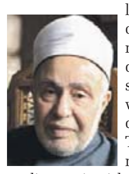
ZUR PERSON

Nieder mit dem Gesichtsschleier

Im Westen wurde der **Großscheich** der Kairoer El-Ashar-Universität und -Moschee, **Mohammed Sayed Tantawi**, bekannt, als er 2006 die Demonstrationen gegen die dänischen Mohammed-Karikaturen in der islamischen Welt unterstützte. Doch die höchste Autorität des sunnitischen Islam ist kein Feind des Westens, so bestätigte er das Recht des französischen Staates, ein Kopftuchverbot zu erlassen, und legte seinen Predigern nahe, Christen und Juden nicht mehr als „Nachfahren von Affen und Schweinen" zu bezeichnen.

Der vom ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak ins Amt Berufene gilt als Liberaler unter den islamischen Rechtsgelehrten. So verurteilt er Terrorismus als unislamisch und hat sogar dem israelischen Staatspräsidenten Schimon Peres die Hand geschüttelt, was allerdings ein Versehen gewesen sein soll.

Anfang Oktober hat der 81-Jährige in der islamischen Welt jedoch für Aufruhr gesorgt. Bei einem Rundgang über das Universitätsgelände forderte der Dekan eine mit einem Niqab, dem Gesichtsschleier, verhüllte Studentin auf, das Tuch abzunehmen und meinte, dieses sei unislamisch. Er verbot darauf auf dem gesamten Universitätsgelände samt Wohnheimen den Niqab. Sofort zogen zwei Dekane anderer Kairoer Universitäten nach und auch der ägyptische Erziehungsminister Halal Hani wies darauf hin, dass Ganzverschleierung auch ein Sicherheitsrisiko sei, schließlich hätte man erst kürzlich wieder junge Männer unter einem Niqab versteckt entdeckt.



Tantawis Handeln erschüttert radikale Gläubige. Sie werfen dem Kandidaten Mubaraks vor, er habe auf dessen Drängen gehandelt, da die Zahl der verschleierten Frauen in Ägypten aufgrund des saudi-arabischen Einflusses in den letzten Jahren massiv zugenommen hat. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Phrasenkalk und klare Worte

Was der ARD eigentlich einfällt, warum DGB-Sommer lieber nichts einfällt, und was Henryk M. Broder gegen den Koscher-Stempel hat / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Norbert Lammert ist beleidigt. ARD und ZDF haben die Eröffnungssitzung des Bundestages, auf dem er als Parlamentspräsident wiedergewählt wurde, nicht übertragen. Spitz wies der CDU-Politiker die beiden öffentlich-rechtlichen Anstalten darauf hin, wem sie ihr „üppiges Privileg" (der Zwangsgebühren) verdankten, dem Parlament nämlich.

Hört sich an, als fühle sich da einer von seinen Komplizen verraten: Die Sender sollen der Politik gefälligst zu Diensten sein für das viele Geld, das sie auf Geheiß des Parlaments den grimmigen Bürgern abknöpfen dürfen. Doch die wollten ihre Zuschauer lieber mit belanglosen Unterhaltungssendungen im Kanal halten, als sie mit der Übertragung einer (traditionell abgekarteten) Wahl und einer vermutlich kreuzöden Eröffnungsrede an RTL und Co. zu verlieren.

Aber warum langweilt uns der Bundestag eigentlich so fürchterlich? Erstens, weil die Politiker ja in den Talkshows sowieso alles erzählt haben, was sie zu sagen hatten, zweitens, weil das ohnehin schon ziemlich dürftig war und drittens, weil sie am Ende doch wieder ganz anders handeln als versprochen. Und überhaupt, diese Reden: Auf „Phoenix" laufen ja manchmal diese alten Bundestagsschlachten aus den 70ern. Du lieber Scholli, ging's da zur Sache! Unter uns: Würden Sie den Genuß einer giftigen Wehner-Tirade oder wuchtigen Strauß-Attacke wegschalten, nur weil unten auf dem Laufband erscheint, dass auf ARD gerade die Merkel spricht oder der Steinmeier?

Gut, das zählt nicht ganz. Die alten Haudegen sind tot, ihre Themen längst gegessen, tun also nicht mehr weh. Spräche einer heute so wie die beiden, verfiele ein Großteil der Deutschen einem kollektiven Schluckauf. Und der kann lange dauern. Über Thilo Sarrazin haben wir uns selbst nach Wochen noch nicht wieder eingekriegt. Manche rasten regelrecht aus wie der Kolumnist einer großen bürgerlichen Tageszeitung, der es passend fand, in einem gesprochenen Internet-Kommentar einige Passagen aus dem Sarrazin-Interview mit rollendem Hitler-R vorzutragen. Hörte sich an wie schlechtes linkes Kabarett aus den 50er Jahren.

Wir indes wollen hoffen, dass uns der Sarrazin noch des Öfteren aufmischt, wo wir schon den guten Peer Steinbrück eingebüßt haben, der mit seiner deftigen Indianergeschichte die Schweizer zum Alpenglühen brachte. Es gibt halt nur noch wenige von der Sorte, und die meisten sind schnell wieder weg. Wer länger bleiben will, der bediene sich tunlichst der Methoden, die DGB-Chef Michael Sommer empfehlen würde. Um nichts gefährlich Ungewöhnliches zu sagen, greift der vor jedem Satz in die Schachtel mit den vergilbten Spickzetteln aus 60 Jahren Partei- und Arbeitskampf.

> Wenn der »Anteil der Arbeitgeber« bei den Abgaben wegfiele, wüsste jeder, was er wirklich berappt

Jetzt musste er sich bis zum Jahr 1982 runterwühlen und schon staubten die Parolen seines Vorvorvorgängers Ernst Breit empor, mit denen der damals die schwarz-gelbe Kohl-Regierung begrüßt hatte: Das sei jetzt „das Ende der Solidarität", es werde sozial „bitterkalt" in Deutschland und krisenhaft, weil nach dem Koalitionsvertrag überall „sozialer Sprengstoff" herumliege und ... Rhabarber, Rhabarber – dann doch lieber eine Steinmeier-Rede, oder gar eine von der Frau Merkel!

Das heißt, Sommer hat nicht nur Phrasenkalk rieseln lassen, an einer Stelle sprach er eine wirklich wichtige Sache an, es geht um den sozialen Frieden im Land: Den DGB-Vorsitzenden erregt, dass bei der Pflege- und Krankenversicherung die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht mehr gleich hoch sein sollen, zu Lasten der Arbeitnehmer.

Das ist in der Tat gefährlich: In anderen Ländern gibt es diese Zweiteilung oft gar nicht, da zahlen die Arbeitgeber die Bruttolöhne, von denen auf welchem Weg auch immer die Steuern und Abgaben abgezweigt werden. In Deutschland ist es im Grundsatz nicht anders. Den Arbeitgeber interessiert nur der Gesamtaufwand für den Arbeitnehmer, das sogenannte „Arbeitgeber-Brutto". Auf welchen Wegen wie viel davon wohin verstreut wird, ist seiner Bilanz völlig wurst.

Warum ist das deutsche Verteilsystem für den sozialen Frieden dann so wichtig? Ganz einfach: So erscheint dem Arbeitnehmer seine Abgabenbelastung viel geringer, als sie in Wirklichkeit ist. Beruhigt stellt er auf dem Lohnzettel fest, dass ja auch sein Arbeitgeber ordentlich berappen musste bei den Abgaben für seine Rente, die Kasse und die Pflege, und vergisst dabei gerne, dass er für diesen Teil genauso arbeiten musste wie für alles andere.

Würde er seine Belastungen am Arbeitgeber-Brutto (also dem echten) messen, könnte der Durchschnittsverdiener erkennen, dass ihm von jedem Euro Lohnerhöhung nicht nur läppische 60, sondern etwa 70 Cent abgezogen werden. Mit der Info im Gepäck hören sich Forderungen linker Politiker und Gewerkschafter, die mal wieder „die sozialen Umverteilungsspielräume ausweiten" wollen, schon anders an. Daher der energische Widerstand von Sommer und seinen Freunden gegen die kleine Erosion des vermeintlichen „Arbeitgeberbeitrags" durch Schwarz-Gelb.

Leicht wird sie es ohnehin nicht haben, die neue Regierung. Schon reden die Auguren vom „Ende des Aufschwungs". Vom Ende des ... was? Wir haben richtig gehört: Die kleine Zwischenerholung, die wir gerade durchschreiten, soll 2010 schon wieder vorbei sein. Mal sehen, was der Regierung nach den Konjunkturpaketen eins und zwei dann noch einfällt. Wir müssen jetzt alle an einem Strang ziehen, schallt es aus Berlin. Hoffentlich haben das alle gehört. Die Pharmaindustrie war jedenfalls ganz Ohr und hat für diesen Herbst ihr eigenes Konjunkturprogramm aufgelegt. Es firmiert unter dem Code-Wort „Schweinegrippe". Nachdem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) dankenswerterweise die Kriterien für eine „Pandemie" unlängst über Nacht abgesenkt hatte, konnte man die Grippe zu einem richtigen Angstmacher aufblasen. Wir wissen nicht, wie es der Autobranche kommendes Frühjahr gehen wird, die Kollegen Pillendreher jedenfalls dürften recht gut über den Winter kommen.

Impfen oder nicht? Muss jeder selbst wissen. Auf jeden Fall gilt wie immer, dass das körperliche Wohlbefinden wesentlich vom seelischen abhängt, was oft unterschätzt wird. Lachen ist gesund! Man muss dazu natürlich auch einen Grund haben. Der Zentralrat der Juden sucht den vergebens, seit Henryk M. Broder über ihn gekommen ist.

Der Journalist will Charlotte Knobloch als Vorsitzende beerben und nimmt den Zentralrat heftig unter Feuer, bezeichnet ihn gar als „Reue-Entgegennahme-Instanz", die „Unbedenklichkeitserklärungen" ausstelle. Statt sich um immer neue Holocaust-Gedenkstätten zu kümmern, sollten sich die Juden lieber um aktuelle Völkermorde sorgen. Überhaupt sei der Islamismus viel gefährlicher als randständige deutsche Rechtsextremisten. Und, Schock: Als Zentralrats-Chef will er dafür eintreten, das Verbot der Holocaust-Leugnung aufzuheben, weil es kontraproduktiv sei.

Auslöser für den Vorstoß war, auch das noch, eine Attacke des Generalsekretärs des Rates Stephan Kramer gegen Thilo Sarrazin, den dieser in die Nähe der Hitlerei brachte. Das habe sein Fass zum Überlaufen gebracht, so Broder.

Ihm geht es tatsächlich ganz ähnlich wie Sarrazin. Die Wut auf Broder kommt daher, dass er sagt, was keiner hören will, obwohl es insgeheim jeder weiß. Ignatz Bubis seufzte kurz vor seinem Tode, er habe als Zentralrats-Vorsitzender nichts erreicht. Man ahnt, was er meinte: Er hatte eine Brut von Schleimern, Strebern und Denunzianten gepäppelt, die nur auf seinen „Koscher-Stempel" (Rafael Seligmann) als „guter Deutscher" scharf waren und die KZ-Toten als billige Munition gegen ihre politischen Gegner missbrauchten. Als ihm das der Schriftsteller Martin Walser 1998 in der Paulskirche ins Gesicht sagte, brach Bubis' Welt zusammen. Nur Monate darauf starb er.

ZITATE

Holger Schäfer**, Arbeitsmarktexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), warnte in der „Bild"-Zeitung vor einer **Anhebung der Kinder-Hartz-IV-Sätze:

„Höhere Hartz-IV-Sätze für Kinder könnten dazu führen, dass sich Arbeit für einige Familien vergleichsweise weniger lohnt."

*Hilflos versuchte **Steffen Kampeter**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Fraktion, im Deutschlandfunk am 22. Oktober den (kurz darauf schnell wieder kassierten) **„Schattenhaushalt"** zu rechtfertigen:*

„Im Haushalt würden sie die Kosten der Sozialversicherungsstabilisierung nicht mehr erkennen und es würde jährlich eine Debatte darüber entbrennen, ob und wie viel Geld dort zugeschossen werden muss, und schließlich glaube ich, dass wir den normalen Haushalt befreien sollten von einer Debatte, die da lautet, wir können dieses oder jenes nicht machen, weil wir die Kosten der Krise für die Sozialversicherung tragen müssen. Da muss dann eine ehrliche Debatte über Prioritäten im Haushalt erfolgen und ich möchte die Erblast der Sozialversicherungsstabilisierung aus dem Haushalt heraus haben, genauso wie wir die Erblast der deutschen Einheit ja auch in einer ähnlichen Konstruktion aus dem Haushalt herausgenommen haben, und dann war nicht jede Maßnahme zu sagen (sic!), wir machen dieses nicht, bloß weil die deutsche Einheit vorhanden ist."

Norbert Walter**, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, fällt ein vernichtendes Urteil über den **Zustand der Staatsfinanzen:

„Das größte Problem ist, dass wir in der Tat unsere Zukunft verfrühstückt haben."

Ende gut, alles gut

Man fragte sich, um was es geht –
ums Paragraphen-Reiten,
um Ehre, Souveränität,
um bloße Eitelkeiten?

Ein jeder konnte nach Geschmack
den eignen Reim sich machen –
doch ist die Katz' jetzt aus dem Sack,
und da vergeht das Lachen:

Die alte Tschechoslowakei,
zerfallen und von hinnen,
ist sichtlich noch posthum dabei,
den Weltkrieg zu gewinnen!

Den Eurokraten, die sonst gern
Moral-Apostel spielen,
liegt diesmal die Empörung fern –
man dient ja höhern Zielen.

Der Grundrechts-Charta, die gewiss
einst gut gemeint gewesen,
empfiehlt man schlicht, weil Hindernis,
bleib' in der Ecke Besen.

Und im Vertrag, dem Mogel-Werk,
auf das sie alle schwören,
darf hinterdrein ein Randvermerk
doch wohl erst recht nicht stören.

So läuft letztendlich alles glatt,
vergeben werden Sünden,
und wie man's vorgesehen hat,
sind sicher nun die Pfründen.

Der Weg wird frei für die Türkei
– man hätt's zwar gern verschwiegen –
und Václav Klaus als Beneš Zwei
wird auch sein Denkmal kriegen ...

Pannonicus